

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Dienstag, den 10. Januar 1905.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Der Stand der Schiffsabgaben-Frage.

Die vom preussischen Agrarierthum eingeleitete Kampagne um Wiedereinführung von Befahrungsgebühren auf den natürlichen Wasserstraßen wird voraussichtlich in den nächsten Tagen im Reichstag eine ausgiebige Behandlung erfahren. Man darf gespannt sein, was der Reichskanzler auf die von freimüthiger Seite eingebrachte Interpellation zu antworten haben wird. Um das Verständnis der zu erwartenden diplomatischen Leistung im Voraus zu erleichtern, erscheint es nützlich, den seitherigen Verlauf dieser immer interessanter gewordenen Angelegenheit zu rekapitulieren.

Als anfangs 1903 die Junkerpresse die ersten Artikel gegen die „Durchkreuzung der nationalen Schutzzollpolitik“ durch die billige Fracht auf den abgabefreien Strömen losließ und sich infolgedessen eine gewisse Unruhe in den nächstbedrohten Gebieten der rheinischen und sächsischen Industrie geltend machte, verlas der Reichskanzler in der Reichstags-Sitzung vom 10. Dezember 1903 eine offizielle Erklärung, in der es hieß:

„Nach der ganzen Entstehungsgeschichte des § 54 der Reichsverfassung kann es keinem Zweifel unterliegen, daß durch diese Verfassungsbestimmungen das Recht der einzelnen Staaten beseitigt werden sollte, auf den deutschen Strömen lediglich für die Befahrung derselben irgendwelche Abgaben zu erheben. Jede Ausnahme von diesem reichsgesetzlichen Grundsatz würde hiernach der Genehmigung durch ein besonderes Reichsgesetz bedürfen und zwar, wie bei den Erhebungen über das Gesetz vom 5. April 1886, betreffend die Erhebung einer Schiffsabgabe auf der Unterweser, ausdrücklich hervorgehoben wurde, eines Reichsgesetzes, welches im Bundesrat unter Wahrung der Vorschriften des Art. 78 der Reichsverfassung zu beschließen ist.“

Der Reichskanzler fügte noch hinzu, daß dem Bundesrat auch keinerlei Antrag, eine Ausnahme vom Art. 54 zu erwägen, vorliege, es dürfe darum weder für den Reichstag noch für die beteiligten Erwerbskreise ein Grund bestehen:

„auf die in der Presse enthaltene Erörterung einer theoretischen Streitfrage einzugehen, welche durch die deutsche Reichsverfassung dem Gebiete der Reichsgesetzgebung vorbehalten ist und bei der auch bestehende vertragmäßige Abmachungen mit den betreffenden Staaten in Betracht kommen würden.“

Damit war also durch den obersten Reichsbeamten Kapp und klar bekräftigt: 1. daß die Abgabefreiheit auf den natürlichen Wasserstraßen durch Art. 54 der Verfassung zweifellos garantiert sei; 2. daß Ausnahmen hiervon nur auf dem Wege der Reichsgesetzgebung gemacht werden dürften und zwar unter Wahrung des Art. 78 der Verfassung, der Verfassungsänderungen nur zuläßt, wenn weniger als vierzehn Stimmen im Bundesrate dagegen sind; 3. daß die Einführung von Befahrungsabgaben auf Rhein und Elbe zudem gegen die bestehenden Schiffsabgabenverträge mit Holland resp. Oesterreich verstöße. Graf Bülow bekannte sich mit dieser Erklärung rückhaltlos zu der durch den Wortlaut und die Entstehungsgeschichte der Verfassungs- und Vertragsbestimmungen allein zulässigen Auffassung, die auch in der ganzen seitherigen Praxis unangefochten zur Geltung gebracht worden war. Die aus dem konservativen Lager kommenden Kundgebungen stigmatisierte er als „Erörterung einer theoretischen Streitfrage“.

Was es mit der „theoretischen Streitfrage“ in Wahrheit auf sich hatte, sollte sich bald zeigen. Zwei Monate nach der Erklärung des Reichskanzlers gab der preussische Minister Budde in der Budgetkommission des preussischen Abgeordnetenhauses eine Erklärung in derselben Sache ab, die in schroffstem Widerspruch mit der des Reichskanzlers stand. Hatte Bülow erklärt, nach der ganzen Entstehungsgeschichte des Artikels 54 „kann es keinem Zweifel unterliegen“, daß es den Einzelstaaten unterliegt, auf den deutschen Strömen lediglich für die Befahrung derselben „irgendwelche Abgaben zu erheben“, so erklärte Budde frischweg, daß es „durchaus im Rahmen“ des im Artikel 54 ausgesprochenen Grundsatzes läge,

„auch auf den natürlichen Wasserstraßen für die Benutzung der erst künstlich geschaffenen Fahrtriefen Gebühren zur Deckung der für deren Herstellung und Unterhaltung aufzuwendenden Kosten zu erheben.“

Der Begriff der „erst künstlich geschaffenen Fahrtriefen“ war die Entdeckung, mit deren Hilfe hier der preussische Minister das im Artikel 54 ausgesprochene Verbot irgendwelcher Befahrungsabgaben auf den natürlichen Wasserstraßen umgehen zu können glaubte.

Da fast alle Stromkorrektionsarbeiten auf Sicherung einer größeren Fahrtriefentiefe abzielen, so hätte mit dieser Auslegung natürlich die ganze Verfassungsbestimmung mit samt den Schiffsabgaben jeden vernünftigen Sinn und jede praktische Bedeutung verloren. Die Verträge wären aber auch schon 1871 resp. 1888, als sie gemacht

*) Der hier in Frage kommende Absatz 4 des Artikels 54 lautet: „Auf allen natürlichen Wasserstraßen dürfen Abgaben nur für die Benutzung besonderer Anlagen, die zur Erleichterung des Verkehrs bestimmt sind, erhoben werden. Diese Abgaben sowie die Abgaben für die Befahrung solcher künstlichen Wasserstraßen, welche Staatsbesitz sind, dürfen die zur Unterhaltung und gewöhnlichen Herstellung der Anlagen und Anlagen erforderlichen Kosten nicht übersteigen.“

wurden, sinnlos gewesen; denn schon damals hatten die in Betracht kommenden Ströme durchweg eine „künstlich geschaffene Fahrtriefe“, für welche die Uferstaaten bereits mehr als 100 Millionen Mark aufgewandt hatten.

Der Widerspruch der Budde'schen Erklärung zu derjenigen Bülows wird noch dadurch die unterstrichen, daß auch Budde sich auf das Unterwesergesetz von 1886 bezog; aber im entgegengesetzten Sinne wie der Reichskanzler. Dieser wies auf den Präzedenzfall von 1886 hin zur Erhärtung seiner Auffassung, daß jede Befahrungsabgabe — selbst bei einer so grandiosen Fahrwasser-Vertiefung, wie die Unterweserregulierung sie darstellt — gegen die Verfassungsbestimmung in Artikel 54 verstöße und darum, wie damals auch „ausdrücklich hervorgehoben wurde“, nur unter Wahrung der Vorschriften des Artikel 78 genehmigt werden dürfe. Der Minister Budde dagegen behauptete, sein oben zitierter Standpunkt sei „auch von dem Bundesrat bei Einbringung des Reichsgesetzes vom 5. April 1886 über die Weser-Schiffsabgabe vertreten worden“, und er gab nur zu, daß „bei der Beratung im Reichstage das Bedenken einer formellen Abweichung von der erwähnten Vorschrift der Reichsverfassung zum Ausdruck gekommen sei.“

Wessen Bezugnahme auf das Unterwesergesetz zutreffend ist, die des Grafen Bülow oder die Budde's, erhellt aus der Tatsache, daß die Reichstags-Kommission im Jahre 1886 folgende Erklärung abgab:

„Die Kommission erblickt in der Annahme des Gesetzes eine Abweichung von den Bestimmungen unter Artikel 54, Absatz 4, Abs. 1 der Reichsverfassung. Nach den Erklärungen des Herrn Staatssekretärs v. Voeltigier (S) in der Sitzung des Reichstages vom 12. März, wonach gegen den Gesetzesentwurf im Bundesrat weniger Stimmen sich erheben, als erforderlich sind, um eine Verfassungsänderung zu verhindern, erachtet die Kommission aber die etwa aus dem Artikel 54 der Verfassung hervorgehenden Bedenken bei Annahme des Gesetzesentwurfs im Reichstage für erledigt.“

Die historische Wahrheit war also auf Seiten des Reichskanzlers. Die Budde'sche Erklärung befaßt das Gegenteil. So erklärt sich auch die verschiedene Haltung der Konservativen der Bülow'schen und der Budde'schen Erklärung gegenüber. Erstere wurde von ihnen sofort bekämpft; letztere fand bei der Verhandlung des Abgeordnetenhauses am 29. Februar 1904 freudige Zustimmung.

Als die Reichsregierung dann gelegentlich der zweiten Etatsberatung am 12. April von sozialdemokratischer Seite von neuem um eine Erklärung in dieser Sache ersucht wurde, da zeigte sich, daß die Auffassung des preussischen Ministers der öffentlichen Arbeiten inzwischen auch in der Reichsregierung Terrain gewonnen hatte. Graf Posadowsky unternahm den ausichtslosen Versuch, die Budde'sche Erklärung mit der Bülow'schen zu vereinbaren, wobei sich herausstellte, daß er selbst Budde näher stand als Bülow. Posadowsky entdeckte nämlich jetzt auch, daß der Artikel 54 nicht „klar und zweifelsfrei“ sei, da nicht gesagt sei, „was ist unter besonderen Anlagen und was unter einem natürlichen Flußlauf zu verstehen.“

Wo zum Beispiel wie bei der Unterweserregulierung, der ganze Fluß in „eine große Reede oder einen großen Hafen“ verwandelt worden sei, da meinte Posadowsky, könne der Artikel 54 nicht mehr zutreffen. Der Reichskanzler aber hatte ja gerade diesen Fall als Beispiel für die unbedingte Allgemeingültigkeit der Verfassungsbestimmung für jede Befahrungsabgabe herangezogen. Nur insoweit deckten sich die Posadowsky'schen Ausführungen noch mit denen des Reichskanzlers, als auch er der ganzen Angelegenheit die praktische Aktualität absprach; er konnte die „beruhigende Erklärung“ abgeben,

„daß bisher der Herr Minister der öffentlichen Arbeiten auch nicht den leisesten Gedanken innerhalb des preussischen Staatsministeriums geäußert hat, auf dem Rhein oder der Elbe Abgaben überhaupt erheben zu wollen.“

„Ja bin doch auch Mitglied des preussischen Staatsministeriums und weiß, was dort vorgeht“ — bemerkte Graf Posadowsky zur Bekräftigung dieser Erklärung. Stimmt! Ebenso ist der Reichskanzler zugleich Präsident des preussischen Staatsministeriums. Angesichts dessen gewinnit der weitere Verlauf der Angelegenheit für die beiden leitenden Staatsmänner des Reiches, speziell aber für den Reichskanzler noch einen besonderen Reiz.

Daß ein innerer Zusammenhang bestand zwischen der Schiffsabgabengeschichte und der großen Kanal-Kampagne, das war bereits aus den ersten Kundgebungen der Antikanal-Presse herauszulesen gewesen. Der sozialdemokratische Redner hatte auch im Reichstage ausdrücklich darauf hingewiesen, daß die Kanalfrage die Schiffsabgaben als eine der Kompensationen für die Zustimmung zum Kanal verlange, und daß die preussische Regierung vermutlich ihrem Schmerzenskinde zuliebe auf dieses Geschäft einzugehen geneigt sei. Der Reichskanzler aber redete ganz vergnügt von der „Erörterung einer theoretischen Streitfrage“. Und auch Posadowsky, der Kluge, hatte am 12. April noch nicht „den leisesten Gedanken innerhalb des preussischen Staatsministeriums“ gehört, der die Absicht hätte verraten können, auf Rhein oder Elbe Abgaben zu erheben. Was für unschuldvolle, ahnungslose Staatsmänner!

Na, inzwischen ist ihnen ja nun die Laterne angesteckt worden. Die Kanal-Kommission des Abgeordnetenhauses hat beschlossen, folgenden Paragraphen in das Kanalgesetz aufzunehmen:

„Mit der Inbetriebsetzung des Kanals vom Rhein nach Hannover sind Gebühren zum Ausgleich für die Kosten der Verbesserung und Unterhaltung der natürlichen Binnen-Schiffahrtsstraßen, soweit diese durch staatliche Aufwendungen eine über das natürliche Maß hinausgehende Verbesserung oder Vertiefung erfahren haben, zu erheben.“

Zu diesem Beschluß hat sich der Minister v. Budde am 1. Dezember 1904 in der Kanal-Kommission folgendermaßen geäußert:

„Ich bin hinsichtlich der Schiffsabgaben heute nicht nur in der Lage, für mich und den Herrn Finanzminister zu sprechen, sondern im Namen des gesamten Staatsministeriums: Die königliche Staatsregierung ist bereit, die geeigneten Schritte zu tun, um die hinsichtlich der Abgabenerhebung bestehenden Ungleichheiten zwischen den Kanälen und kanalisiertem Wasser einerseits und den natürlichen Wasserstraßen andererseits zu beseitigen, und die dieser Maßregel etwa entgegenstehenden, aus der jetzigen Lage des öffentlichen Rechts entstehenden Schwierigkeiten aus dem Wege zu räumen.“

Also auf deutsch: Die preussische Regierung ist bereit, Befahrungsabgaben auf Rhein und Elbe einzuführen. Die dem „etwa“ entgegenstehenden Bestimmungen der Reichsverfassung und der Schiffsabgabenverträge will sie aus dem Wege räumen.

Armer Bülow! Das Wörtchen „etwa“ ist die einzige Konzession, die die königliche Staatsregierung ihrem Ministerpräsidenten gemacht hat, die kleine höhnische Verbeugung, mit der sie seine vor Jahresfrist dem Reichstage gegebene feierliche Versicherung unter den Tisch legte.

Die Reichsregierung hat wieder einmal kapituliert vor dem großagrarischem Interessententum und seinen Kommiss in der preussischen Regierung. Sie hat kapituliert in einer Sache, die, wenn sie den Wünschen der Junker gemäß durchgeführt würde, die vitalsten Interessen großer Industrie- und Handelsgebiete treffen und die Existenzverhältnisse der unmittelbar betroffenen werksmäßigen Volksmasse schwer schädigen würde. Die Verstrebungen der preussischen Junkerregierung laufen zugleich darauf hinaus, einen Keil in die Wirtschaftseinheit des Deutschen Reiches zu treiben. Bayern, Baden, Hessen und Sachsen gelten nichts, wo die Rebenmen des preussischen Agrarierthums in Frage kommen; man scheut nicht davor zurück, den lieben Verbündeten die wichtigsten Verkehrsadern zu unterbinden. Preußen voran!

Der soziale Krieg im Ruhrrevier.

Die Auslandsbewegung greift um sich! Außer auf Zeche „Bruchstraße“ ist die gesamte Morgenschiebt der Zeche „Kaiserstuhl“ (dem Eisen- und Stahlwerk Hoersch gehörig) nicht angefahren. Auch auf Zeche „Scharnhorst“ ist die Morgenschiebt nicht eingefahren. Die Mittagschiebt der Zeche „Gneisenau“ und teilweise die Mittagschiebt von „Preußen“, letztere beiden Gruppen gehörig, und von „Minister Achenbach“ ist ausständig — wie das „Wolffsche Telegraphen-Bureau“ meldet.

Der Bergbauverein im Oberbergamtsbezirk Dortmund hat am Sonnabend eine Kundmachung über den Streik auf Zeche „Benschstraße“ telegraphisch verbreiten lassen, die im wesentlichen die Beschwerde wegen der Verweigerung der Kohlenscheine zu entfräften suchte:

In normalen Zeiten würden von 1600 Wagen Förderung noch nicht 30 Wagen täglich für Deputatlohn verlangt, während in den letzten Tagen 40 Wagen täglich dafür geliefert und heute jeder siebente Wagen, also über 200 Wagen, für diesen Zweck für heute und die nächsten Tage angeboten wären.

Außerdem wurde die Verlängerung der Seilschicht auf eine Stunde damit begründet, daß dies auf der Mehrzahl der großen Zechen von jeher in Übung sei.

Die letztere Behauptung bewiese doch lediglich Wortbruch und Arbeiterbedrückung. Zum Beweise dafür zitierten wir nochmals hier den § 5 des Berliner „Friedensprotokolls“ vom 15. Mai 1889. Er lautet:

„In die achtstündige Normalzeit wird die Einfahrt wie die Ausfahrt nicht mit eingerechnet. Die Einfahrt wie die Ausfahrt sollen in der Regel jeweilig nicht länger als eine halbe Stunde dauern. Jedenfalls sind Ein- und Ausfahrt so zu ordnen, daß der Bergmann nicht länger als acht Stunden unter Tage bleibt.“

Das Protokoll ist unterzeichnet: Ludwig Schröder, Friedrich Bunte, Aug. Siegel, Dr. Hammacher.

Beglaubigt: Schmidt, Eiberfeld, Baumbach, Berlin.

Wo sind die Versprechen geblieben? Neun Stunden und mehr muß der Bergmann jetzt vielfach in der Grube bleiben. Schamlos hat man die schriftlich gegebenen Versprechen gebrochen! Nicht genug damit. Aus dem Wort- und Vertrauensbruch leitet man jetzt das Recht her, die Bergarbeiter noch weiter zu betrügen, noch mehr zu bedrücken.

Daß man es wagt, mit den Resultaten des Wortbruchs, des Arbeiterbetruges, die öffentliche Meinung irren zu lassen, muß allen die Augen öffnen; die Regierung aber muß unter allen Umständen ganz enthieben die Rechte der Arbeiter verteidigen helfen. Sie kann sich nicht mit dem Hinweis auf sozialdemokratische Hege ihrer Verantwortung entziehen. Die ganze Arbeiterkraft, ohne Ausnahme, steht in dieser Frage geschlossen zusammen.

Wir fordern, was wir von unseren Vätern ererbt haben, nämlich die achtstündige Schicht. Das waren die Worte, die damals der „Kaiserbesiegte“ Ludwig Schröder an Wilhelm II. richtete.

An diese Forderung halten die Bergarbeiter fest. Wenn man trotz der Versprechen die Schichtzeit weiter ausgedehnt hat, dann ist es Zeit, das Unrecht wieder gut zu machen.

Von der Stimmung unter den Bergarbeitern geben die folgenden Versammlungsberichte unserer Korrespondenten ein lebendiges Bild:

Essen, den 8. Januar. (Fig. Ber.)

Zeitweilig recht stürmisch verlief die hier stattgefundene Belegschaftsversammlung von Zeche „Herkules“. 1200 Bergarbeiter hatten sich eingefunden, aus deren Reihen oft energisch der Kampf gefordert wurde. Besonders noch gegen Schluß der Versammlung erhoben sich gegen die Leitung Vorwürfe wegen der öfter ausgesprochenen Absicht, nur da, wo direkte Versuche, die Schichtzeit zu verlängern, abzuwehren sind, einen Streik zuzulassen! — Breme los! Streik! Broden hinwerfen! usw. ertönte immer und immer wieder den Rednern, die gegen allgemeinen Streik sprachen, entgegen.

Zunächst erstattete die Kommission Bericht über ihre Vermählungen, von der Verwaltung die Zulage der Abstellung der Mißstände und die Wiedereinstellung des gemäßigten Knappschafteilnehmers Wagner zu erlangen. Der Betriebsführer hat erklärt, er lasse sich auf nichts ein, es werde weiter gemüllt und wenn ein Kontrollleur angestellt werde, fände sich schon etwas für die Verwaltung — so heißen, um die Kontrolle illusorisch zu machen. — Die Arbeiter stellten die öffentliche Meinung nicht dar. Weiter berichtete die Kommission, das eine ihrer Mitglieder, Fischer, sei dreimal wochenlang gewesen und man habe ihm bedeutet, es wäre der Verwaltung angenehm, wenn er ginge. (Große Bewegung.) Man befürchtet, daß die stark von der Bummelhaftigkeit Mitgenossen unauffällig abgehoben werden. Das wäre allerdings der Gipfel der — Arbeiterfreundlichkeit.

Wagner, der gemäßigtere Knappschafteilnehmer, ersuchte die Versammlung, wegen seiner Wahregelung noch keine Beschüsse zu fassen. Er hebe jetzt die Verwaltung wegen unberechtigter Kündigungsgelder Entlassung verweigert; es empfehle sich, erst noch das Resultat des gerichtlichen Verfahrens abzuwarten.

Die Ausführungen der Redner, die in diesem Sinne sprachen, fanden wenig Zustimmung, während die Redner, die zum Kampf aufriefen, stürmischen Beifall fanden. Eine bemerkte, es handle sich nicht zunächst um die Wahregelung, sondern um die allgemeinen Mißstände, die auf fast allen Gruben zu finden seien. Um nach dieser Richtung vorzugehen, sei notwendig, zunächst ein Einverständnis sämtlicher Organisationen über gemeinschaftliches Vorgehen herbeizuführen. Es wurde ein Antrag eingebracht, der baldige Einberufung einer von sämtlichen Verbänden beschickten Delegiertenversammlung fordere. Der Antrag fand Annahme. Ferner beschloß die Versammlung, weitere Schritte in der Angelegenheit Wagner vorläufig nicht zu unternehmen, sondern erst das Resultat des gerichtlichen Verfahrens abzuwarten. Schließlich fand folgende allgemeine Resolution Zustimmung:

Der Streik der Kameraden auf „Bruchstraße“ zur Abwehr der Schichtverlängerung ist vollkommen berechtigt. Jede Belegschaft, der eine Schichtverlängerung zugemutet wird, kann nicht anders handeln, wie die Kameraden auf „Bruchstraße“, da die Gesundheit der Arbeiter durch die jetzige Arbeitszeit schon mehr wie zu viel gefährdet ist. Die Versammlung erklärt deshalb ihre volle Sympathie den Kämpfern auf „Bruchstraße“ und verspricht sie zu unterstützen:

1. durch Verweigerung von Ueberfrachten, welche eine höhere Förderung bringen sollen;
2. durch Abhaltung des Arbeiterangebots auf „Bruchstraße“;
3. durch finanzielle Spenden.

Die Versammlung erwartet nunmehr von der Gesetzgebung, daß sie schleunigst präzisere die Arbeiter schützende Vorschriften gibt über Verkürzung der Arbeitszeit auf acht Stunden, Verbot der Ueberfrachten, gerechtes Gehaltgewesen, Abschaffung des an Raum grenzenden Wagenmüllens, an Stelle der bisherigen Gehaltsgarantie Bezüge nach Gewicht, so daß der Arbeiter bei vorfristiger Ausübung seines schweren Berufes auf einen Lohn kommen kann, der eine menschenwürdige Lebenshaltung gestattet. Den Arbeitern muß ohne Einschränkung gesetzlich die Kontrollierung der Förderung durch einen gewählten Vertrauensmann gestattet sein. Ferner muß endlich die Gesetzgebung die Einführung von Hülfinspektoren, aus den Reihen der Arbeiter gewählt, zur Betriebskontrolle ohne Hinterbüden aussprechen. Die Verwaltung der besonderen Unterklassen muß einem in geheimer Wahl gewählten Arbeiterausschuß übertragen werden.

Wird die Regierung bezw. die Gesetzgebung unsere Rotschreie weder nicht hören, dann hat sie die Verantwortung für die Folgen zu tragen. Wir warnen ernstlich die Zechenbesitzer und ihre Trabanten fortzuführen, in der bisherigen Weise die Bergleute zu schikanieren und zu drangsalieren, denn so kann und darf es nicht weiter gehen. —

Die besonders zu Schluß sich bemerkbar machende Stimmung darf aber befürchten lassen, daß es auf „Herkules“ doch zum Streik kommt.

Rauze I, 8. Januar. (Fig. Ber.)

Hier scheint man die Veruhigung der Arbeiter für überflüssig zu halten. Es sollte hier heute ebenfalls eine Belegschaftsversammlung — von Zeche „Viktor“ — stattfinden. Da kann man sich die Bewegung der Leute denken, als sie zum Lokal kamen und ihnen mitgeteilt wurde, der große — Unbekannte sei tätig gewesen, die Versammlung könne nicht stattfinden. Mit der hier beliebigen Taktik wird man unfehlbar den allgemeinen Streik provozieren. Die Empörung war furchtbar groß. Als ob man es darauf abgesehen hätte, auch hier, wo es noch verhältnismäßig ruhig ist, zum Handeln zu reizen.

Castrop, 8. Januar. (Fig. Ber.)

Von mehr als 2000 Personen war die heute hier stattgefundene Belegschaftsversammlung besucht, die für Zeche „Eris“ einberufen war. Wenn auch verschiedentlich Rufe nach Streik laut wurden, so war hier die Stimmung im allgemeinen doch friedlicher als in Essen. Die Führer legten die Gründe dar, weshalb es sich empfehle, nur dort in einen Streik einzutreten, wo man mit Schichtverlängerungen herauskomme. Für den allgemeinen Streik fehle es an Geldmitteln, auch sei zu befürchten, daß die vielen Ausländer ausgewiesen würden; zudem sei die ganze Marktlage nicht günstig.

Wie der jetzige Vorsitzende des christlichen Verbandes noch mitteilte, werde in den nächsten Tagen dem Ministerium gemeinsam seitens der vier Verbände eine Eingabe zugehen, in der unter Darlegung der Verhältnisse ein Einwirken der Regierung gegen das Grubenkapital auf dem Wege der Gesetzgebung gefordert wird.

Ohne Widerspruch gelangte schließlich die obige Resolution zur Annahme.

In gleichem Sinne beschloß auch eine später tagende Versammlung des christlichen Gewerkschaftsvereins.

Despe I, 8. Januar.

Die von 1000 Belegschaftsmitgliedern der Zeche „Vorussia“ besuchte Versammlung trug einen ziemlich erregten Charakter. Unter den besprochenen Mißständen macht besonders die in den letzten Wochen angeordnete Schichtverlängerung um 5 bis 15 Minuten böses Blut. Es wird oft 10 Stunden gefordert. Viele Klagen wurden geführt über Gehaltsgerechtigkeit. Es werden Monatslöhne von 60 M. gezahlt. Das Wagenmüllens steht riesig in Blüte; am Tage vor Weihnachten war die Tafel zum Anstrich der gemüllten Wagen zu klein. — Versicherung von Kapitälgnaden! —

Schäfers warnte vor einem allgemeinen Streik. Es gelangte dann die bekannte Resolution zur Annahme.

Dortmund, 8. Januar.

Sympathie-Erklärung! Eine Bezirksführung der Zahlstelle Dortmund des Metallarbeiter-Verbandes erklärte sich mit den Bergarbeitern solidarisch, sie forderte das Gewerkschaftskartell auf, unverzüglich Mittel für die Streikenden flüssig zu machen.

Bruchhausen, 8. Januar.

Eine Riesenversammlung von Zeche „Deutscher Kaiser“ fand hier heute statt. Fast 3000 Belegschaftsmitglieder waren anwesend. Im März vorigen Jahres war eine Kommission gewählt, die als Arbeiterausschuß tätig sein sollte. Wie sich deren Tätigkeit bei König Thyssen gestaltete, ergab der von der Kommission erstattete Bericht. Man hat deren Beschwerden und Wünsche angehört — und damit war die Sache erledigt, nein, die Mißstände wurden immer noch ärger. Die Seilschaft sei sehr unregelmäßig, natürlich zu Ungunsten der Arbeiter, die oft halbe Stunden auf Ausfahrt warten müßten. Im letzten Monat sind 73 Wagen gemüllt auf einem Schacht; Löhne werden gezahlt bis herunter zu 2,10 M. für erwachsene Leute. Die stereotype Antwort des Stiegers, wenn er Klagen entgegennimmt ist: Wenn nicht paßt, kann gehen! Auf Schacht 8 wurden von 30 Wagen 2-3 gemüllt. Ein Bergmann, der sich über eine Belegschaft beschwerte, wurde sofort entlassen! Die fremdsprachigen Arbeiter behandle man wie Hunde! Tosender Beifall erhob sich, als ein Redner meinte: Wir müssen uns bald den Kameraden von „Deuschstraße“ anschließen. — Sofort anschließen! rief es vielhundertstimmig. Weiter wurde ausgeführt, es sei vorgekommen, daß Leute am Lohnstag noch Geld mitbringen mußten! Ueberaus traurig ist der Gesundheitszustand. Im vorletzten Jahre waren bei einer Belegschaft von rund 8000 Mann rund 6000 Krankheitsfälle zu verzeichnen.

Als der Verbandsvertreter die Situation als nicht günstig für die Arbeiterschaft bezeichnete, rief man ihm zu: Nur nicht bremsen! Wir warten nicht mehr! Wir streiken! Die Kommission erhielt Austrag, nochmals vorsichtig zu werden.

Horstmar, den 8. Januar.

Zu der für Zeche „Preußen“ und „Eisenau“ einberufenen Versammlung hatten sich circa 1600 Belegschaftsmitglieder eingefunden. Hier das selbe Bild wie überall: Klagen über Mißstände und rigorose Behandlung. Auf „Preußen I“ hat man die Kommission vier Stunden warten lassen — „framun sehen!“ sagte der Redner. Dann gab man die Zustimmung, die Leute dürften sich furchtlos beschweren. — Sappremment wie leutselig! Die bekannte Resolution wurde von der Versammlung akzeptiert.

Ruhrort, 8. Januar.

Das Gewerkschaftskartell beschloß in seiner Sitzung am Sonntagabend eine Sympathieerklärung für die Bergarbeiter. Folgende Resolution fand Annahme:

„Die dem Kartell Ruhrort angeschlossenen freien Gewerkschaften aller Verufe sprechen ihre volle Sympathie und Solidarität im Falle eines Kampfes den Bergleuten aus.“

Sombroch, 8. Januar.

Eine bedeutungsvolle Versammlung, die zur Charakterisierung der Politik des Herrn Stimmers sehr interessantes Material lieferte, fand hier heute statt. Es war eine Belegschaftsversammlung von der Zeche „Gladau-Tiefbau“. Man hat sich darüber gewundert, weshalb der Herr seinen Willen, die Zeche — „Louise-Tiefbau“ — stillzulegen noch nicht durchgeführt hat. Das Geheimnis wurde enthüllt. Stimmers wollte die Leute vor und nach abschließen, — mit welchem Resultat, hat ein auf die Straße gezogener Beamter angeplaudert. Die Zeche besitzt einen alten Unterhaltungs fonds, der Eigentum der Belegschaft ist und rund 900 000 Mark Vermögen hat. Wären nun alle Leute unter der Hand abgeschoben worden, hätte Herr Stimmers den Fonds in Sade und Lachte sich ins Häutchen. Als die Knappschafteilnehmer Eigentumsrechte geltend machte, zog Herr Stimmers vor, die Belegschaft nicht anzulösen.

Von der Zeche „Gladau-Tiefbau“ selbst wurden viele Mißstände gerügt. Auch hier versucht man, die Seilschaft zu verlängern, das Wagenmüllens versteht man großartig. Ein Redner erklärte, es hätten sich Lauffungen als Zeugen dafür angeboten, daß sie Steine in die Kohlen geworfen hätten, die Wagen, die dem Redner gemüllt worden seien, wären rein zutage gekommen. Einer Kameradschaft, 4-6 Mann, sind in einem Monat 60,50 M. für gemüllte Kohlen abgezogen worden! — Wenn sich Leute beschwerten, sagte ein Beamter: „Abfinden Sie doch, ich habe Leute genug in der Westentasche!“ Ein älterer Mann wurde entlassen, weil sein Sohn stündigte. Wegen der Unsauberkeit und Rasse trage die Zeche den Namen: „Wahsch!“ Die Unterhaltungslosse züchte Gänzlichkeitswirtschaft. Es sei vorgekommen, daß man Leuten die bereits gezahlte Unterhaltung wieder aus dem Hause geholt habe. Wer die Gunst des Betriebsführers habe, brauche solche Arbeiter „Freundlichkeit“ allerdings nicht zu befürchten. Auch werden hier Kohlensteine nur noch in beschränkter Anzahl ausgegeben. Eine Kommission soll wegen der Mißstände vorgelegt werden. Hier wurde nicht die allgemeine sondern diese Resolution angenommen:

- Die heutige Belegschaftsversammlung verlangt:
1. Ständige Anerkennung der Kommission zur Abstellung von Mißständen.
 2. Pünktliche Einhaltung der Seilschaftsordnung.
 3. Regulierung der Löhne. Für Dauer Minimallohn 4,50 M., für Schleppler 3,50 M., für Pferdeträger und Bremsen 2,75 M., für erwachsene Tagesarbeiter 3,50 M.
 4. Mitverwaltung der Unterhaltungskasse. Der Vorstand ist von der Belegschaft in geheimer Sitzung zu wählen.
 5. Humanere Behandlung.
 6. Ausreichende Lieferung von Holz.
 7. Probenlegung der Schächte und Querschläge.
 8. Die Waschkloase ist in besserem Zustande zu halten und stets eine der Jahreszeit und der Bitterung entsprechende Temperatur zu schaffen.
 9. Abschaffung des ungerechten Vermüllens der Kohlen.
 10. Der Kommission ist bis spätestens Donnerstag über diese Forderungen Antwort zu geben.
- Vielen der Anwesenden war die gestellte Frist noch zu lang, es war große Neigung vorhanden, sofort den Kampf aufzunehmen.

Herne, 7. Januar.

Die bereits erwähnte historische Versammlung, in welcher Ludwig Schröder sprach, war überfüllt. Folgende Entschliessung fand Annahme:

„Die heute am 6. Januar d. J. im Lokale des Herrn Sichter man zu Pankau stattgefundene öffentliche Bergarbeiter-Versammlung erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten einverstanden und protestiert gegen die Handlungsweise der Werksbesitzer den Arbeitern gegenüber; gibt der Hoffnung Ausdruck, daß in Zukunft dies unterbleibt. Sollte es dennoch geschehen, so erklärt sich die Versammlung mit den Bergleuten der Zeche „Bruchstraße“ solidarisch.“

Aus allen diesen Kundgebungen geht klar hervor, daß überall eine außerordentlich gereizte Stimmung herrscht und daß es kaum möglich erscheint, die Bewegung zu lokalisieren. Man verbreitet das Gerücht, bei Hösch sollen die Hochöfen ausgedient werden, wenn Dienstag die Belegschaft von „Kaiserstuhl“ nicht wieder anfähre. Wenn man sich von solchen Schreckensjahren Erfolg verspricht, dürfte man sich sehr irren. In den Kreisen der Eisenverkäufer ist die Zustimmung nicht minder groß als bei den Bergarbeitern.

Wenn übrigens von monatlang reichendem Kohlenvorrat in den Lagern geschrieben wird, wie es z. B. die „Kölnische Zeitung“ fertig brachte, so ist das Unsin. Durchschnittlich beträgt der Eisenbahnerstand im Ruhrrevier pro Tag 20 000 Wagen. Da Bedarf es keiner großen Redensgabe und scharfen Situationsbildes, um zu erkennen, daß die vorhandenen Vorräte höchstens den Bedarf von drei bis vier Tagen decken können. Mit Schreckensjahren erreicht man jetzt überhaupt nichts mehr. Will man den Frieden, dann ziehe man schleunigst alle Anordnungen von Schichtverlängerungen zurück und die hochgehenden Wagen werden sich sofort glätten.

Essen, 9. Januar. (Fig. Ber.)

Verschiedene Sonntagsversammlungen ließen keinen Zweifel darüber, daß das Bremsen der Führer teilweise das Gegenteil der beabsichtigten Wirkung zu erreichen drohte.

Auf Zeche „Gladau-Tiefbau“, der Dortmunder Union gehörend, beschloß man, der Verwaltung eine Reihe Forderungen zu unterbreiten, mit dem Ultimatum, in drei Tagen Antwort zu geben. Es ist damit zu rechnen, daß die Bewegung größeren Umfang gewinnt.

Dortmund, 9. Januar, 9 Uhr 5 Min. nachmittags.

(Privat-Depesche des „Vorwärts“.) Weiter traten in Aus-

stand „Preußen“ 1 und 2, 2100 Mann, die Gesamtbelegschaft. Der Bürgermeister setzte für den nördlichen Stadtteil, das Arbeiterviertel, Polizeistunde auf 10 Uhr an. Die freiwillige Feuerwehr wurde zahlreich vereidigt für Polizeidienst.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 9. Januar.

Die blutigen Gefechte gegen die Hottentotten

sind, wie nach den ersten Mitteilungen bereits zu erwarten war, auch für die deutschen Truppen sehr verlustreich gewesen. Eine amtliche Meldung besagt allerdings noch nichts über die deutschen Verluste. Sie lautet:

Major Meister meldet durch General von Trotha, daß er am 2., 3., 4. Januar gegen Hendrik Witboi, die rote Nation unter Manasse, Karrasleute, Beldschoenbrager und Friedrich Maharero geschossen habe. Der Feind hat mindestens 80 Tote verloren. Der Sieg konnte wegen Mangels an Munition und Verpflegung nicht voll ausgenutzt werden. Meister erreichte daher am 6. d. M. wieder die einzig ergiebige Wasserstelle Stamprietfontein, um sich dort zu ergänzen. Sobald dies geschehen, soll er die Vereinigung mit Deimling, Ritter und Lengeler erstreben. Bei den großen Entfernungen und der überaus geizraubenden Heliographen-Übermittlung ist die Verbindung mit diesen schwierig. Aus dem gleichen Grunde konnte eine Verlustliste bisher noch nicht mitgeteilt werden. Friedrich Maharero soll nach Sobabis abmarschiert sein, um im Norden zu suchen.

In diesem Telegramm wird das Ausbleiben von Verlustnachrichten auf die Verletzung der Heliographenlinie zurückgeführt. Uns will es nicht recht einleuchten, daß nicht wenigstens mit ein paar Worten über die ungefahren Verluste Mitteilung gemacht werden konnte! Selbstverständlich ist übrigens das Scherblatt in der Lage, Mitteilungen über die Verluste machen zu können! Woher diese Angaben stammen, wird nicht gesagt. Aber offenbar müssen dieselben doch ebenfalls vermittelt des so sehr beschäftigten Heliographen gemacht worden sein! Nach diesen Angaben sind in den Gefechten am 1. und am 2.—4. Januar 4 Offiziere, darunter Major Raundorf und Leutnant v. Bollard-Bodelberg, gefallen. Verwundet wurden 5 Offiziere. Ferner sind gefallen von den Mannschaften 15 Mann und circa 40 verwundet worden, so daß sich der Gesamtverlust auf circa 64 Mann belaufen dürfte. Es wäre dringend zu wünschen, daß auch der amtliche Bericht so rasch als möglich gegeben würde! —

Die Parlamente

nehmen am Dienstag ihre Beratungen wieder auf. Während das Abgeordnetenhaus zunächst die Etatsdarlegungen des Finanzministers hören wird, wird sich der Reichstag zunächst nicht sofort mit den großen Gegenständen, die ihn erwarten, befassen. Auf der Tagesordnung der Dienstagssitzung des Reichstages stehen die Resolutionen betreffs Invalidenversicherung, Befähigungsnachweis und Lehrlingsausbildung; am Mittwoch soll die freisinnige Interpellation betreffend die Schiffsabgaben zur Beratung kommen.

Beide Parlamente werden neben den Beratungen über den Etat schwer zu bewältigenden Beratungsstoff erleiden müssen, der Reichstag neben der Militärvorlage, den Militär-Pensionsgesetzen usw. die Handelsverträge, das Abgeordnetenhaus die Kanalvorlage. Es wird angenommen, daß zu Beginn der Dienstagssitzung der Reichskanzler eine Erklärung abgeben wird, warum die Handelsverträge noch immer nicht dem Reichstage zugegangen sind. Die Verträge sollten dem Reichstage schon vor Weihnachten zugehen und in erster Lesung beraten werden. Die großen Schwierigkeiten, die der Abschluß der Verhandlungen mit Österreich-Ungarn der Regierung bereitet, haben diese Dispositionen durchbrochen und der Reichstag stellt sich nun in die Schwierigkeit eines übermäßig aufgestauten Arbeitsmaterials versetzt. Es ist nicht abzusehen, wie alle die gestellten Aufgaben bis zum 1. April erledigt werden sollen. Die Schuld daran trägt wiederum die Regierung.

Im Abgeordnetenhaus wird beabsichtigt, sogleich nach der ersten Lesung des Etats die zweite und dritte Lesung der Kanalvorlage durchzuführen. Doch findet diese Absicht lebhaften agrarischen Widerstand. Die Agrarier befürchten, daß die Regierung die Kanalvorlage eher bewilligt bekommen könnte, als die endgültige Neuverteilung der Handelsbeziehungen erfolgt ist. Sie haben seit Jahren den Kanal ausgedehnt, um ihre Forderungen durchzuführen, sie haben ihre Pläne im weitestgehenden Maße verwirklicht, indem sie einerseits die ursprüngliche Kanalvorlage bis zur Unkenntlichkeit zerkleinert und andererseits ihren Zollwünschen im Tarifgesetz und bei den Handelsverträgen weiteste Geltung verschafften. Jetzt soll der letzte Ring der agrarischen Kette geschmiedet werden. Die „Deutsche Tageszeitung“ wehrt sich entrüstet gegen die Absicht, die Kanalvorlage jetzt schnell durchzuführen, sie fordert erst die Durcharbeitung des preussischen Etats, um die Kanalvorlage fortwährend bis zur endgültigen agrarischen Erledigung aller Handelsbeziehungen als Drohmittel gegen die Regierung zu behalten. Ist erst, so spekuliert das Agrarierum, der Budgetzoll und die Grenzsperrung nach allen Richtungen voll gesichert, dann wird es schließlich auch noch gelingen, die Rechte der Konservativen im Abgeordnetenhaus wieder in die frühere Ablehnung jeder Kanalvorlage zurückzutreiben. —

Die Handelsvertragsverhandlungen mit Österreich-Ungarn sind wieder mal ins Stocken geraten, da die deutsche Regierung die von den österreichisch-ungarischen Unterhändlern geforderten Garantien, daß die deutsche Grenze nicht auf Grund des Seuchengesetzes für die österreichische Vieheinfuhr in das deutsche Zollgebiet ohne weiteres gesperrt werden kann, nicht zugestehen will. Um diesem Zustand ein Ende zu machen, hat, wie die Wiener „Zeit“ erzählt, Deutschland am Freitag in der Veterinärfrage ein Ultimatum gestellt. Infolgedessen reiste einer der ungarischen Delegierten nach Budapest ab, um sich neue Instruktionen zu holen. Die Entscheidung soll morgen vormittag fallen. —

Eisenbahnbetriebsmittelgemeinschaft. An diesem Montag traten in Berlin die Leiter der deutschen Eisenbahnverwaltungen zu einer abermaligen Beratung über die Betriebsmittelgemeinschaft zusammen. Später — am 16. und 20. Januar — sollen die Beratungen über die Reform der Güter- und Personentarife sowie über die Einschränkung des Fahrens von Umwegen im Güterverkehr folgen. Bei all diesen Reformen kommt nichts heraus als eine Verstärkung des preussischen Eisenbahnpolitikarismus, der sich durch einen schonungslosen Konkurrenzkampf die Eisenbahnen der übrigen Einzelstaaten gefügig gemacht hat.

Diese Entwicklung zur Verpreuung der Eisenbahnen — die Sozialdemokratie fordert Uebernahme auf das Reich — bedeutet die wirtschaftliche Konsolidierung der preussischen Reaktion. —

„Liberaler Blod“. Die verschiedenen Richtungen des Liberalismus haben jetzt in den süddeutschen Staaten einen ein wenig ernsthafter erscheinenden Versuch einer Annäherung an einander zu gemeinsamer politischer Aktion gemacht. In Bayern sind Freisinnige und Demokraten, soweit solche dort in einigen seltenen Exemplaren noch zu finden sind, zum Wahlbündnis mit den Nationalliberalen geschritten, welche durch ihre Haltung zur Wahlreform sich im Volke gänzlich diskreditiert haben; durch den Bund soll getreuet werden, was noch zu retten ist. Für Baden ist in einer Versammlung in Karlsruhe, nach einem Vortrage des Reichstags-Abgeordneten Dr. Müller-Weinigen, ebenfalls ein Zusammenschluß der liberalen Gruppen und der Volkspartei zustande gebracht, der seine Spitze gegen das Zentrum und die Gefahr einer Zentrums-majorität in der zweiten badischen Kammer richtet. Auch in Württemberg ist die Reizung stark geworden, Nationalliberale und Volkspartei anzunähern.

Bei diesen Vorgängen haben Vertreter des Freisinn und der süddeutschen Volkspartei auch die Stellung zur Sozialdemokratie reichlich besprochen, und zwar besorgten dies Dr. Müller in Karlsruhe und Abg. Payer in Stuttgart in einer Art, die wir nicht unerwähnt lassen mögen.

Dr. Müller-Weinigen sagte nach dem Bericht der „Frankfurter Zeitung“:

Die Stellung zur Sozialdemokratie droht zur Schlüsselfrage des Liberalismus zu werden: Kurzfristige Aufbauschung dieser rein tatsächlichen, jetzt gar nicht brennenden Frage schadet auch den Liberalen viel.

Wo die Sozialdemokraten sich zu Bundesgenossen, direkten oder indirekten, der ärgsten Reaktion hergeben, wo sie völlige Verständnislosigkeit der kulturellen Fragen zeigen, ist der Kampf gegen sie selbstverständlich. Bündnisfähig würde die Sozialdemokratie erst, wenn sie die Ideen Jaurès', Keir Hardies, Turatis akzeptierte und die Klassenfrage aufgab, mit der sie Hunderttausende der Reaktion in die Arme treibt.

So weit sind die Sozialdemokraten leider im allgemeinen noch nicht. Wo sie den Kampf des Liberalismus gegen die Reaktion unterstützen, muß ebenso selbstverständlich der Kampf gegen sie, wenn möglich, ein bloß defensiver sein. Alle allgemeinen Theorien über Ein- und Zweifronten sind theoretische, höchst überflüssige Schlagworte, die lediglich verwirren, da sie falsch schablonisieren. Auf den Reim einer Wahlschlachtkoalition gegen die Sozialdemokratie zur Ablenkung der Aufmerksamkeit von der Gefahr des Merkantilismus und Feudalismus, darauf dürfen wir aber unter keinen Umständen eingehen; die Kosten dafür müßten wir allein bezahlen.

Und der Führer der süddeutschen Volkspartei erklärte:

Die Nationalliberalen hätten viel in der Hand. Es sei kein Zufall, sondern entspreche der freilich sehr verkappten Einsicht in die Lebensbedürfnisse ihrer Partei, daß sie mit einem hörbaren Ruck sich der Linken zu nähern suchten. Die Deutsche Volkspartei sei es gewohnt gewesen, den Anhängern der Sozialdemokratie noch vor der Zeit des Sozialistengesetzes her außerordentlich nachsichtig durch die Finger zu sehen und ihnen durchgehen zu lassen, was die Deutsche Volkspartei anderen Parteien nicht durchgehen ließ. Das habe sich geändert. So wie sie seit Jahren ihre Taktik gebildet haben, ist ein Auskommen mit den Sozialdemokraten nicht mehr möglich. Die Erfolge bei den Wahlen sind ihnen zu Kopfe gestiegen. Die Art, wie die Sozialdemokratie ernüchternde Fortschritte gefährdet, die gefährliche Weise, auch da, wo Uebereinstimmung herrscht, die Vertreter der anderen linksstehenden Parteien herabzuwürdigen, diese Taktik macht zurzeit ein Zusammenarbeiten mit ihnen unmöglich, soweit es sich nicht um einzelne Fragen handelt, in denen ja nach wie vor ein Zusammenhang gewahrt werden kann.

Wenn die Freisinnigen und nun auch die süddeutsche Volkspartei mit den Nationalliberalen intim pattieren, so mögen sie zur Verschönerung ihres Rums sich der Einbildung verschreiben, als hörten sie einen nationalliberalen Ruck nach links. In Wahrheit wird dieser Ruck auf einen Ruck der Volkspartei nach rechts hinauskommen, welchen Weg diese Partei schon lange nicht mehr kennt. Wir müssen aber nachdrücklich zurückweisen, daß die Freisinnigen und die Volkspartei, wenn sie solche Wege wandeln wollen, unwahre und politisch törichte Schmähdungen gegen die Sozialdemokratie als Ausreden erfinden.

Wir haben keinen Anlaß, mit Herrn Dr. Müller über die Ideen von Jaurès und Turati oder über vorgebliche Klassenphantasien der deutschen Sozialdemokratie zu rechten. Wir haben lediglich festzustellen, daß diese Vertreter des Liberalismus und der bürgerlichen Demokratie gerade in dem Augenblick, da sie die Sozialdemokratie anfeindlichen, sie sei schuld an der Unmöglichkeit eines Zusammengehens der Linksparteien, alle die schweren Verfehlungen selbst begehen, durch welche diese Unmöglichkeit sich stets verschärft. Herr Payer spricht das empfindsame Wort, mit den Sozialdemokraten sei ein Auskommen nicht mehr möglich, da sie die Vertreter der anderen linksstehenden Parteien geschäftig herabzuwürdigen. Und zur gleichen Zeit erhebt Herr Payer die denkbar schwerste politische Herabwürdigung der Sozialdemokratie, daß sie ernüchternde Fortschritte gefährde, und Dr. Müller beschimpft die Sozialdemokratie, daß sie Bundesgenossin der ärgsten Reaktion sei, daß sie völlige Verständnislosigkeit für kulturelle Fragen zeige, daß sie Hunderttausende der Reaktion in die Arme treibe. Wer so unheimlich törichte Angriffe gegen die Sozialdemokratie richtet und sich dann über die Kampfesweise der Sozialdemokratie beschwert, spricht sich selbst das Urteil.

Die Sozialdemokratie hat niemals nach einem Pakt mit liberalen Gruppen oder der bürgerlichen Demokratie verlangt, zu denen sie in den tiefsten prinzipiellen und praktischen Gegenlagen steht. Wohl aber hat sie stets, wo Liberalismus und konservative Reaktion gegen einander kämpften, die Niederwerfung dieser Reaktion betrieben und dabei speziell den preussischen Freisinnigen mehr parlamentarische Mandate gerettet, als diese durch eigene Kraft zu erringen vermögen. Es ist eine politische Unwahrscheinlichkeit, jetzt die Haltung der Sozialdemokratie als Anlaß des Anschlusses nach rechts ausgeben zu wollen, da in Wahrheit der Liberalismus bei Wahlen die Sozialdemokratie verrät, die Wahlkreise der Reaktion ausliefert und in der politischen Aktion immer mehr sich zu den Grundlagigkeiten des Nationalliberalismus erniedrigt.

Die Herren vom Freisinn und von der bürgerlichen Demokratie handeln würdiger, wenn sie sich solcher unberechtigten Verschuldigungen der Sozialdemokratie enthalten. Sonst mögen sie Bündnisse schließen, mit welchen Gruppen und Parteien es ihnen beliebt. Die Sozialdemokratie würde nicht das mindeste einzunehmen haben, wenn das Unwahrscheinliche geschähe, daß die liberalen Richtungen in Deutschland sich aus ihrer jetzigen Hilflosigkeit erheben, ohne dabei den letzten Liberalismus zu verlieren.

Baasche als Weltpolitiker. Herr Baasche, der nationalliberale Vizepräsident des deutschen Reichstages, war im Begriff, seine Weltbedeutung zu beweisen. Vor seinen Wählern in Aachen hielt er kürzlich eine Rede, in der er behauptete, Deutsch und sei in der letzten Woche einer großen Gefahr kriegerischer Verwicklungen mit England viel näher gewesen, als sich viele hätten träumen lassen, und nur dem Geschick unserer Diplomatie sei es, wenn auch mit Schwierigkeiten, gelungen, die drohende Gefahr zu beseitigen. Es ist das Geheimnis des Herrn Baasche geblieben, welche schweren Verwicklungen zwischen Deutschland und England bestanden haben sollen. Aber in englischen Blättern erfolgten infolge der Äußerungen Baasches weitere tolle Ausfaltungen, daß die britische Regierung ein Ultimatum an die deutsche gerichtet habe, worin sie die Verweigerung der deutschen Flotte verboten habe, daß infolgedessen Kaiser Wilhelm die Mobilisierung der Flotte zu Kiel befohlen habe und daß der Krieg im letzten Moment durch persönliches Eingreifen König Eduards abgewendet wurde.

Nach einer Mitteilung der „Berl. Ztg.“ soll diesen Gerüchten nur die Tatsache zugrunde liegen, daß die deutsche Regierung wegen eines Artikels in der „Army and Navy Gazette“ Vorstellungen erhoben habe, in welchem ein plötzlicher Angriff auf Deutschland seitens Englands befürwortet sein soll. Die englische Regierung habe die Verantwortung für Äußerungen der Presse abgelehnt, weil es in England kein amtliches Press Bureau gibt und sie keinen Einfluß auf die unabhängige Presse besitzt. Es ist zu vermuten, daß hinter allen diesen Treibereien jene Leute stecken, welche unzufrieden sind, daß nicht bereits jetzt neue Flottenvorträge den Reichstag beschickten. Man versucht immerfort, Mißverständnisse und Zwietracht zwischen England und Deutschland zu erwecken und die geringsten Zwischenfälle zu großen weltpolitischen Ereignissen aufzubauschen, um damit dem Verlangen nach neuen Flottenbeschwerden Förderung zu geben.

Hässener. Während eine strenge Untersuchung über die Fideleitäten der Hässenerschen Festungsbau in und um Ehrenbreitstein schweben soll, dauert diese Fideleität selbst noch immer an. Wie uns mitgeteilt wird, darf auch jetzt Hässener von der Höhe der Festung herabspazieren und in Koblenz Besuche abstratten. Er ist erst am letzten Sonnabend auf der Straße gemächlich spazierend gesehen worden.

Zentrums-Klown. Die „Germania“ will nachträglich den sozialdemokratischen Parteitag für Preußen kritisch würdigen, sie will den denkenden Menschen Anleitung zum eigenen Urteil geben. Diese Anleitung sieht u. a. also aus:

„Daß in diesem ganzen neuen Kurs“ des Rumpiges mit dem „sozialdemokratischen Preußen“ ein einfacher und einfältiger Verlegenheits-Koup der deutschen Parteileitung steck, der Berliner Firma Singer u. Comp., welche sich krant fühlt an Haupt und Gliedern, das scheint den demokratischen „Mitläufern“ der Sozialdemokratie nicht zum Verständnis gekommen zu sein. Und doch ist eben dieser mit so annähernder Miene in Szene gesetzte „Preußentag“ lediglich der Versuch der Berliner Parteileitung, sich eine neue Waffe zu schmieden gegen die Unbotmäßigkeit der reichsdeutschen Genossen in Sachsen, Bayern und Schwaben, eine Unbotmäßigkeit, welche in München und Leipzig — so besonders in den Organen der Mehring und Vollmar, bis zu der offenen Widerständigkeit gegen die Berliner Oberherrschaft gediehen ist, so daß von diesen nicht-preussischen Zentren der Sozialdemokratie bereits der Kriegsruf immer lauter erhoben wird, die Berliner Parteileitung wegen ihrer zu Tage getretenen inneren Fäulnis und sichtbaren Korruption zu beseitigen, in erster Linie aber die Redaktion des „Vorwärts“ abzusetzen, mindestens an Haupt und Gliedern einer Reinigungsur zu unterziehen und sie unter direkte Parteikontrôle der deutschen Sozialdemokratie im Reich zu stellen. Der lässliche Versuch des „Vorwärts“, sich diesen Angriffen gegenüber mit der Verufung auf die Untersuchung und Entscheidung der Parteikommission und der Fraktionskommission zu entziehen, verhängt um so weniger bei den Reichsgenossen, als diese leitenden Kommissionen der Gesamtpartei mit der Leitung des „Vorwärts“ an Leib und Seele identisch sind, mindestens in der Korruption bis heute als untrennbares Ganzes sich erwiesen haben.“

Der größte Unfug würde nur erheutern, wenn es nicht doch betrübend wäre, daß eine Zeitung solche Lächerlichkeiten ernsthaft auspricht, welche eine sehr große und in der deutschen Politik entscheidende Rolle spielt.

Husland.

Die Konstituierung der Hull-Kommission.

Paris, 9. Januar. Die Kommission zur Untersuchung der Nordsee-Angelegenheit trat heute vormittag im Beratungssaal des Ministeriums des Reichs zusammen. Admiral v. Spaun übernahm zunächst den Vorsitz als Alterspräsident. Er dankte für seine Wahl zum fünften Mitglied der Kommission und schlug vor, Admiral Jounier zum Präsidenten zu wählen, nicht allein um eine Pflicht gegen das Land zu erfüllen, dessen Gastsfreundschaft die Kommission genieße, sondern auch zur Erleichterung einer möglichst großen Bescheidung ihrer Arbeiten, da Admiral Jounier in seinem Bureau über zahlreiche und ausgezeichnete Mitarbeiter verfüge. Der Vorschlag wurde darauf einstimmig angenommen. Sodann begab sich die Kommission nach dem Sitzungssaal. Admiral Jounier dankte hier für den Beweis großer internationaler Courtoisie, dessen Gegenstand er geworden sei, und fügte hinzu, er fühle gleich seinen ausgezeichneten Kollegen die Schwere der moralischen Verantwortlichkeiten, die sie auf sich genommen hätten, aber sie würden ihre Pflichten zu erfüllen wissen, so delikater Natur dieselben auch seien, indem sie sich unaufhörlich das erhabene Beispiel von Weisheit und Mäßigung vergewärtigten, welches der König von England und der Kaiser von Rußland der Welt durch die Einsetzung der Untersuchungskommission gaben, was den glücklichen Erfolg hatte, sogleich die nationalen Empfindlichkeiten zu beruhigen und so eine eingehende und ruhige Prüfung der Ursachen des Konfliktes zu ermöglichen.

Hierauf hielt die Kommission eine geheime Sitzung ab, um sich über das einzuschlagende Verfahren schlüssig zu machen. Heute nachmittag findet eine zweite Sitzung statt, in welcher darüber Beschluß gefaßt werden soll, ob die Verhandlungen veröffentlicht werden oder nicht.

Frankreich.

Die Erziehung für Sybeton

hat wiederum mit einem Siege der Nationalisten geendet. Allerdings haben die Nationalisten diesmal zirka 1000 Stimmen weniger erhalten als vor zwei Jahren, wo Sybeton als Sieger aus der Wahlschlacht hervorging.

Die Nachrichten lauten: Paris, 8. Januar. Bei der heutigen Deputiertenwahl im zweiten Pariser Arrondissement zum Ersatz Sybetons wurde Admiral Vienaimés mit 6437 Stimmen gewählt. Der Gegenkandidat Bellan erhielt 5165 Stimmen. Nach der Verkündigung des Wahlergebnisses kam es vor der Mairie des Arrondissements zwischen den beiderseitigen Parteigängern zu Prügeleien, besonders als der Admiral das Wahlslokal verließ. Die Menge ging aber alsbald auseinander, ohne daß die Polizei einschreiten brauchte.

Paris, 9. Januar. Die Wahl Vienaimés überraschte selbst die Nationalisten, welche das Ergebnis nicht erhofft hatten. Immerhin zeigt das Resultat, daß die Nationalisten viele Anhänger verloren haben. Sybeton war damals vor zwei Jahren mit 7404 Stimmen gewählt worden. Die Wahl vollzog sich gestern ruhig. Nach Bekanntwerden derselben fand eine Kundgebung statt. An 100 Personen durchzogen die Straßen unter den Rufen: Sybeton muß gerächt werden. Die Polizei schritt ein und nahm mehrere Verhaftungen vor.

Von der regierungsfreundlichen Presse wird der Wahlsieg mit drohendem Tamtam gefeiert. „Republique française“ jubelt: „Die erste Ohrfeige hat General André getroffen, und er hat sie nicht überlebt; heute trifft sie Belleian, und er wird sie auch nicht überleben. Diese Ohrfeige, die mehr als 7000 Hände derselben Gesichte verfesten, ist noch ganz anders grausam und schallend. Alle Wähler Vienaimés haben den Marineminister ohrfeigen wollen. Es ist die ruhmreiche Bestimmung des zweiten Pariser Wahlkreises, das Meer zu rächen.“ — „Gaulois“ sagt: „Es ist der Ruhm des zweiten Wahlkreises, daß er die Zerstörer der Landesverteidigung in ihrer Verbrecherarbeit aufzuhalten sucht. Sybeton hatte André hinausgeworfen, Vienaimés tritt in die Kammer ein, um Belleian anzufügen.“ — „Figaro“ sieht in der Wahl ein neues Vorzeichen des nahen Sturzes des

Ministeriums. Die republikanische Presse begnügt sich mit der Feststellung, daß die Pariser nationalsozialistisch-antisemitischen Kräfte der Bezeugung unzugänglich sind.

Italien.

Die Erziehungswahlen.

die am Sonnabend stattfanden, sind leider nicht zugunsten der sozialistischen Partei ausgefallen. Von den vorzunehmenden acht Erziehungswahlen waren drei, in denen bei der Hauptwahl ein Sozialist gewählt worden war. Eine dieser Erziehungswahlen mußte vorgenommen werden, weil Genosse Bissolati doppelt gewählt worden war, die beiden anderen Wahlen waren anfangs als sozialistische Siege proklamiert worden, während die Wahlprüfungs-Kommission erklärte, daß eine Stichwahl notwendig sei.

Von diesen drei Mandaten wurde bei der Wahl am 8. Januar nur eines behauptet: das, in dem Bissolati gewählt worden war; die beiden anderen Kreise gingen leider verloren. Nicht gewonnen wurde ein weiterer Wahlkreis, in dem ein Konservativer als gegen einen Sozialisten gewählt proklamiert worden, von der Kommission aber gleichfalls Stichwahl angeordnet worden war.

Ein Privattelegramm aus Rom meldet uns: Gewählt Genosse Chiesa in Budrio. Unterlegen Costa in Bologna, Badaloni in Lendinara und Meoni in Colle di Val d'Elisa. Die Wahlbeteiligung der Merikalen war sehr stark.

Das Wolffsche Telegraphen-Bureau meldet: Rom, 8. Januar. Heute fanden acht Erziehungswahlen zur Deputiertenkammer statt. Bis Mitternacht waren sechs Ergebnisse bekannt: Gewählt vier Ministerielle und zwei Mitglieder der konstitutionellen Opposition; die Sozialisten Costa, Badaloni und Meoni sind in Bologna bezw. Lendinara und Colle di Val d'Elisa unterlegen.

Rom, 9. Januar. Runmehr sind sämtliche Erziehungswahlen zur Deputiertenkammer bekannt. Es sind 5 Ministerielle, 2 Mitglieder der konstitutionellen Opposition und 1 Sozialist gewählt.

Dänemark.

Die Ministerkrise hat, soweit sie bis jetzt gediehen ist, das gute Ergebnis gehabt, daß außer dem Kriegsminister auch die anderen reaktionären Mitglieder des Ministeriums, nämlich der Justizminister, der Minister des Innern, der Kultus- und der Landwirtschaftsminister ihre Ämter niedergelegt haben. Das Abschiedsgesuch dieser vier war mit der Bemerkung versehen, sie würden, wenn der Marineminister Jöhnke nicht bis Freitag mittag 12 Uhr sein Amt niedergelegt habe, ihre Demission veröffentlichen. Aber auch dieser letzte Versuch, Jöhnke zum Abtreten zu zwingen, blieb erfolglos. Für ihn, der sich in keiner Weise weder mit der Volksmehrheit noch mit den alten Grundsätzen seiner Partei in Widerspruch gesetzt hatte, lag auch eigentlich kein Grund dazu vor. Die nun vollendete Sprengung des Ministeriums entspricht ganz der Meinungsverschiedenheit, wie sie im vorigen Jahr beim Prügelfestentwurf ausbrach. Damals schon fanden als Freunde des Entwurfes Alberti, Madsen, Sörensens, Die Hansen und Christensen den Weg der Prügelfest: Tumber, Hage und Jöhnke gegenüber, ein Beweis dafür, daß die reaktionäre Bestimmung jener Herren sich nicht auf den jetzt im Vordergrund stehenden Militarismus beschränkt. Der Justizminister Alberti strebt offenbar schon lange danach, Konseilspräsident zu werden. Würde ihm das gelingen, so müßte man sich auf ein antisozialistisches und antiradikales Ministerium gefaßt machen, das wahrscheinlich reaktionärer wäre, als ein ausgesprochen konservatives. Das Folgebild, das am Dienstag wieder zusammentritt, wird aber voraussichtlich dafür sorgen, daß das Land vor diesem Rückschritt bewahrt bleibt. In der liberalen Fraktion scheint die gegen Madsens Militarismus gerichtete Stimmung vorherrschend zu sein. Bereits vor ungefähr 14 Tagen hat der militärische Vorkämpfer der Liberalen in einer Sitzung der liberalen Finanzausschuß-Mitglieder erklärt, daß er Madsen im Folgebild nicht mehr verteidigen könne noch wolle und deswegen sein Amt als Vorkämpfer niederlegen müsse. Die Mehrheit in jener Sitzung erklärte jedoch, daß er ohne die Verpflichtung, den Kriegsminister zu verteidigen, als Vorkämpfer der Partei weiter fungieren solle.

Hebrigen ist die Ministerkrise vor allem auch als ein Erfolg der Sozialdemokratie anzusehen, die von Anfang an, schon als Madsen im ersten Jahr des „liberalen“ Regimes für 5 Millionen neue Kanonen verlangte, die militärische Bestimmung des Kriegsministers durchschaute, und späterhin alle die Uebergriffe und Heimlichkeiten, womit er am Ausbau der Festungswerke Kopenhagens arbeitete, schonungslos aufdeckte. Gewöhnlich folgten auf derartige Enthüllungen allerlei Dementis, die den Kern der Sache nicht berührten; aber schließlich stellte sich immer heraus, daß „Social-Demokraten“ und die Behauptungen des sozialdemokratischen Vorkämpfers Klausen der Wahrheit entsprachen. Lange genug hat es gedauert, bis Madsen seine Stellung als unhaltbar erkannte.

Vom ostasiatischen Kriegsschauplatz.

Die Uebergabe der Gefangenen

von Port Arthur ist am Sonntag abgeschlossen. Es sind im ganzen 878 Offiziere und Beamte und 23 491 Mann. Es heißt, die Bahnverwaltung in Sancho habe Befehl erhalten, sich für den Transport von 20 000 Russen von Schimonoseki nach Kure einzurichten. Wahrscheinlich werden die Gefangenen in der Nähe von Kure untergebracht werden. Die Schwerverkranken werden vorläufig noch in Feldlazaretten in Port Arthur bleiben; alle, die transportabel sind, werden nach Japan gebracht werden, sobald die Einrichtungen für ihre Unterbringung beendet sind.

Tokio, 8. Januar. Amtliche Mitteilung. Von den 878 russischen Offizieren der Armee von Port Arthur haben 441 ihr Ehrenwort gegeben, nicht mehr gegen Japan kämpfen zu wollen, und erhalten deshalb gemäß der Kapitulation die Erlaubnis, in ihre Heimat zurückzukehren; mit ihnen gehen 229 Ordonanzen. Die Generale Rod, Smirnow und Gorbatsch sowie Admiral Willmann haben es vorgezogen, nach Japan in die Gefangenschaft zu gehen. General Stössel tritt am 12. Januar von Dalny die Reise nach Rußland an.

Tokio, 9. Januar. Man glaubt, daß der Gesamtverlust der Russen in Port Arthur ungefähr 25 000 Mann betragt.

Kagasaki, 9. Januar. Eintausend verwundete Russen aus Port Arthur sind hier eingetroffen und im Hospital untergebracht worden.

London, 9. Januar. Das „Neuerische Bureau“ meldet aus Nogi's Hauptquartier vom 5. d. M.: In Port Arthur brach am ersten Tage nach der Uebergabe an zwei Stellen Feuer aus. General Stössel hat deshalb im japanischen Hauptquartier um Entschuldigung und erklärte, daß die Freiwilligen, die nach dem Ausmarsch der Garnison in der Stadt zurückblieben, nicht ausreichen, um die Sicherheit aufrecht zu erhalten. Er bat, daß japanische Truppen sofort einrücken möchten.

London, 9. Januar. Das „Neuerische Bureau“ meldet aus Tokio vom 8. d. M.: Die Japaner beschäftigen aus Port Arthur eine bedeutende Flottenstation zu machen; nach der Abfahrt der russischen Gefangenen soll nur eine kleine Garnison in Port Arthur bleiben. Die Flotte ist eifrig mit dem Auffischen von Minen beschäftigt, trotzdem wird die Schifffahrt noch lange unsicher sein, nur

Regierungsschiffe haben Zufahrt. Dahn wird demnächst für den neutralen Handel geöffnet werden.

London, 9. Januar. Das „Neuerische Bureau“ meldet aus Tokio vom 8. d. M.: Admiral Kataoka berichtet, ein Kreuzer sowie ein Torpedoboot und ein Kreuzer seien den nach Tschifu, und ein anderer Kreuzer, ein Kanonenboot und eine Anzahl Zerstörer seien den nach Kiautschou geschickten russischen Schiffen gefolgt.

Tokio, 8. Januar. (Meldung des „Neuerischen Bureaus.“) Es beklautet, daß demnächst eine vierte innere Anleihe in Höhe von 100 Millionen Yen unter den gleichen Bedingungen, wie die der dritten Anleihe, zur Annahme gelangen soll.

Petersburg, 5. Januar. („Laffan-Meldung.“) Die Konfervative und die liberale Presse ähneln sich gleichmäßig erbittert über die Gleichgültigkeit der oberen Klassen gegen das Leid der Verteidiger von Port Arthur. Die aristokratische Gesellschaft hat zwar noch niemals so viel Wohlthätigkeitsbazare und Bälle für Kranke und verwundete Soldaten veranstaltet wie jetzt, aber in Wirklichkeit sind alle diese Veranstaltungen nur Vorwände für Vergnügungen. Die vornehmen Restaurants sind jeden Abend von Souper-Gesellschaften dicht besetzt, die rumänischen Orchester und die Sigenierkapellen haben nichts von ihrer Anziehungskraft eingebüßt, und die Wege zum Wintergarten sind gedrängt voll von Troikas mit Bergnügungslustigen. Die allgemein bewiesene Gefühllosigkeit ist ebenso auffallend wie abstoßend. („Standard.“)

Zur russischen Zensur.

Wie wir in unserer letzten Nummer mitteilten, beschwerte sich die „Ruf“ über die russische Kriegszensur, die nicht nur der Presse die Veröffentlichung von Nachrichten verheimlichte, durch die eventuell den Japanern Dinge mitgeteilt würden, die in strategischem Interesse zu verschweigen seien, sondern daß sie auch Nachrichten unterlasse resp. verbiete, durch die dem Volke Klarheit über die bereits aller Welt bekannten Vorgänge auf dem Kriegsschauplatz gegeben würden. Die Beschwerde der „Ruf“ bezog sich speziell darauf, daß bereits am 2. Januar die Nachricht vom Fall Port Arthurs allgemein bekannt gewesen sei, daß sie jedoch in der russischen Presse nicht hätte offenbart werden dürfen, ferner darauf, daß die japanischen Nachrichten über die Fortschritte der Belagerung, die auf den unaussprechlichen Fall Port Arthurs hätten schließen lassen, dem russischen Volke gleichfalls vollständig unterzogen worden seien.

Auf diese Beschwerde antwortet nun der Kriegszensuror Kalischewski, Oberleutnant des Generalstabes, in einer Erklärung an die „Ruf“. Er führt aus, daß es falsch sei, wenn das Blatt dem Kriegszensuror derartige Vorwürfe mache. Die über die Presse entscheidende Zensur trage den Namen „Spezialkommission der Kriegszensur“, aber an ihr nähmen nicht nur Kriegszensuror teil, die über die aus strategischen Gründen vorzuhaltenden Nachrichten aburteilten, sondern auch ein Vertreter der Oberprüfungsverwaltung, der ebenso wie die übrigen Zensuror mit einem Notizbuch ausgerüstet sei und die Vollmacht habe, aus den der Zensur zugehenden Artikeln und Telegrammen alles zu streichen, was vom Standpunkt der allgemeinen politischen Zensur unerwünscht erscheine. Die Tätigkeit dieses Vertreters der Oberprüfungsverwaltung sei den Kriegszensuror nicht zur Last zu legen, weil sie nicht zu ihrer Kompetenz gehöre. Die Frage, inwiefern eine solche politische Zensur notwendig sei, lasse er unentschieden. Er habe es nur für seine Pflicht gehalten, gegen den Angriff die Kriegszensur zu verantworten.

Aus dieser Erklärung erhellt also, daß die Spezialkommission der Kriegszensur tatsächlich nicht nur aus strategischen, sondern auch aus allgemein politischen Gründen von dem Notizbuch den ausgiebigsten Gebrauch macht. Die politischen Gründe bestehen eben darin, daß das Volk über die wirklichen Vorgänge in der Mandschurei systematisch getäuscht werden soll. Offenbar fürchtet man, daß die ohnehin sehr flauere Kriegsbegeisterung durch Mitteilung von Nachrichten, wie sie in der übrigen Presse der Welt zu lesen sind, vollständig auf den Nullpunkt herabgedrückt werden könnte, daß also das Volk belogen und betrogen werden muß, um für Bäckchen neue Opfer an Gut und Blut zu bringen! Diese systematische Verleugung des Volkes ist eine derartige Infamie, daß selbst Kriegszensuror sich zu schämen scheinen, wenn ihnen die Verantwortung für ein solches System der Vertuschung und der Lüge aufgebürdet wird! —

Soziales.

Reklamierte Polizeivillkür gegen Streikposten.

Der Streikposten ist rechtlos, wenn der Polizeibeamte „annimmt“, er müsse ihn „zur Sicherung der Leichtigkeit, Bequemlichkeit und Ordnung des Verkehrs“ von der öffentlichen Straße verweisen. Und die Schulleute sind von dieser „Annahme“ durchdrungen, wenn es auf die Streikpostenjagd geht. Das „Recht“ zum Streikpostenstreik als eines Teiles des Koalitionsrechtes, das theoretisch vom Reichsgericht und Kammergericht anerkannt wird, ist in der Praxis völlig wertlos, es besteht in Wirklichkeit nicht mehr, es ist zu einer leeren Vorstellung geworden.

In den letzten Wochen beschäftigten den ersten Straffenat des Kammergerichts fast in jeder Sitzung Streikposten-Prozesse. Auf jeden dieser Prozesse einzugehen, erübrigt sich eigentlich, denn jeder Fall wurde nach demselben Schema behandelt. Es ist in den Wind gesprochen, wenn der eine oder andere Anwalt überzeugend hervorhebt, daß ja jedes doch an sich erlaubtes Streikpostenstreik unmöglich gemacht werden könne, wenn es abhängig sein solle von der nachträglich dem Gericht gemachten Erklärung des als Zeugen vernommenen Schutzmannes, daß er gemeint habe, es könnte zu Verstärkungen der Arbeitswilligen und infolgedessen zu Verkehrsstörungen kommen. Es wurden die Revisionen der Angeklagten gegen ungünstige Landgerichtsurteile zurückgewiesen, freisprechende Urteile der zweiten Instanz auf staatsanwaltliche Revision regelmäßig aufgehoben und die Sachen nochmal an die Vorinstanz zurückverwiesen, mit der Begründung, die Freisprechung beruhe auf Rechtsirrtum.

Und nun das Schema! Kennzeichnen wir es an einem besonderen Falle, wo die Gründe, die meist schon nur noch in einem Hinweis auf den „bekannten“ Standpunkt bestehen, wiederholt wurden. Hervorzuhelien ist, daß hier weder dem Angeklagten noch einem der Mitstreikenden irgend etwas anderes vorzuwerfen war, als daß sie Arbeitswillige anzuschreiben und zu befehlen suchten. Der Schutzmann glaubte, die Arbeitswilligen hätten sich belästigt und dies wäre auch dem Publikum aufgefallen. Das Landgericht Berlin II zog daraus den Schluß, daß der Schutzmann gemäß der Straßen-Polizeiverordnung den Angeklagten „zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung auf der Straße“ weggeführt habe und verurteilte ihn wegen Nichtbefolgung der Anordnung. Das Kammergericht verwarf die Revision und führte aus:

Es sei in neuerer Zeit förmlich Mode geworden, sich auf ein Urteil des Reichsgerichts (im 84. Bande der „Entscheidungen“) zu berufen, wodurch eine hanseatische Verordnung, die das Streik-

postenstreik als solches verbot, für ungültig erklärt sei. Es sei füglich geworden, dies Urteil so anzulegen, als wären die Streikposten privilegierte Menschen, als wären sie Menschen, die gegen alle polizeilichen Anordnungen geschützt seien, nur weil sie Streikposten ständen. Die Auslegung sei grundfalsch und widerspreche auch dem Urteil des Reichsgerichts selber. Das Reichsgericht spreche aus, daß sich die Gesetzgebung der Einzelstaaten nicht gegen Prinzipien der Reichsgesetzgebung (Gewerbe-Ordnung — Koalitionsrecht) wenden dürfe. Das Reichsgericht sage aber zum Schluß, entscheiden sei mit dem Urteil nicht die Frage, ob nicht der Gefährdung, die mit dem Streikpostenstreik verbunden sein kann, in anderer Weise entgegengetreten werden könne. In einem anderen Urteil, das abgedruckt sei im neunten Bande der „Rechtsprechung des Reichsgerichts“, habe nun das Reichsgericht die Verurteilung eines Streikpostens aus einem preussischen Straßenpolizei-Reglement gebilligt. Also sage das Reichsgericht keineswegs: „Ihr Streikposten seid privilegiert“, sondern es sage: „Durch allgemeine Strafbestimmungen kann Euch nicht das Streikpostenstreik verboten werden, aber auf Grund einer polizeilichen Anordnung im Rahmen eines Straßenpolizei-Reglements kann man Euch entgegenreten.“ Wie nun die Sache hier liege, sei es absolut kein Verstoß gegen das Recht, wenn Angeklagter verurteilt worden sei. Er hätte der polizeilichen Anordnung Folge leisten und weggehen müssen, vorausgesetzt, daß sie nicht schädlich gewesen, sondern ergangen sei, um die Ruhe und Ordnung aufrecht zu erhalten. Letzteres sei aber richtig festzustellen. — Der Zweck der Anordnung, die Absicht des Schutzmannes, ist nach diesem und den vielen anderen Urteilen des Kammergerichts maßgebend, nicht aber, ob schon eine Aufhebung oder Störung des Verkehrs erfolgt sei oder nicht.

Wenn der Schutzmann sagt, er habe Verkehrsstörungen, habe Störungen der öffentlichen Ordnung vorgehen wollen durch die Begreifung, dann stellt das Gericht diese Absicht fest, eventuell auf Monition des Kammergerichts. Die Schutzmänner aber haben ihre Instruktionsstunde und der Instrukteur macht ihnen klar, von welchen Ansichten das Kammergericht sich leiten läßt, und von welchen Absichten bei Begreifung von Streikposten sie selbst sich zu leiten haben lassen.

Ausgang ein Teil des Schulbesuchs. Das Kreisfelder Schöffengericht hatte sich mit der Frage zu beschäftigen, ob der Besuch der logenamtlichen Schulmessen, eines Kindergottesdienstes, für die Schüler ein obligatorischer ist. Diese Frage hat das Gericht bejaht. Es handelte sich um folgenden Fall. Ein Fabrikarbeiter sandte seine 13jährige Tochter nicht in die Schulmessen, wohl aber pünktlich vormittags um 8 Uhr zur Schule. Die Schulmessen findet nämlich vor Beginn des Unterrichts statt. Der Kreisfiskusinspektor aus Kreisfeld, der als Sachverständiger gehört wurde, erklärte, daß nach einer Verfügung der königlichen Regierung aus dem Jahre 1889 dieser Gottesdienst zum Schulunterricht gehöre. Das Gericht verurteilte den Vater des Kindes daraufhin. Gegen das Urteil wird mit Recht Berufung angemeldet werden, weil die Verfügung, wenn sie besteht, gesetzwidrig und daher ungültig ist.

Kaufmannsgerichtswahl. In Breslau hatten sich nunmehr weniger als 13 bürgerliche Vereine verbunden, um die Wahl von Vertretern des Zentralverbandes der Handlungsgesellen und Gehilfen als Beisitzer zum Kaufmannsgericht zu verhindern. Democh erhielt die Liste des Zentralverbandes von den abgegebenen 1611 Stimmen 250. Auf den Zentralverband entfielen vier Beisitzer, auf die vereinigten Gegner 21. — Auch in Halle haben die Klassenbewußten Handlungsgesellen mit 740 „gehäuften“ Stimmen einen Beisitzer erlangt.

Die Gewerbegerichtswahl in Würzburg, welche am letzten Sonntag zum erstenmal unter dem Proportional-Wahlrecht stattfand, brachte den „Freien Gewerkschaften“ einen recht guten Erfolg. Von 1888 abgegebenen Stimmzetteln entfielen auf die Liste der „Freien Gewerkschaften“ 1818, auf die der logenamtlichen „christlich-nationalen Arbeiter“ nur 515 Stimmzettel. Einige Stimmzettel waren ungültig. Gegenüber der Gewerbegerichtswahl im Jahre 1901 gewinnen die „Freien Gewerkschaften“ 238 Stimmen, die „Christlichen“ trotz gehäufiger Agitation nur 82 Stimmen. Von den 20 gewählten Beisitzern entfielen auf die „Freien Gewerkschaften“ 14, auf die „Christlichen“ 4.

Aus der Frauenbewegung.

Nitzdorf. Die Monatsversammlung des Vereins gewerblich tätiger Frauen und Mädchen von Nitzdorf und Umgegend findet nicht am Dienstag, den 10. Januar, sondern am Mittwoch, den 11. dieses Monats, im Lokale des Herrn Thiel, Bergstr. 151/52, abends 8 1/2 Uhr, statt. Der Vorstand.

Treptow-Baumshulweg. Seit dem September 1902 haben sich an unserem Orte den Verein für Frauen und Mädchen Schönebergs und Umgegend etwa 30 Mitglieder angeschlossen. Durch die große Entfernung vom Orte des Vereins stehen der Teilnahme der hiesigen Mitglieder am Vereinsleben Hindernisse entgegen, die es zu beseitigen gilt. Vielfachen Wünschen aus unserem Mitgliederkreise entsprechend und im Einverständnis mit dem Vorstande unseres Vereins, haben wir beschlossen, einen selbständigen Verein zu gründen, um eine intensivere Wirksamkeit entfalten zu können. Zu diesem Zwecke findet am Donnerstag, den 12. Januar, eine öffentliche Volksversammlung in Wermanns Festsaal, Baumshulweg, abends 8 1/2 Uhr statt, mit der Tagesordnung: Gründung eines Bildungsvereins für Frauen und Mädchen von Treptow-Baumshulweg. Das Referat zu dieser Versammlung hat Frau Dr. Wally Zeppler übernommen. Zur Agitation für diese Versammlung erfolgt am Mittwoch, den 11. Januar, eine Einladung durch Handzettel.

Gerichts-Zeitung.

Aufgebaute Anlagen aus § 153 der Gewerbeordnung. Der Tischler J. sollte anlässlich des Steglitzer Tischlerstreiks einen Reister durch den Ausbruch „Quatschlopf“ beleidigt und dessen Sohn durch die angebliche Bemerkung, er werde ihm die Knochen zerschlagen, bedroht haben. Ferner wurde ihm noch eine zweite Beleidigung zur Last gelegt, weil er einen Arbeitswilligen „Streikbrecher“ tituliert hatte. Das Urteil des Schöffengerichts lautete wegen der „Beleidigungen“ auf Freisprechung und wegen der Bedrohung des Reisterjohnes auf 6 M. Geldstrafe. Ein Zusammenhang mit § 153 wurde nicht angenommen.

Vor der Berufungskammer wurde ein Schöffengerichtsurteil gegen den Schlosser W. bedeutend herabgemildert. Der Angeklagte war feinergeitig zu einer Gefängnisstrafe von einer Woche verurteilt worden, weil das Gericht annahm, daß er einen Nebenarbeiter beleidigt habe, um ihn zur Teilnahme an dem letzten Streik der Straßenbahn-Werkstattdarbeiter zu bewegen. Die Berufungskammer überzeugte sich aber, daß die Beleidigung mit § 153 ebenfalls nicht im Zusammenhang stand und erkannte auf 20 M. Geldstrafe. Der Staatsanwalt hatte sogar nur 10 M. beantragt.

Die Züchtigung des Schneidens. Der kassen erregende Vorfall im königlichen Feuerwerks-Laboratorium zu Spandau, wo während des Betriebes der Arbeiter B. seinen Vorgesetzten, den Ingenieur D., ohrfeigte, war am Sonnabend Gegenstand einer Verhandlung des Schöffengerichts. Der Angeklagte wurde zu 15 M. Geldstrafe verurteilt. Als mildernder Umstand kam in Betracht, daß er von dem Ingenieur gereizt worden war. Der Angeklagte ist so gleich nach der Tat aus der Arbeit entlassen worden, und der Ingenieur ist aus dem Staatsdienst ausgeschieden.

Zum Konflikt im Ruhrrevier.

Bochum, 9. Januar. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Die Bewegung der Ruhrbergleute nimmt einen immer lebhafteren Charakter an und es steht zu befürchten, daß alles Abmähnen der Verbandsleitung fruchtlos bleibt. Die einzelnen Zechen beginnen bereits ohne vorherige Verständigung mit der Verbandsleitung und selbst ohne besondere Versammlungsbeschlüsse in den Ausstand zu treten. Ebenso wie Montag früh die Morgenschicht von „Kaiserstuhl 2“ und „Scharnhorst“ die Einfahrt verweigerte, so folgten auf beiden Schächten die Mittagsschichten; Morgenschicht und Mittagsschicht bilden die übergroße Mehrheit der Gesamtbelegschaft. Auf „Kaiserstuhl 1“ fuhr zwar die Morgenschicht an, förderte aber keine Kohlen. Die Mittagsschicht dieser Grube fuhr gar nicht erst an. Ganz so ging es zu Mittag auf „Gneisenau“ und „Minister Adenbach“. Ohne Beschluß und ohne Zustimmung der Verbandsleitung treten die Leute in den Ausstand. Außer den Versammlungen, die für Dienstag und Mittwoch in Dortmund, Scharnhorst und Langendreer angesagt sind, stehen für nächsten Sonntag Versammlungen in Annen und Witten in Aussicht. Von verschiedenen anderen Zechen drängt man die Verbandsleitung zur Einberufung von Versammlungen. Die bis jetzt am Streik beteiligten Zechen haben eine Gesamtbelegschaft von etwa 7000 Mann. In Dortmund herrscht eine lebhafte Erregung. Eine polnische Versammlung in Herne beschloß eine Solidaritätserklärung. Das Gewerkschaftskartell in Dortmund wird einen Aufruf zu Sammlungen erlassen. Die Vorstände des Bergarbeiterverbandes, des christlichen Gewerkschafts, des Hirsch-Dünckerischen Gewerkschafts und der polnischen Berufsvereinigungen erlassen einen Aufruf, worin sie die Kameraden der Jede „Bruchstraße“ ihrer Sympathie und Hilfe versichern und erklären, daß sie an die Regierung und an die Parlamente eine Eingabe machen werden mit Forderungen zur Regelung der Arbeitszeit, der Bedingungen, Abschaffung der Puskung, Bezahlung nach Gewicht und Anstellung von Arbeiterkontrollen, im übrigen aber fordern sie die Arbeiter zur Ruhe und Disziplin und zum Abwarten der Weisungen der Verbandsleitung auf. Ein allgemeiner Streik sei nur im Interesse der Unternehmern.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Stuttgart, 9. Januar. (Privat-Telegramm.) Ohne sonderliche politische Ueberwachungen verliefen die am Sonntag abgehaltenen Landesparteitage der Nationalliberalen und des Zentrums in Württemberg. Die Nationalliberalen hatten sich außer dem Abgeordneten Dieder, dem einzigen württembergischen Nationalliberalen, der in den Reichstag gelangt ist, und auch nur mit bauernbändlerischer Hilfe, zur Erhaltung des Glanzes den Reichstagsabgeordneten Bahig als Referenten gewählt, die nun beide in ihren Reden um die Wette in nationaler und kolonialer Begeisterung schwammen. Bahig erging sich in Ausführungen über die Reichspolitik, insbesondere über Pofadowskys Unverständnis, befürwortete eine Sozialpolitik „mit Maß und Ziel“, rühmte die Opferwilligkeit der Gegner und schimpfte über die Sozialdemokratie. Das war das geistige Band, das Stuttgart mit Ravensburg verknüpfte, wohin das Zentrum in seine Schäflein, etwa 3000 Wauern, entboten hat. Dort sprachen die Abgeordneten Rembold und Gröber. Dieser sprach von der „Heuchelei und Gemeinheit der Nationalliberalen“, von „liberalem Ansturm“. Die Hauptladung Gröberscher Zartheit war natürlich der Sozialdemokratie ausgespart, die das Volk dem Abgrund zuführe. Ueber die Verfassungskommission verlor Gröber kein Wort, das überließ er dem Abgeordneten Rembold, der den Protokollmangel verächtlich mit einigen Worten abtat und keinen Zweifel ließ, daß das Zentrum auch nicht den kleinsten Finger reichen werde, wenn die geistliche Schulaufsicht gefährdet werde.

Geestemünde, 9. Januar. (B. T. B.) Das am Sonnabend infolge des Sturmes vertriehene Feuerschiff Borkum Riff ist heute hier eingetroffen. Das Schiff hat wegen Ankerkettenschusses die Station verlassen müssen.

Gewerbegerichtswahl.

Konstanz, 9. Januar. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Bei der heute stattgefundenen Wahl der Arbeitnehmerbeisitzer zum Gewerbegericht siegte die Liste des Gewerkschaftsartells mit 715 Stimmen über die christlichen Gewerkschaften, welche nur 443 Stimmen auf ihre Liste erhielten.

Die Hüller Kommission.

..., 9. Januar. (Meldung der „Agence Havas“.) Obgleich die Protokolle der beiden Sitzungen der Hüller Kommission nichts über gefasste Beschlüsse enthalten, wird doch berichtet, daß die Kommission sich entschlossen habe, bei ihrer Untersuchung die Öffentlichkeit im weitgehenden Maße zu wahren. Der Vertreter Englands habe ausdrücklich darauf bestanden, daß alles sich vor der Öffentlichkeit vollziehe, und er glaube die übrigen Kommissionsmitglieder überzeugt zu haben, so daß die Öffentlichkeit zugelassen würden und auch beim Zeugenhörbe die Öffentlichkeit zugelassen würde. Die Verhandlungen über das einzufragende Verfahren würden in einer neuen Sitzung, die morgen abgehalten wird, abgeschlossen.

London, 9. Januar. (B. T. B.) Die Meldung, der Dampfer „Birmingham“ sei bei einem Zusammenstoß mit einem anderen englischen Dampfer gesunken, ist unrichtig. Der Dampfer ist heute wohlbehalten auf der Themse eingetroffen.

Eisenbahnunglück.

Wolffenbüttel, 9. Januar. (B. T. B.) Auf der Braunschweig-Hannoverschen Eisenbahn entgleiste heute bei Wittmar ein Personenzug infolge Dammerschwachs. Die Lokomotive und der Pkwagen klagten die Böschung hinab. Lokomotivführer und Beizer wurden schwer verletzt.

Grubenunglück.

Delmstedt, 9. Januar. (B. T. B.) Auf der Kohlengrube „Treu“ der Braunschweigischen Kohlenwerke wurden heute zwei Bergleute verschüttet und getötet.

Vom ostasiatischen Kriegsschauplatz.

Mulden, 9. Januar. (Meldung der „Russischen Telegraphen-Agentur“.) Neue japanische Truppenabteilungen treffen vom Süden kommend, ein, die hauptsächlich dazu dienen sollen, die Befestigungen von Manzhou und Jantoi sowie andere besetzte Stellungen zu verstärken. Die Japaner sollen am Piao und Jalu mit dem 18. Oktober mehr als 3000 Mann verloren haben. Auf Seiten der Russen sind 7 Offiziere und 183 Mann gefallen sowie 44 Offiziere und 1082 Gemeine verwundet.

Tokio, 9. Januar. (Meldung des „Neuerischen Bureaus“.) Das Marine-Ministerium hat sehr Bedauern ausgedrückt über das Mißverständnis, das bei der Sendung des englischen Kreuzers „Andromeda“ vorgelegen habe, und erklärt, der Kommandant von Port Arthur habe die Annahme der Hilfeleistung auf Grund allgemeiner Instruktionen verweigert. Die britischen Behörden haben den englischen Gesandten in Tokio zu spät von der Sendung des Kreuzers in Kenntnis gesetzt; sobald der Gesandte jedoch die Nachricht erhalten hatte, hat er sofort für die Annahme des Anerbietens durch die japanischen Behörden Sorge getragen. Als dann der Befehl, die angebotene Hilfe anzunehmen, in Port Arthur ankam, war die „Andromeda“ bereits abgefahren. Das Auffuchen der Minen sowie die Unternehmung der gesunkenen Schiffe hat infolge Sturmes Verzögerung erlitten.

Partei-Nachrichten.

Das Grab von Karl Marx.

Die der „Breslauer Volkszeitung“ entnommene Mitteilung über das Grab von Karl Marx bedarf einer Richtigstellung: Karl Marx hat sich bei Lebzeiten die Errichtung eines Denksteines nach seinem Tode vorbehalten. Als die Parteileitung kurz nach Marx' Tode an Friedrich Engels schrieb und sich erbot, einen Denkstein für Marx setzen zu lassen, gab die Engels' Kunde von der Willensmeinung des Verstorbenen. Andernfalls hätte Engels selbst für einen Denkstein gesorgt. Daß das Grab von Marx in vernachlässigtem Zustande sich befindet, ist bedauerlich, aber das hätte der Londoner kommunistische Arbeiter-Bildungsverein leicht verhindern können, dazu besaß er wohl die Mittel. Es dürfte nunmehr Sache des Parteivorstandes sein, hier Wandel zu schaffen.

Kann ein Katholik Sozialdemokrat sein?

Von dieser Frage handeln zwei Broschüren, die im Dezember vorigen Jahres erschienen sind; die eine ist von dem holländischen Priester Dr. J. Van den Brink verfaßt, die andere von dem Redakteur der Düsseldorf'schen „Volks-Zeitung“, Dr. Heinrich Laufenberg. In beiden Schriften wird die Frage nicht nur bejaht, sondern auch nachgewiesen, daß ein Katholik eigentlich auf Grund seiner religiösen Überzeugung Sozialist oder Sozialdemokrat sein muß.

Die deutsche Zentrums-Partei preist sich bekanntlich der Bourgeoisie und Regierung als Retter, ja im Bunde mit der katholischen Kirche als den einzigen zuverlässigen Retter gegen die Sozialdemokratie an und ihre Agitatoren bemühen sich zu beweisen, daß zwischen Katholizismus und Sozialdemokratie ein unüberbrückbarer Gegensatz wie zwischen Tugend und Verbrechen besteht. Ein treffendes Beispiel dafür ist der Hammerstein-Katholische Arbeiter-Katechismus, worin es als „schwere Sünde“ erklärt wird, Sozialdemokrat zu sein, die Sozialdemokratie selbst als ein „Verbrechen im Großen“ bezeichnet wird usw. Diese Feindschaft gegen die Sozialdemokratie liegt aber nicht etwa im Katholizismus selbst oder gar im Christentum begründet, sondern ist vielmehr eine Folge des Umstandes, daß das Zentrum als eine bürgerliche Partei sich zur Rettung der bürgerlichen Gesellschaftsordnung und des damit verbundenen Systems der Ausbeutung der Besitzlosen durch die Besitzenden berufen fühlt, trotz der Religion der Liebe, die dieses System verdammt. Diese Religion selbst, wenn ernst gemeint, führt den Menschen vielmehr dem Sozialismus zu, statt ihn davon zurückzuführen. So mag wohl auch der holländische Priester Van den Brink recht haben, wenn er in seiner demnächst in deutscher Sprache erscheinenden Schrift „Die große Frage“ sagt: „In mehr als einem Priester klopfen ein Sozialistenherz, aber sie wagen sich nicht auszusprechen und man macht ihnen weis, daß der Sozialismus gegen den Glauben ist.“ Das ist um so mehr wahrscheinlich, als ja die oftmals in enger Verbindung mit dem Volksleben stehenden katholischen Priester viel Gelegenheit haben, die Leiden der Armen, die gesellschaftlichen Verbrechen der Begüterten aus nächster Nähe kennen zu lernen.

Wie nun dieses „Weismachen“ von der Glaubensfeindschaft des Sozialismus dem deutschen katholischen Volk gegenüber betrieben wird, das zeigt uns Dr. Laufenberg in seiner Broschüre „Kann ein Katholik Sozialdemokrat sein?“ Aber er liefert auch den Nachweis, und zwar durch ausführliche Zitate, daß die großen Vertreter katholischer Sozialreform, wie der Bischof Ketteler und sein langjähriger Mitarbeiter, der Domkapitular Roufang, sich keineswegs in öden Schimpfereien gegen die Sozialdemokratie ergangen haben, sondern in Gegenteil: dem Sozialismus und den Ansichten Lassalles sehr nahe standen, und daß sogar noch im Jahre 1877 die Berliner „Germania“ recht verständige Äußerungen über die Sozialdemokratie brachte, die durchaus in Widerspruch zu den jetzt in der Zentrums-Partei beliebten antisozialistischen Agitationszügen stehen. Damals war allerdings Windhorst noch der geistige Leiter des Zentrums und er hat sich gewissermaßen für die Trennung von Kirche und Staat nach „amerikanischem Muster“ ausgesprochen; so im Jahre 1873 und 1877 im preussischen Abgeordnetenhaus, also für den sozialdemokratischen Grundsatz „Religion ist Privatsache“, der heutzutage von den Zentrumsleuten zur Verleumdung der Sozialdemokratie mißbraucht wird. Das erste Kapitel von Laufenbergs Schrift ist der Charakterisierung dieser „Amerikanischen Methode“ der Fälschung und der Verhehlung gewidmet. Das zweite handelt von den „Anfängen der katholischen Sozialreform“ und im dritten Abschnitt, „Der historische Materialismus“, zeigt der Verfasser,

wie die Zentrumsleute durch Verquickung dieser rein wirtschaftlichen Auffassung mit dem philosophischen Materialismus dem katholischen Volk vorreden, Gottlosigkeit und Religionsfeindschaft sei ein Hauptgrundsatz der Sozialdemokraten. Der letzte Abschnitt: „Die katholische Eigentumstheorie“ liefert den Beweis dafür, daß die Auffassung katholischer Kirchenlehrer vom Eigentumsrecht keineswegs antisozialistisch ist, sondern vielmehr dem Sozialismus zuneigt, wofür auch ein Zitat aus Thomas von Aquin, das Hitz in „Kapital und Arbeit“ anführt, zeugt. Uebrigens kommt auch der Zentrumsführer Dr. Hitz selbst zu dem Schluss: „Wenn kein anderer Ausgleich (zwischen Kapital und Arbeit) gefunden wird, müssen wir den des Sozialismus akzeptieren: Ausgleich durch die ordnende Staatsgewalt“. Da nun das Zentrum seinen anderen Ausgleich gefunden hat noch zu finden vermag, kann Laufenberg mit Recht sagen, daß ein Katholik nicht nur Sozialdemokrat sein kann, sondern auch sein muß.

Zu demselben Ergebnis kommt der holländische Priester J. Van den Brink in seiner Schrift: „Kan of moet een Katholik Socialist zijn“. (Kann oder muß ein Katholik Sozialist sein?) Die beiden Schriften sind jedoch ihrem Inhalt nach verschieden. Der katholische Priester legt viel Wert darauf zu beweisen, daß die „Enchirisa rerum novarum“ vom Papst Leo XIII. einen Katholiken nicht hindern kann, Sozialist zu sein. Er untersucht die Frage, ob diese sogenannte Arbeiterenchirisa ein Erlass ex cathedra, ein auf päpstlicher Unfehlbarkeit gegründeter, für alle Katholiken bindender Befehl sei, und kommt zu dem Schluss, daß es sich hier nicht um eine Glaubensregel handelt. Was die nach Ansicht mancher Katholiken in der Enchirisa enthaltene Beurteilung des Sozialismus anbelangt, so ist Van den Brink der Meinung, daß jene Worte wohl eine Ablehnung des auf die Aufhebung aller Privateigentums gerichteten Kommunismus enthalten, sich jedoch nicht auf den Sozialismus, der nur den Privatbesitz des Grund und Bodens und der Produktionsmittel abschaffen will, beziehen.

Nach diesen und ähnlichen theologischen Erörterungen weist der Verfasser nach, wie sich die sozialdemokratische Auffassung vom Klassenkampf notwendig aus den wirtschaftlichen Verhältnissen entwickelt und daß auch sie sich sehr wohl mit dem katholischen Glauben vereinbaren läßt. Er stellt also hinsichtlich dieses wichtigen Unterscheidungsmerkmals zwischen sozialdemokratischer und sozialreformatorischer Bestimmung, und ebenso was das Ziel des Klassenkampfes anbetrifft, ganz auf der Seite der klassenbewußten Arbeiterschaft. Anderer Ansicht ist er über den historischen Materialismus und urteilt darüber mit folgenden Worten:

„Obwohl wir nach der Tomistischen Schule sagen: „Nichts kommt in den Geist, was nicht zuvor durch die Sinne aufgefangen wurde,“ so verwerfen wir katholischen Sozialisten doch den historischen Materialismus, der die Geschichte der Menschheit gleichsam betrachtet wie das Hinabstürzen eines Bergstroms oder wie eine rollende Regenmasse, als einen naturgeschichtlichen Prozeß, beherrscht von Gesetzen, welche nicht nur unabhängig sind vom Willen, vom Bewußtsein und von den Absichten der Menschen, sondern vielmehr umgekehrt das Willen, das Bewußtsein und die Absichten der Menschen bestimmen. — Aber die Sozialdemokratie kann meiner Meinung nach ebenso gut und vielleicht viel fester auf den Grundrissen des Christentums aufgebaut werden, die doch vor allem Nächstenliebe atmen und Sorge für den Mitmenschen, und die zur Zeit der Apostel in den Worten der Predigt gegen das Sammeln irdischer Schätze Ausdruck fanden, gleichwie auch Christus in der Bergpredigt sagt: „Ihr sollt Euch nicht Schätze sammeln auf Erden.“ Schon damals verurteilte der hl. Apostel Paulus die kapitalistische Triebfeder unserer Zeit, 1. Timotheum VI, 9: „Denn die da reich werden wollen, die fallen in Versuchung und Sünde und in des Bösen Strid und in viele unnütze und schädliche Begierden, die den Menschen ins Verderben und zu seinem Untergang führen.“ — Der Verfasser zitiert dann noch mehrere Bibelstellen, wie Jacobi II, 6, 7 und einen Teil des Kapitel V derselben Epistel, die so scharfe Angriffe gegen die Reichen enthalten, daß sie, heutigen Tages geschrieben, als Aufreizung zum Massenhaß von unseren Staatskirchen verurteilt werden würden.

Der Polemik Van den Brinks gegen die materialistische Geschichtsauffassung liegt offenbar die Meinung zugrunde, als ob nach dieser Lehre, die wirtschaftlichen Ursachen einzig und allein für die Geschichte der Menschheit ausschlaggebend seien. Nütziger charakterisiert Laufenberg in seiner Broschüre diese Lehre, indem er schreibt:

„Seinem leitenden Gedanken nach weist der historische Materialismus die ökonomischen Ursachen, die Produktionsverhältnisse, die Art, in der in jeder Gesellschaftsform die Arbeitsteilung Platz greift, als den letzten, den tiefsten Hebel alles geschichtlichen Lebens nach.“

Um 1 Uhr wurden die Auswanderer zum Mittagessen geführt. Wir passierten verschiedene Paradenstraßen und gelangten auf den Hauptplatz der Auswandererkasernen. Es ist ein großer freier Platz, von den Unternehmshäusern, Hotels, Speiseräume und Verwaltungsgebäude gruppiert sind. Die ganze Anlage macht einen großartigen, und da auch Räume nicht fehlen, beinahe schönen Eindruck. Während die Leute ihr Essen holten, sah ich mich in dem gewaltigen Komplex näher um. In der Menge der Waisenkinder, die zum größten Teil der Unterkunft dienen, fielen mir durch ihr keucheres drei Gebäude auf: die katholische, die evangelische Kirche und die Synagoge. Also nicht nur für das leibliche Wohl wird in so weitgehender Weise gesorgt, nein, auch den seelischen Bedürfnissen ist in größter Weise Rechnung getragen. Damit hat die Hamburg-Amerika-Linie der Art ihrer Menschlichkeit und ihrer Fürsorge für das wandernde Volk den einzig richtigen Ausdruck verliehen. Katholische Kirche, evangelische Kirche, Synagoge. (Heiliger Wirtshaus!) Hier kommen an Sonn- und Festtagen die Mühseligen und Beladenen der Hamburg-Amerika-Gesellschaft zusammen, verfolgt, gedemütigt und sogar bedrängt. Hier empfangen sie für irdische Trübsal so verheißener Art himmlischen Trost, hier empfangen sie in allen Kultformen die ein- und andringliche Belehrung darüber, daß es Sache der Armen und Gedrückten ist, den Mächtigen zu gehorchen und ihnen zu zahlen was sie verlangen. Denn was sind alle ausgestandenen Leiden: Russische Wälder, preussische Drangsal, Wallonische Behandlung, Hunger und Armut gegenüber der Antarktis auf das Himmelreich. Die Religion muß dem Volke erhalten bleiben.

Von meinem Rundgange kehrte ich zu den Deuten zurück, die unter Schlägen und Stoßen ihr Mittagbrot in Empfang genommen hatten. Auch dabei ereignete sich ein empörender Zwischenfall. Als bei der Verteilung des Essens auch ein etwa 60 Jahre alter Mann namens Abowitz, im begreiflichen Hunger mit anderen vordrängen versuchte, verlegte ein junger Steward ihm einen Stoß vor die Brust, daß der alte Mann hinschlug und sich die Wange und die linke Hand blutig verletzete. Der 19jährige Sohn des Verletzten stellte erregt über die Mißhandlungen seines Vaters den Steward zur Rede, worauf dieser mit einem wässern Schimpfwort antwortete. Als nun der junge Mann das Schimpfwort erwiderte, bekam er als Vergeltung ein paar schallende Ohrfeigen. Das war selbst den Auswanderern zu viel, sie machten Miene, dem brutalen Ursachen zu Leibe zu gehen und hätten ihr Vorhaben auch ausgeführt, wenn ich nicht dazwischen getreten wäre. Wenn hätte ich dem uninformierten Frechling die verdienten Prügel zu teil werden lassen, aber ich wollte verhindern, daß die Armen geringe Zeit vor ihrer endgültigen Abfahrt einem Verhör unterworfen und womöglich zurückgehalten würden. Kurz darauf wurden die Auswanderer zusammengerufen, in Gruppen geteilt, empfangen gegen Rückgabe ihrer Kontrollkarten die Schiffskarten, um dann aufs Schiff geführt und verladen zu werden. Auch mein Trupp zog davon, nach kurzem, aber herzlichem Abschied. Der Kleinwuchs aus Litauen, mein engerer Reisegefährte und Sozialist, trat nochmals an mich heran, um sich besonders zu verabschieden. Da

Das heißt also: den tiefsten, aber nicht den einzigen Hebel. Bäre es anders, so wäre ja auch alles Reden und Schreiben, alles Agitieren unnützlich, denn die Erkenntnis, die dadurch verbreitet wird, ist selbstverständlich eine geistige Macht und dennoch ein starker Hebel der geschichtlich notwendigen Entwicklung. V.

Die „Justice“, das Organ der Sozialdemokratischen Föderation Englands, erscheint seit dem 1. Januar in vergrößertem Format. In einem Artikel „1884—1905“ wirft der Genosse Hyndman einen Rückblick auf die Entwicklung des Organs und der Föderation selbst. Er ist mit den Erfolgen der Arbeit, die unter den größten Schwierigkeiten begonnen hat, durchaus befriedigt. Die Gesellschaft der Fabrier habe der Föderation schon bei ihrer Geburt einen baldigen Tod prophezeit; daselbe hat später die Unabhängige Arbeiterpartei getan, aber noch heute bestehe die Sozialdemokratische Föderation und zwar gefestigt denn je. Auch die herrschende Presse, die Politiker usw. würden gezwungen, sich mehr und mehr mit dem Sozialismus zu beschäftigen.

Pollzeiliches, Gerichtliches usw.

Wegen Verstoß gegen den Paragraphen 17 des Preßgesetzes wurde Genosse Dr. Laufenberg als verantwortlicher Redakteur unseres Düsseldorf'schen Parteiblattes von der dortigen Strafkammer zu einer Geldstrafe von 30 Mk. verurteilt. Genosse Laufenberg hatte zu der Kritik einer staatsanwaltlichen Amtshandlung einen Teil einer ihm zugegangenen Anlagenschrift verwendet, bevor diese in öffentlicher Verhandlung bekannt gegeben war.

Aus Industrie und Handel.

Die Börse und die Bergarbeiterbewegung im Ruhrrevier. Noch am Sonntagabend beurteilte die Börse die Situation im Ruhrrevier recht günstig. Die heute vormittag eingelaufenen telegraphischen Nachrichten, daß auch die Belegschaft der dem Stahlwerk Hoech gehörenden Zeche „Kaiserstuhl II“ und der im Besitz der Harpener Bergbau-Aktiengesellschaft Zeche „Scharnhorst“ in den Streik eingetreten sei, führte jedoch zu einer anderen Auffassung der Lage. Die Kurse leitender Kohlenaktien fielen teilweise um 3 bis 4 Proz. So stiegen z. B. die Harpener Aktien, um 3/4, die Gelsenkirchener um 3 Proz. ein. Auch die Gültentaktien wurden in Mitleidenschaft gezogen.

Die Jülicher Lederwerke, die, wie wir vor einigen Tagen berichteten, infolge der Schwindscheit ihres Direktors in Konkurs geraten sind, halten vorläufig ihren Betrieb mit verringertem Arbeiterzahl aufrecht.

Der Jülicher Direktor Janderfurth täuschte bei dem Abschluß die tätigen drei Sachverständigen durch die Angabe, ein Teil der Gruben enthalte ganze Häute, während es nur halbe waren. Als jetzt bei der Uebernahme der Werte der Jülicher Volksbank durch die Dürener Bank eine neue Prüfung erfolgen sollte, sträubte sich Direktor Janderfurth mit der Begründung, eine nochmalige Prüfung sei für ihn beliebig. Trotzdem wurde die Prüfung für den 2. Januar angesetzt und Janderfurth anheimgegeben, während der Prüfungsdauer zu verreisen, er stichtete aber. Die Jülicher Volksbank ist in Mitleidenschaft gezogen; sie besitzt 55 000 Mk. Aktien der Jülicher Lederwerke und gab für mehrere Hunderttausend Kredit. Wie die „Köln. Volkszeitung“ mitteilt, haben in den letzten Tagen vorgekommene Reueaufnahmen der Bestände durch einen Sachverständigen festgestellt und ergeben, daß ein Teil der Gruben nur halbe statt ganze Häute enthält. Es verläutet, daß mindestens das Grundkapital verloren ist; nach anderer Angabe beträgt der Fehlbetrag etwa 650 000 Mk. Die Gesamtverbindlichkeiten, welche nicht gedeckt sind, belaufen sich auf rund eine Million Mark. Die Untersuchungen dauern noch fort. Die Jülicher Volksbank wird in Mitleidenschaft gezogen. Zwar besitzt sie eine erste Hypothek auf die Lederwerke; außer dem Aktienbesitz von 55 000 Mk. dürfte aber die Rücklage der Volksbank in Höhe von 200 000 Mk. zum kleineren oder größeren Teil verloren gehen.

Die Gründung von Aktiengesellschaften ist im Jahre 1904 größer gewesen als im vorigen Jahre; es sind 104 Gesellschaften gegen 84 im Jahre 1903 gegründet worden, doch ist der Gesamtbetrag der Aktienkapitalien dieser 104 Gesellschaften weit geringer als im vorigen Jahre. Zum Teil erklärt sich das daraus, daß im Jahre 1903 die Firma Fr. Krupp in eine Aktiengesellschaft mit einem Grundkapital von 160 Millionen Mark umgewandelt worden ist. Auf die einzelnen Branchen verteilen sich die Gründungen nach einer Zusammenstellung des „Deutschen Oekonomist“ folgendermaßen:

ich wachte, daß er völlig mittellos war, bot ich ihm einiges Geld an. Er wies es zurück mit den Worten: „Von Dir nehme ich kein Geld. Du brauchst es selber.“ Nun gab ich mich ihm als deutschen Sozialdemokraten zu erkennen, und auf seine verwunderte Frage, warum ich hier bin, in dieser Tracht und in dieser traurigen Umgebung, erwiderte ich: „Nicht meinestwegen, sondern Guretwegen bin ich hier, ich fahre auch nicht nach London, sondern lehre nach Berlin zurück.“ Damit übergab ich ihm drei Rubel, er drückte mir bewegt die Hand und ich ging schnell von dannen. Nun nahm ich den Instanzenweg wieder auf, um mein Geld zurückzuerhalten. Ich wandte mich daher, behelben um Auskunft bittend, an den ersten Beamten, den ich traf; der Mann hörte mich aufsehnend an, drehte sich schweigend um und ließ mich stehen. Kaltlos wandte ich mich an einen zweiten, — mit demselben Erfolge. Beim dritten und vierten ging es mir nicht besser, mit dem Unterstschiede, daß der eine mir die tröstliche Antwort gab: „Sie werden gerufen werden, wenn es Zeit ist.“ Sie alle schienen es mit der Würde ihrer Stellung für unvereinbar zu halten, einem russischen Auswanderer Rede und Antwort zu geben. So ging ich denn auch gut Glück in das Verwaltungsgebäude und trug dem dort amtierenden Herrn mein Anliegen vor, d. h. ich verfuhrte es; denn laun hatte ich damit begonnen, als der Herr mich hinauswies und mir die Tür vor der Nase zuschlug. Ich kam mir nun wirklich vor wie ein unglückseliger Dittelfeller, der sich vergeblich bemüht, das Ohr von Wohltätern zu gewinnen, oder noch viel eher als ein Weiler, denn die Leute gebärdeten sich mehr oder weniger hochfahrend, wie Götter, die Bettlern gewohnheitsmäßig unverdiente Wohlthaten erweisen. Auf einer Stelle, dachte ich mir, wird man sich wohl zu einer Auskunft herbeilassen, und so nahm ich meinen Weg nach der Expedition. Scharen von Reisenden, die auf die erst am nächsten Dienstag fälligen Dampfer warteten, gingen und standen umher, die ungewohnte Umgebung neugierig betrachtend. In der Expedition hörte man mich an und hielt mich warten. Ich setzte mich nieder und hatte eine Stunde lang Zeit, die Vorgänge im Verkehr mit den Auswanderern zu beobachten. Es war auch hier dieselbe Art und derselbe Ton des Umganges mit den Menschen. Zur Erläuterung will ich bemerken, daß bemittelten Auswanderern die Möglichkeit geboten ist, bei Rückzahlung von einer Mark die Weiten des Hotels zu benutzen. Die Karten dafür werden hier in der Expedition verabfolgt. Ich sah mehrere anscheinend gelleidete Auswanderer schichtern um Verabfolgung einer Karte bitten. Einige wurden überhaupt keiner Antwort gewürdigt, andere wurden auf spätere Zeit bestellt, andere wurden kurzerhand hinausgewiesen. Wer den Mut hatte, stehen zu bleiben oder wiederzukehren, und das taten die meisten, erhielten schließlich ihre gekürzten Karten, natürlich gegen erbliche Verzahlung. Um gerecht zu sein, will ich die Bemerkung nicht unterdrücken, daß die Beamten seit Tagen mit nur kurzer Unterbrechung stark beschäftigt und daher überanstrengt waren. Das mag ihnen persönlich bis zum gewissen Grade zur Entschuldigung gereichen, aber die Gesellschaft trifft dafür ein doppelter Vorwurf. Endlich ergeht auch an mich der erlösende Ruf: „Kommen Sie

Mit Ballin unterwegs.

VI.

Sehn Ständchen bei Ballin.

Am Sonntagabend, morgens um 7 Uhr, kehrte ich von meinem Ausflug mit der Strahnenbahn nach den Auswandererkasernen zurück, von Schaffner und Publikum als „interessanter“ Fahrgast mitleidig angestaunt. Mit dem schuldbeladenen Gewissen eines entlaufenen Sträflings ging ich auf das Portal zu, vor dem mehrere Beamten standen. Auf die verwunderte Frage eines Beamten, wo ich herkäme, gab ich zu meiner Entschuldigung an, daß ich den ganzen gestrigen Tag in der Halle gewartet hätte und abends nach Hamburg gegangen wäre, um bei Verwandten zu übernachten. Nun wurde ich in das Bureau geführt, wo bereits gestern die Kontrollkarten vorausgab wurden. Hier ist noch ein Engländer von gestern, so meldete mich der Beamte. Man muß wissen, daß „Engländer“ im Ballinismus eine ebenso herabwürdigende Bezeichnung, wie „Amerikaner“ eine Schmeichelei ist. Als Herr Sagnia in Listst am Tage meiner Anwesenheit in der dortigen Kontrollstation, die Liste der Auswanderer des vorhergehenden Tages durchsah, äußerte er bekümmert zu seinem Unteragenten: „Lauter Engländer, die werden Herrn Ballin im Magen liegen.“

„Weißt den Schein her“, hieß es.

Das tat ich mit dem Bemerkten, daß ich nicht nach London will, sondern in Hamburg bleiben wolle. „Dann müßt Ihr in die Expedition gehen“, sagte der Beamte und gab mir meinen Schein zurück. Das war leichter gesagt als getan, denn der postierte Aufseher verwehrete mir barischen Tones den Eintritt. „Ihre muß in dem Kantor, man hat mich hergeschickt“, sagte ich zu meiner Rechtfertigung, „denn ich kann nicht nach London, ich muß hier bleiben.“ Das schien ihm einzuleuchten, er öffnete die Tür und ließ mich hinein. Bald erschien ein Beamter, dem ich wieder alles ausführlich mitteilte. „Gehen Sie in das Bureau zurück, von dem Sie gekommen sind, Sie müssen erst in die Listen eingetragen werden, dort wird alles weitere veranlaßt werden.“ Also drehte ich wieder um und erschien in dem kurz zuvor verlassenen Bureau wieder. Doch hier schien man erst recht wenig Neigung zu haben, sich mit dem unbehaglichen Passagier zu befassen, und man schickte mich dem Pontius zu Pilatus. Endlich hielt einer Stand, dem ich meinen Wunsch vortrug und zum drittenmal eingehend begründete. Vorerst aber hieß es noch warten. Geduldig sah ich zu, wie erst einer, dann vier, fünf, sechs, zehn andere Auswanderer abgefertigt wurden und schon glaubte ich, daß man mich wieder vergessen hätte. Doch das war nicht der Fall. Der Beamte rief mich zu sich, stellte Kreuz- und Querfragen und nahm ein Protokoll auf. Nun hieß es wieder warten.

Inzwischen war es Mittag geworden, die Bureauräume wurden geschlossen und ich kehrte wieder zu meinem Auswanderertrupp zurück.

| Bezeichnung | 1903 | | 1904 | |
|---|--------|-----------------|--------|-----------------|
| | Anzahl | Kapital 1000 M. | Anzahl | Kapital 1000 M. |
| Landwirtschaft, Viehzucht | 4 | 36 300 | 2 | 3 008 |
| Bergbau, Hütten, Salinen | 7 | 8 610 | 15 | 15 725 |
| Industrie der Steine und Erden | 11 | 182 650 | 10 | 7 800 |
| Metallverarbeitung, Maschinenbau | 8 | 7 155 | 13 | 43 910 |
| Chemische Industrie, Feiz- und Leuchtstoffe | 3 | 6 120 | 1 | 60 |
| Elektrizitäts-Gesellschaften | 3 | 8 000 | 3 | 7 050 |
| Textil-Industrie | 3 | 1 820 | 3 | 958 |
| Papier-, Leder-, Holz- und Schnitzstoffe | 8 | 10 550 | 12 | 6 695 |
| Nahrungs- usw. Mittel | 8 | 10 550 | 11 | 6 570 |
| Darunter: | | | | |
| Brauereien | 8 | 10 550 | 11 | 6 570 |
| Sonstige Nahrungs- u. Genußmittel | — | — | 1 | 125 |
| Waugewerbe | 8 | 15 250 | 11 | 16 570 |
| Poligraphische Gewerbe | 3 | 420 | 3 | 933 |
| Banken | 4 | 2 300 | 7 | 7 800 |
| Versicherungs-Gesellschaften | 1 | 3 000 | 2 | 2 250 |
| Eisenbahnen | — | — | 1 | 200 |
| Sonstige Transportanstalten | 5 | 9 448 | 6 | 9 994 |
| Beherbergung und Erziehung | 2 | 1 100 | 1 | 130 |
| Diverse | 14 | 12 315 | 10 | 14 436 |
| | 84 | 300 036 | 104 | 140 649 |

Im Vergleich zu den Prosperitätsjahren 1896/1900 war die Zahl der Gründungen also eine recht geringe, denn in 1896 wurden 182 Gesellschaften mit einem Kapital von 269 Millionen Mark, 1897 = 254 mit 380, 1898 = 329 mit 403 und im Jahre 1899 gar 364 mit 544 Millionen Mark Aktienkapital gegründet.

Gewerkschaftliches.

Christliche Unternehmer im Kampf mit ihren Arbeitern.

Bekanntlich waren in der Kruxifix- und Gebetbücher-Fabrik Fröh Jöding in Kavelar Differenzen ausgebrochen, die zu einem Streik führten. Durch Vermittelung der Geistlichkeit und des Bürgermeisters wurde derselbe schnell beendet. Man bedenke auch den Skandal: in dem frommen Wallfahrtsort und sogar in einer Kruxifix-Fabrik ein Streik! Der Firmeninhaber versprach schriftlich, seinen Arbeitern das Organisationsrecht nicht mehr streitig machen zu wollen; auch sollte „versuchsweise“ die 10^{1/2}stündige Arbeitszeit eingeführt werden. Diesen Vertrag hat er nicht gehalten. Rücksichtslos wirft er die Organisierten aufs Pflaster, reduziert die Löhne und läßt wieder 11 Stunden täglich arbeiten. Alle Vorstellungen der Geistlichkeit und sonstiger Autoritätspersonen sind fruchtlos. Jöding will „Herr im Hause“ sein. Jetzt hat eine öffentliche Volksversammlung sich mit der Sache beschäftigt und waren eine Anzahl auswärtiger christlicher Gewerkschaftsführer erschienen, die das Verhalten des Jöding auf das schärfste verurteilten. In einer Resolution, die angenommen wurde, heißt es, daß die Bestrebungen des Jöding und der übrigen ihm gleichgesinnten Fabrikanten nur auf die Vernichtung der christlichen Gewerkschaften hinarbeiten. Diesen Bestrebungen müßte energisch entgegengetrieben werden. Der Zentrumspreste sind diese Dinge sehr unangenehm, weil solche Vorkommnisse schlecht in ihr Arbeiterprogramm passen.

Berlin und Umgegend.

Die Aussperrung in der Gießmetall-Industrie.

In der gestrigen Streikversammlung brachte der Referent Behrend wieder eine Anzahl Fälle zur Sprache, wo Fabrikanten resp. deren Prokuristen bei den Streikposten auf den Busch zu klopfen suchten, wie und wann der Kampf denn eigentlich aufgehoben werden könne. Natürlich konnten die Betroffenen nur sagen, daß die notwendige Vorbedingung zur Beendigung des Kampfes lediglich vom Entgegenkommen der Arbeitgeber abhängig sei. — Eigenartig berührt ein Schreiben der Firma W. A. Gieschmann in Panow an ihre Arbeitwilligen, denen sie mitteilt, daß die anlässlich des Streiks und der Aussperrung erfolgte unternormale Verkürzung der Arbeitszeit wieder auf die normale Dauer ausgedehnt sei. Es heißt dann wörtlich: „Die Ursache für die Verkürzung der Arbeitszeit lag in der Hauptfache darin, daß es verhindert werden sollte, daß die Arbeitenden durch die Streikenden belästigt wurden. Selbstverständlich wird der polizeiliche Schutz in gleicher Weise zur Verfügung bleiben, wie bisher.“ Man sieht, die Arbeitgeber hoffen nach

mit in das Verwaltungsgebäude.“ Nun verließ ich die Expedition zum drittenmal. Ein Beamter führte mich auf das Verwaltungsbureau, übergab dort dem Vorsteher der Abteilung das Protokoll und fügte erklärend hinzu, daß ich mich weigere, nach London zu fahren, und hier bleiben wolle. Der Vorsteher, ein Herr Stellmacher, warf einen Blick in das Protokoll und erklärte sofort, daß ich das Geld für die Ueberfahrt nach London zurückhalten solle, gleichzeitig aber gab er den bedeutungsvollen Auftrag: „Reiden Sie dem Polizeikommissarius, daß Joel Kalischer aus Kiew in Hamburg bleiben wolle.“

„Wehe mir, wenn ich russischer Untertan gewesen wäre! Ich wäre wohl schneller nach Rußland zurückgekommen, wie ich nach Hamburg gekommen bin.“

„Ihre Mühe auch haben das Geld für die Austräckerung zurück, denn krank bin ich nicht gewesen, und nach London wollte ich auch nicht“, fuhr ich fort. Das ging Herrn Stellmacher doch über die Putzspur, und aufgebracht bezeichnete er mein Verlangen als eine maßlose Unbescheidenheit. „Wir geben dem Menschen das Geld für die Ueberfahrt (die ich nicht angetreten habe!) zurück, und da will er gleich das Geld für die Desinfektion haben, wie kommen Sie dazu?!“

„Aus Prinzip, mein Herr!“ entgegnete ich, diesmal aber nicht im Jargon. „Was heißt das?“ sagte er, mich erkaunend anblickend. „Das werden Sie sogleich aus dieser Karte erfahren“, antwortete ich ihm und überreichte ihm mit einer Verbugung meine Reaktionskarte.

Als Jakob unter der großen Feuerleiter den Himmel offen sah, machte er wohl kein so erstauntes Gesicht, als Herr Stellmacher in diesem Augenblick.

„Sie ein Redakteur des „Vorwärts“?“ „Jawohl, mein Herr, ich erlaube mir, mich Ihnen persönlich vorzustellen.“ Seine gute Lebensart kam nun ganz zum Durchbruch, und sein Beispiel erweckte wunderbaren Wiederhall in den guten Herzen seiner Beamten, die, wie ich jetzt bemerkte, nur unter einer rauhen Schale geschlummert hatten.

Herr Stellmacher bot mir in lebenswürdiger Weise Erfrischungen an, die ich dankend ablehnte, trotzdem ich ihrer dringend bedurft hätte, versicherte mir, daß ich bereits gestern morgen abgefertigt worden wäre, wenn ich mich rechtzeitig legitimiert hätte, und auch seine Untergebenen legten eine rührende Höflichkeit an den Tag. In wenigen Worten erzählte ich ihm, wie man in Züritz Jahrgast der Wallin-Gesellschaft wird, auch wenn man nicht will, und wie wenig angenehm es sich in dieser Obhut reißt. Er beteuerte, daß alles auf Mißgriffe der Beamten zurückzuführen sei, daß Herr Wallin nur das Beste seiner Auswanderer im Auge habe, und zahlte mir das Jahrgeld, das zurückgehaltene Depot und die Desinfektionsgebühren prompt in deutscher Reichsmünze zurück. In Züritz hatte mich ein Gendarm in strenger Pflasterfüllung von der Bahn in die Wallinische Kontrollstation geführt, in Hamburg geleitete mich ein Diener, meinen Koffer tragend, mit Höflichkeit-Bezeugungen aus den Wallinischen Hallen zur Straßenbahn. Meine Mission war erfüllt! —

Julius Kaliski.

wie vor die nachdrücklichste Förderung ihrer Interessen von der Polizei, was die Arbeiter gerade nicht von sich behaupten können. — Die „Arbeitsgeber-Zeitung“ bringt auch in ihrer letzten Nummer auf unsere ihr zuteil gewordene Abfuhr kein Wort der Erwiderung. Ja sie schreibt über die ganze Aussperrung jetzt keine einzige Zeile mehr. Ob die Redaktion von „maßgebender“ Seite einen Wink mit dem Jaunpfehl erhalten hat, mit Rücksicht auf ihre bisher entwickelte Ungeschicklichkeit betreffs des Kampfes in der Gießmetall-Industrie jetzt ihre Pfeifen überhaupt im Saak zu halten, wollen wir dahingestellt sein lassen. Scheinen könnte es fast so. — Die Arbeiter selbst bewahren bei der ganzen Sache nach wie vor ihre fahrlässige Ruhe und sehen dem weiteren Verlauf der Dinge gelassen entgegen.

Die streikenden Klavierarbeiter haben in ihrer gestrigen Versammlung die Aenderung der Taktik beschlossen, welche schon seit einigen Wochen in den Versammlungen diskutiert worden ist. Die vorige Versammlung, hatte bekanntlich die Kommission beauftragt, die Verhältnisse in den noch im Streik befindlichen Betrieben zu untersuchen und auf Grund dessen Vorschläge zu machen. Das ist geschehen. In der gestrigen Versammlung beantragte Siefeld im Namen der Mehrheit der Kommission, den allgemeinen Streik, der für einen großen Teil der Kollegen Verbesserungen der Lohn- und Arbeitsverhältnisse gebracht hat, aufzuheben und nur in den Betrieben weiter zu streiken, wo nach Lage der augenblicklichen Verhältnisse noch etwas zu erreichen ist. — Dieser Vorschlag wurde lange und eingehend diskutiert. Verschiedene Redner machten den Gegenvorschlag, den Streik unverändert fortzuführen, andere machten bestimmte Firmen namhaft, bei denen der Streik noch Erfolg verspreche. Schließlich nahm die Versammlung den Antrag der Kommission einstimmig an. Damit ist der allgemeine Streik aufgehoben. Der Streik wird partiell weitergeführt und zwar in folgenden Betrieben: Lehmann, Köfener, Knabe u. Thal, Giese u. Keincke, Seindorf, Jaschinsky, Kantsch, Hüllgärtner, Börs u. Kallmann, Garn, Klingmann, Gedde, Böger u. Sohn, Keinle u. Walter, Heppeler, Kiefener, Hansen, Neumeier, Schwohls, Steuer.

Erste Differenzen in den Siemens-Schudert-Werken. Eine von zirka 3000 Arbeitern und Arbeiterinnen der Berlin-Charlottenburger Siemens-Schudert-Werke abgehaltene Versammlung, die am Sonntag in der „Neuen Welt“ tagte, beschäftigte sich eingehend mit den von der Firma geplanten Verschlechterungen der Lohn- und Arbeitsbedingungen. Der Bevollmächtigte Wiesenthal vom Metallarbeiter-Verbande erinnerte in seinem Referat an den letzten Streik im Glühlampenwerk der Firma, dessen eine Ursache das bei der Firma grassierende Ueberstunden-unwesen war. Seitdem schien es, als sollten sich die Verhältnisse in den Werken etwas bessern, doch dauerte die Feyerung nur kurze Zeit. Wieder wurden Ueberstunden ohne Zahl gemacht, größtenteils durch Schuld der Meister, deren Einkommen sich durch die erzielten Ueberstunden-gelder nicht unwesentlich erhöht. Gleichzeitig aber wird die Arbeitszeit der Arbeiter durch das permanente Ueberstunden-system erheblich verlängert. Wie erinnerrich, führte die Firma Siemens u. Halske seinerzeit laut Arbeitsordnung den 8^{1/2}stündigen Normalarbeitstag ein und hing sich dadurch vor aller Welt den wallenden Mantel der Arbeiterfreundschaft und der sozialpolitischen Einsicht um. Doch das Märchen von der unegennütigen Arbeiterfreundschaft der Firma wurde bald zerstückt, als die Direktion ihre Absicht kundgab, Ueberstunden erst von der sechsten Arbeitsstunde an mit einem Aufschlag zu bezahlen. Mit dieser Maßnahme wäre der 8^{1/2}stündige Arbeitstag der Arbeitsordnung ohne weiteres in den 10-Stundentag verwandelt worden. Die organisierten Arbeiter der Firma protestierten natürlich hiergegen, doch ihnen wurde die Antwort, die die Firma werde mit Rücksicht auf den Verband der Metallindustriellen nicht anders handeln können. Inzwischen ist die Firma formell dem Klavierarbeiter-Verbande beigetreten. Wie jetzt die Firma über den Arbeitsvertrag denkt, sollte der Arbeiter-Ausschuß in der Sitzung vom 30. Dezember zur Genüge erfahren. Namens der Arbeiter und Arbeiterinnen des Werkes hatte der Ausschuß bei der Direktion beantragt, endlich eine vernünftige Regelung des Ueberstundenwesens vorzunehmen und allen Beschäftigten auch einen bezahlten Urlaub zu gewähren. Laut Sitzungsprotokoll erklärte der Direktor v. Eiden, daß der Vorstand der Gesellschaft darauf folgendes beschloß hat:

1. Bezüglich der Ueberstundenbezahlung will die Firma der Arbeiterschaft entgegenkommen durch Aufnahme des folgenden Passus in die Arbeitsordnung: a) Die Arbeitnehmer sind verpflichtet, an allen Arbeitstagen im Bedarfsfälle auf Anordnung der Werkleitung bis zu zwei, in dringenden Fällen auch noch mehr Stunden über die in der Arbeitsordnung festgesetzten Zeit hinaus zu arbeiten, soweit dem nicht Bestimmungen der Gewerbeordnung entgegenstehen. b) Bezahlung findet nur für diejenige Zeit statt, in welcher tatsächlich gearbeitet wurde. c) Dagegen bezahlt die Firma für alle mehr als neun Stunden pro Tag gearbeiteten vollen Arbeitsstunden eine Prämie von 20 Proz. des durchschnittlichen Stundenverdienstes bezw. des erhöhten Stundenlohnes. Der Durchschnittsverdienst wird alljährlich für das ganze Kalenderjahr aus dem durchschnittlichen Stundenverdienst während der drei Monate des Vorjahres und unter Abrechnung auf ganze Pfennige berechnet. 2. Die Bewilligung von bezahltem Urlaub kann nicht stattfinden. (Eine Begründung wurde nicht gegeben.) Zu 1 Absatz b) ist zu bemerken, daß für den Wegfall der Bezahlung der Pausen eine angemessene Erhöhung der Lohnsätze der Betroffenen stattfinden wird. Da nun hier im Stadelwerk die wöchentliche Arbeitszeit nur 8^{1/2} Stunden beträgt, so muß dieselbe notwendigerweise um eine halbe Stunde verlängert werden. Hierbei will die Werkleitung gern die Wünsche der Arbeiterschaft berücksichtigen. Am vorteilhaftesten wäre wohl der Vorschlag, die 8^{1/2}stündige Mittagspause um 1/4 Stunde zu verkürzen und des Abends 1/4 Stunde länger zu arbeiten, so daß die Arbeitszeit volle 9 Stunden beträgt und die gesamten Pausen 1 Stunde ausmachen. —

Die Objekte des Arbeiter-Ausschusses hatten auf diese Beschlüsse der Direktion hin eine Frist von 14 Tagen erbeten, damit die Arbeiterschaft Stellung dazu nehmen könne, was in einer Vertrauensmänner-Sitzung am letzten Mittwoch und in dieser Sonntagversammlung der Gesamtarbeiterschaft geschah.

Sämtliche Redner, mit Einschluß des Vertreters des Kirch-Dunkerischen Gewerbevereins, waren der Meinung, daß man sich diese einseitige Korrektur der Arbeitsordnung nicht gefallen lassen könne. Einstimmig wurde daher eine Resolution folgenden Inhalts angenommen:

„Die Versammlung nimmt Kenntnis von den Ausführungen des Referenten und erklärt, daß die Arbeiterschaft des Werkes nicht gewillt ist, sich zur Leistung von Ueberstunden ohne Grund und Zahl zu verpflichten, auch nicht daran denkt, sich die Arbeitszeit verlängern zu lassen. Da aber auch die vorgeschlagene prozentuale Bezahlung der Ueberstunden eine bedeutende Verschlechterung des bisherigen Zustandes darstellen würde, beauftragt die Versammlung die bestehende Fünfzehner-Kommission, in Verbindung mit dem Referenten Verhandlungen anzubahnen, um eine Modifikation der fraglichen Anordnung zu ermöglichen. Ueber das Ergebnis der Verhandlungen soll einer späteren Versammlung Bericht erstattet werden, der dann auch die endgültige Beschlußfassung über die weiteren Maßnahmen vorbehalten bleibt.“

Es wurde sodann noch zur Sprache gebracht, daß der Weg vom Bahnhof Jungfernheide nach der Fabrik am Nonnendamm von außerordentlich schlechter Beschaffenheit ist, so daß die Arbeiter nur mit Mühe durch Tümpel und Schmutzpfützen zur Fabrik gelangen können.

Deutsches Reich.

Die Errichtung eines Gewerkschaftshauses beschäftigt gegenwärtig die organisierte Arbeiterschaft in Erfurt, und zwar hat sich der größte Teil der Gewerkschaften bereits in zustimmendem Sinne für das Projekt entschieden. Die mit den Vorarbeiten be-

traute Vertrauensmänner-Kommission hat auch bereits den Ankauf eines Grundstücks für 30 000 M. beschlossen. Das angekaufte Grundstück mußte erworben werden, um das ganze Projekt in dem Sinne ausführen zu können, wie es die Kommission plant. Die insgesamt zu erwerbenden Grundstücke werden 150 000 M. kosten einschließlich eines Gartens, der jedoch vorläufig noch nicht anzulassen ist. Für den Bau der Gebäulichkeiten sind 100 000 M. in Anschlag gebracht, so daß die Ausführung des ganzen Projektes 250 000 M. betragen wird. Der zu erbauende Saal wird nach seiner Fertigstellung der größte der Stadt Erfurt werden. Für die einzelnen Gewerkschaften werden Versammlungsräume ausgebaut, die dem Größerverhältnis der einzelnen Gewerkschaften angepaßt sein sollen. Zugleich wird in dem neuen Gewerkschaftshause die Zentralherberge untergebracht werden. Um dieses Projekt verwirklichen zu können, verpflichteten sich die organisierten Arbeiter Erfurts zur Zahlung von 15 000 M. Diese Summe soll innerhalb fünf Jahren aufgebracht werden. Da man gegenwärtig mit 3000 organisierten Arbeitern rechnen kann, so haben die Gewerkschaftsklassen pro Mitglied und Jahr 10 Pf. zu zahlen.

Im mittelfränkischen Silbergläsergewerbe wurde bis auf weiteres eine 40stündige Arbeitszeit pro Woche vereinbart. Außerdem sollen für das Jahr 1905 keine Lehrlinge eingestellt werden.

Ausland.

Der Streik der Weinbergarbeiter im Süden Frankreichs dauert noch an mehreren Orten fort. So sind die Arbeiter in Ventenac und in Pouyols noch immer ausständig und verlangen die Wieder-einstellung ihrer gemahregelten Kameraden. In letzterem Orte ist es vor einigen Tagen zu blutigen Zusammenstößen zwischen den Gendarmen und den Streikenden gekommen. Der Bürgermeister verbot alle Anzüge und alles Zusammengehen von mehr als drei Personen.

Der Hafenarbeiterstreik von Alicante in Spanien ist beendet. Die Streikenden haben die Arbeit unter den früheren Lohnverhältnissen wieder aufgenommen, während die Regierung die Organisation der Hafenarbeiter anerkannte.

Der größte Streik in Finnland. Unter dieser Ueberschrift veröffentlicht die skandinavische Arbeiterpresse einen Aufruf zur Unterstützung der streikenden Papierfabrik-Arbeiter und -Arbeiterinnen in Finnland, der von dem finnischen Landtags-Abgeordneten Nils Robert af Urjin und dem Sekretär der finnischen Arbeiterpartei Jaho Kusta Kari unterzeichnet ist. Der Streik in der Papierfabrik zu Voikka ist, wie bereits früher im „Vorwärts“ mitgeteilt wurde, dadurch entstanden, daß ein aus Deutschland gebürtiger Werkführer, Schmitz, sich stützliche Befehlungen gegen Arbeiterinnen zu schulden kommen ließ und Arbeiterinnen maßregelte, weil sie sich nicht von ihm mißbrauchen lassen wollten. Die Forderung der Streikenden: Entlassung des Werkführers, ist dadurch hinsichtlich geworden, daß dieser es vorzog, Finnland zu verlassen. Die Fabrikleitung entließ jedoch über 20 Arbeiter, weil sie die Entlassung des Werkführers verlangt hatten, worauf alle Arbeiter und Arbeiterinnen die Arbeit niederlegten. Weil die Fabrikleitung sich fürgesetzt weigert, die Entlassenen wieder einzustellen, ist der Streik auch auf die beiden anderen, dazwischen liegenden Aktiengesellschaft gehörenden Fabriken, Kymi und Kaukajoki, ausgedehnt worden.

Die im Lande herrschende Arbeitslosigkeit und der Umstand, daß der Streik nicht genügend vorbereitet war, trugen dazu bei, daß die Unternehmer eine größere Anzahl Streikbrecher heranziehen konnten. Mehrere hundert Arbeiterfamilien sind nun dem Hunger, dem Elend und dazu noch der Kälte preisgegeben, da sie aus dem ihnen von der Fabrikleitung gelieferten Wohnungen vertrieben wurden.

Der Ausstand in Baku hat zu schweren Ausschreitungen im Streikgebiet geführt. In Biberisat kam es nach dem offiziellen Telegraphen zu einem Zusammenstoß zwischen Ausständigen und Streikbrechern, wobei ein Arbeiter getötet und zehn verwundet wurden. Sollte es sich dabei nicht etwa um einen Angriff der Soldateska auf die Streikenden handeln? Am 6. d. Mts. wurden in Balachany bei Wiederherstellung der von Ausständigen gestörten Ruhe“ fünf Personen getötet und 26 verwundet. Seit dem 6. Januar sind bis jetzt sechzig Wohnräume verbrannt; seit dem Beginn des Feuers überhaupt etwa hundert. Der Ausstand wird fortgesetzt. Den Aktienbesitzern wird nun doch offenbar um den Ausgang der Angelegenheit bange. Höfensmittel von Kischinotowgorod haben sich telegraphisch mit der Bitte an den Finanzminister gewandt, dem Ausstände in Baku ein Ende zu machen. Sie begründen ihre Bitte damit, daß eine längere Störung in der Raphingewinnung bedeutende Verluste für die Wolga-Schiffindustrie bedeute, und ersuchen um Einsetzung einer Regierungskommission zur Untersuchung der Gründe für den Zwiespalt zwischen den Rapha-Industriellen und ihren Arbeitern.

Baku, 9. Januar. Die Vertreter der Raphawerke und der Arbeiter haben heute neue Bestimmungen vorgeschlagen, nach denen eine neunstündige Arbeitszeit eingeführt wird, alle anderen Bestimmungen jedoch nicht verändert werden. Die Ausständigen werden aufgefordert, die Arbeit am 10. d. M. wieder aufzunehmen. Falls dies nicht geschehen sollte, sollen alle Meister und Arbeiter entlassen werden. 11 Ausständigen scheinen der Aufforderung Folge leisten zu wollen. — In Balachany ist eine neue Feuersbrunst ausgebrochen.

Verfammlungen.

Die Lehrlingsorganisation hielt am Sonntag im großen Saale des Gewerkschaftshauses eine von zirka 1500, meist jugendlichen Personen besuchte öffentliche Versammlung ab. Die Tagesordnung lautete: Christliche Jünglingsvereine oder freie Vereine jugendlicher Arbeiter? Der Referent, Rechtsanwalt Dr. Proh, wies darauf hin, daß der einfache und natürliche Organisationsgedanke Gewerkschaft gefunden habe nicht etwa bloß bei scharfmacherischen Prinzipalen, sondern auch auf Seiten der fröhlich Gesinnten, vor allem derer um Stöcker. Diese witterten eben — Aufklärung. In der Tat handelte es sich hier nicht nur um Schutz gegen böswillige und untüchtige Prinzipale, sondern auch darum, ob die arbeitende Jugend noch nach Verlassen der konfessionellen Volksschule sich von der alten, bevorstehenden Weltanschauung beeinflussen lassen solle. Eine eigene Organisation der arbeitenden Jugend sei das zweckmäßigste Mittel, die Selbstständigkeit des Charakters und das Interesse für höhere Angelegenheiten zu schulen und moderne Erkenntnis zu vermitteln. Diese Ziele legte der Redner, vielfach von begeisterten Beifall der jungen Zuhörer unterbrochen, näher ein. Zugleich zeichnete er in scharfen satirischen Strichen ein Bild von der pharisäischen, unehrlichen und feigen Kampfweise der Anhänger Stöckers und Rummels. An der regen Diskussion beteiligten sich in schlichter, aber wirksamer Weise u. a. mehrere jugendliche Mitglieder der neuen Organisation und von christlich-sozialer Seite Prediger Dr. Däbelius und der Vertreter des Ostdeutschen Jugendbundes, Pastor Wartmann. Beide betonten natürlich die Wichtigkeit der Religion und verteidigten die Kampfweise der „Christlichen“. In seinem Schlusswort erwiderte der Referent, daß für jene die Sorge um die Religion in erster Linie stehe, für seine Gesinnungsgenossen aber die Sorge um die soziale Hebung der Arbeiter. Wahre Religiosität bedürfe weder amtlicher Kirchen noch konfessioneller Vereine. Auf eine Anspielung des Pastors Wartmann, wonach jüdische „Abstammung“ von dem Eintritt in christliche Jünglingsvereine ausschließe, stellte der Referent unter Weisfall fest, daß also auch Jesus und die Apostel dort keine Aufnahme gefunden haben würden. Gegen 8 Stimmen wurde dann eine Resolution angenommen, worin vor der Beteiligung an diesen Jünglingsvereinen gewarnt wird. Bemerkenswert war die Ruhe der Versammlung und die Schlichtheit, mit der debattiert und auch die Gegner angehört wurden. Sie sprach wohlwollend von den Tonhallen-Versammlungen ab. Charakteristisch hierfür war, daß, als nach 3stündiger Debatte ein Schlußantrag gestellt wurde, ein alter Mann mit Erfolg widersprach, „da die Aussprache so viel Anregendes zum Nachdenken geboten habe“. Die Versammlung hat der Organisation wieder zirka 150 neue Beitrittserklärungen gebracht.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Dienstag, 10. Januar.
Anfang 7 1/2 Uhr:
Oberhand. Don Juan.
Neues königl. Opera-Theater.
Cortolan.
Deutsches Kaspertheater.
Berliner. Die Gräfin v. Red.
Kessing. Traumland.
Wesien. La Traviata.
Thalia. Der große Stern.
National. Die Hugenotten.
Zentral. Madame Sherry.
Neues. Der Graf von Charolais.
Anfang 8 Uhr:

Schiller O. (Wallner-Theater.)
Die Haubenlerche.
Schiller N. (Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater.)
Wallensteins Lager.
Die Piccolomini.
Neues. Die Hugenotten.
Wesien. La Traviata.
Thalia. Der große Stern.
National. Die Hugenotten.
Zentral. Madame Sherry.
Neues. Der Graf von Charolais.
Anfang 8 Uhr:
Schiller O. (Wallner-Theater.)
Die Haubenlerche.
Schiller N. (Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater.)
Wallensteins Lager.
Die Piccolomini.
Neues. Die Hugenotten.
Wesien. La Traviata.
Thalia. Der große Stern.
National. Die Hugenotten.
Zentral. Madame Sherry.
Neues. Der Graf von Charolais.
Anfang 8 Uhr:
Schiller O. (Wallner-Theater.)
Die Haubenlerche.
Schiller N. (Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater.)
Wallensteins Lager.
Die Piccolomini.
Neues. Die Hugenotten.
Wesien. La Traviata.
Thalia. Der große Stern.
National. Die Hugenotten.
Zentral. Madame Sherry.
Neues. Der Graf von Charolais.
Anfang 8 Uhr:

National-Theater
Dienstag, den 10. Januar 1905:
Die Hugenotten.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Mittwoch: Der Barbier von Sevilla.
Donnerstag: Die Hugenotten.

Zentral-Theater
Anfang 7 1/2 Uhr.
Biedersteiner des Hrn. Mia Werber.
Madame Sherry
Operette in 3 Akten von Hugo Reig.
Morgen u. folgende Tage: Madame Sherry.
Sonabend nachm. 4 Uhr: Dämonen.
Sonntag nachm. 3 Uhr: Der Bettelstudent.
Abends: Madame Sherry.

Luisen-Theater.
Abends 8 Uhr:
Das Stiftungsfest.
Mittwoch: Das Stiftungsfest.
Donnerstag: Die jüdischen Verwandten.
Freitag: Prinz von Hamburg.

Neues Theater.
Anfang 7 1/2 Uhr:
Der Graf von Charolais.
Mittwoch: Die lustigen Weiber von Windsor.
Donnerstag: Der Graf v. Charolais.
Freitag: Die lustigen Weiber von Windsor.

Kleines Theater
Anfang 8 Uhr.
Die Neuvermählten
Hierauf: Abschiedssouper.
Mittwoch: Elektra.
Donnerstag: Die Neuvermählten.
Hierauf: Abschiedssouper.
Freitag: Salome.

Kasino-Theater
Lohbringerstraße 37 (Kofenhäuser Tor).
Täglich 8 Uhr, Sonnt. 7 1/2—8 Uhr.
Das neue Januar-Programm.
Der beliebte Reumann etc.
Großer Erfolg! Sturm. Heiterkeit!
Zu Vertretung.
Sonntag nachm. 4 Uhr: Mutter Gräbert.

Urania,
Wrangel-Straße 10-11.
Jeden Dienstag:
Hordd. Sänger.
Nach der Soliree:
Tanzkränzchen,
ohne Nachzahlung
Anfang 8 Uhr. C. J. Walter.
Jeden Sonntag: Grosser Ball.
Anfang 4 Uhr. Tanz frei.

E. Hobis, Wren. Koppenstr. 82.
Jeden Dienstag:
Hordd. Sänger.
Nach der Soliree:
Tanzkränzchen,
ohne Nachzahlung
Anfang 8 Uhr. C. J. Walter.
Jeden Sonntag: Grosser Ball.
Anfang 4 Uhr. Tanz frei.

Masken - Garderobe
von 16712
Carl Ernst
Königsplatz 124, 1 Tr.
Größte Auswahl!
Billigste Preise!
Vorzeiger dieser Annonce
erhält 10% Preisermäßigung.

Urania, Taubenstr. 48/49.
8 Uhr:
Im Bannkreis der Jungfrau.
8 Uhr:
Tierleben in der Wildnis.
Sternwarte
Invalidenstr. 57/62.
Hörsaal:
Dr. F. Ristenpart: Die ältesten Anfänge der Astronomie.

P. CASTAN'S PANOPTICUM.
Friedrichstr. 165.
Neu! Hendrik Witboi.
Neu! Samuel Maharero.
Neu! General Nogi.
!! Kuropatkin !!
Admiral Skrydlow !!

Passage-Panopticum.
8 Uhr vorm. bis 10 Uhr abends.
Der
Riese Machnow
der größte Mensch,
der je gelebt hat!
Ohne Extra-Entree.
Die Prinzessinnen aus Liput.
Wiltards Fantasie-Theater.

Apollo-Theater.
218 Friedrichstr. 218.
Täglich:
Das hochinteressante neue Januar-Spezialitäten-Programm mit Golemanns Hundemute und **Berliner Luft** von Paul Lincke
Sonntag, den 15. Januar, nachmittags 3 Uhr: Ermäßigter Preis: **Venus auf Erden** und die Januar-Spezialitäten.

Metropol-Theater
Die Herren von Maxim.
Große Ausstattungsszene mit Gesang und Tanz in 5 Bildern von Julius Freund.
Musik von Viktor Hollaender.
Inszeniert vom Direktor Richard Schultz.
Henry Bender. Josef Giampietro.
Josef Josephi. Anton Grünfeld.
Frid Frid. Fritzi Massary.
Das Fest des Lichts. (Ballett).
Anf. 8 Uhr. Rauchen gestattet.

Deutscher - Amerikanisches Theater.
Köpnickerstr. 67/68.
Heute abend 8 Uhr:
Gastspiel Ad. Philipp:
Zum: **50. Male:**
New York.
Sonntag nachm. 3 Uhr, halbe Preise
Ueber'n grossen Teich.

Lustspielhaus
Friedrichstraße 206.
Abends 8 Uhr:
Zum 47. Male:
Der Familientag.
Abend 8 Uhr: Der Familientag.

Gebrüder Herrnfeld - Theater.
Der
bisher unübertroffene lauchstige
Herrnfeld-Schlager
mit seinen hässlich
bejauhten Situationen
Prinz Levy in Ahlbeck
Schwan in 3 Akten, mit den Autoren in den Hauptrollen.
Ragnus Prinz Levy:
Donat Herrnfeld.
Präsident, dessen Reisebegleiter.
Anton Herrnfeld.
Anf. 8 Uhr. Billetvorverk. 11-2 Uhr.

Otto Fritzkows
Abnormalitäten - Ausstellung
Mühlstraße 16.
Täglich Vorstellung
lebender Kuriositäten!
Medizinische Rätsel,
anatomische Wunder,
Riesen! Zwerge!

Otto Fritzkows
Abnormalitäten - Ausstellung
Mühlstraße 16.
Täglich Vorstellung
lebender Kuriositäten!
Medizinische Rätsel,
anatomische Wunder,
Riesen! Zwerge!

Schiller-Theater.
Schiller-Theater O.
(Wallner-Theater).
Dienstag, abends 8 Uhr:
Die Haubenlerche.
Schauspiel in 4 Akten von Ernst v. Wildenbruch.
Mittwoch, abends 8 Uhr:
Krieg im Frieden.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Die Haubenlerche.

Zirkus Schumann
Sensationeller Erfolg!
Die große Schumannsche Ausstattungs-Pantomime
Eine Nordlandreise.
Im Strahl der Mitternachts-Sonne
Komisch-phantastische Pantomime in 7 Bildern.
Entworfen und auf das glänzendste inszeniert von Dir. Albert Schumann.
Wirklich prachtvolle hier noch nie gesehene Beleuchtungs-Effekte
Besonders hervorzuheben:
Anlässlich der Baumblüte
Das reizende Kinderfest
im Tivoli zu Kopenhagen,
sowie
Die feenhafte Schluß-Apoptose.
Scherz:
Original-Clown **Der Urkomische.**
Jean Clermont: **Americas beste**
Barjoren-Heltrin **Miß Emmy Stickney**
Zämtliche Spezialitäten.
Dir. Alb. Schumanns **Monstre-Drossuren.**

Residenz-Theater.
Dir.: **Richard Alexander.**
Heute und folgende Tage 8 Uhr:
Herkulespielen.
Schauspiel in 3 Akten von Paul Bühler und R. Demmequin. Deutsch von R. Schönan.
Sonntag nachmittags 3 Uhr: **Nora.**
Carl Weiß-Theater.
Große Frankfurter Straße Nr. 182.
Täglich abends 8 Uhr:
Die Reise um die Erde in 80 Tagen.
Sonabend nachm. 4 Uhr keine Preise: **Max und Moritz.**
Sonntag nachm. 3 Uhr (Barfett 60 Pf.): **Senta Wolfsburg.**

W. Noacks Theater.
Direktion: Rob. Dill. Brannenstr. 16.
Höhere Töchter.
Pöffe mit Gesang von Mannsb. Anf. 8 Uhr. Entree 30 Pf.
Mittwoch: **Die Räuber auf Maria Kulm.**
Sonabend, den 25. Februar für Vereine frei.
Stadt-Theater Moabit.
Alt-Moabit 47/49.
Gastspiel des Bernh. Rosa-Theaters.
Der große Wohlthäter.
Pöffe mit Gesang in 3 Akten von H. Hüller. Musik von R. Bial.
Anfang 8 Uhr.
Entree 30 Pf., nummer. Platz 50 Pf.
Borgulgaranten haben Gültigkeit.
Donnerstag: **Algerlieben.**

Palast-Theater
Burgstr. 22, früher Zeen-Palast.
Nur nie dagewesenes Programm.
14 Schannummern 1. Ranges.
8 1/2 Uhr: **Novität!** 8 1/2 Uhr:
Ein Allerweltswädel.
Burleske mit Gesang und Tanz.
The Onvas, (sensationeller Krasshaff).
Zellinescu Truppe, rum. Tanz- und Gesangs-Quartett.
Schmidt-Hawkins, nur Schläger.
Wegen zu großer Reichhaltigkeit des Programms: Anfang 7 1/2 Uhr.
Vorher: **Konzert.**
Entree 50 Pf.
Vorzeiger dieser Annonce zahlt
Wochentags auf allen Plätzen
die Hälfte der gewöhnl. Kassenvreise.

Skala-Theater.
Linienstr. 132 (a. d. Friedrichstr.).
Sensationelles Programm!
Bum-bum oder: Nu aber raus!
Pöffe mit Gesang in einem Akt,
sowie
30 international. Spezialitäten.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Vor der Vorstellung: **Konzert.**

Neues Konzerthaus
Grand Hotel Alexanderplatz.
Inhaber: **Albert Moerner.**
Heute sowie täglich:
Grosses
Curt Goldmann-Konzert
Jeden Abend: Salon-Komiker
Oskar Saldow
als Doktor Eisenbart.
Kinematograph.
bunte lebende Bilder.
Anfang 8 1/2 Uhr.
Krug zum grünen Kranze.
Täglich: **Fidelitas.**
K. Ladeckes humor. Konzerte.
Meine drei Säle sind Sonntags
bis 5 Uhr nachmittags für
Versammlungen zu vergeben.

Schiller-Theater N.
(Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater).
Dienstag, abends 8 Uhr:
Wallensteins Lager.
In 1 Akt von Friedrich Schiller.
Die Piccolomini.
In 5 Akten von Friedrich Schiller.
Mittwoch, abends 8 Uhr:
Familie Schierke.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Krieg im Frieden.

Zirkus Busch.
Die beiden Phänomene
Sisters Amalia und Leonora.
Die Edwenbrant
Miss Claire Heliot.
Katharina II.
und die vorzähl. Programmnummern.
WINTERGARTEN
Neues Programm

Tortajada, span. Tänzerin und Sängerin.
O. K. Sato, komischer Jongleur.
The Nightons, Kraft-Gladistoren.
Johnstone, Kunst-Radfahrer.
Das Mädchen mit dem goldenen Haar.
Pas de Fleurs, Blumentanz.
Otto Reuter.
De Bière, Zauberklünstler.
Johnson u. Dean, Mulation-Gigerl.
Alexia, Pariser Tänzerin.
The Potlers, Luft-Gymnastiker.
Der Biograph.
Gustav Behrens
Spezialitäten-Theater,
Frankfurter-Allee 85.
Der neue Januar-Spielplan.
Anny Raaly, vorzähl. deutsch-franz. Konzertsängerin.
Ausgezeichnetes **Lyrika - Duett.**

Fatme, Indische Gauklerin
sowie alle übrigen erstklass. Spezialität.
Anf. nachm. 7 Uhr. Sonntags 4 1/2 Uhr.
Etablissement Buggenhagen
Moritzplatz.
Täglich von 12-4 Uhr: Mittagstisch.
In den unteren Sälen
jeden Abend 8 Uhr:
Militär-Konzert.
Dienstag, Donnerstag,
Sonabend, Sonntag.
Fritz Steidl-Sänger.
Nach jeder Vorstellung im Kaiserpalast
Tanz.

Reichshallen-Theater.
Stettiner Sänger.
Anfang:
Bühnenabends 8 Uhr.
Sonntags 7 Uhr.

Sanssouci.
Kottbuser Tor - Stat. der Hochbahn.
Heute Dienstag:
Winterjegen.
Schausp. in 5 Akten.
Vorgen Mittwoch:
Winterjegen.
Sonnt., Rent., Donnerst.:
Hoffmanns
Norddeutsche Sänger
und **Tanzkränzchen.**

An die Mitglieder
der
Krankenkasse für d. Beamten
u. Angestellten der Krankenkassen,
Berufsgenossenschaft,
sowie der
Invaliditäts- und Alters-
versicherungs-Anstalten
zu Berlin. (E. G. Nr. 108.)
Am Mittwoch, den 18. Januar 1905,
abends 7 1/2 Uhr,
findet Stralauerstr. 57 bei Miogel eine
Ordentliche
General-Versammlung
der Mitglieder statt. 285/9
Tages-Ordnung:
1. Jahres- und Kassensbericht pro 1904, sowie Bericht der Revisoren.
2. Beschlußfassung über das zu bestimmende Substitutionsorgan für 1905.
3. Wahl von vier Vorstandsmitgliedern für die Jahre 1905 und 1906.
4. Wahl von drei Revisoren pro 1905.
Berlin, den 4. Januar 1905.
Der Vorstand,
Walter Gommert, Vorsitzender,
Rindlerstr. 46.

Verein zur Wahrung der Interessen der Maurer
Berlins und Umgegend.
Sonabend, den 14. Januar 1905:
Großer Wiener Maskenball

Im großen Saale der
Brauerei Königstadt, Schönhäuser Allee Nr. 10/11.
Während der Kaffeepause: **Große Ueberraschungen.**
Anfang 9 Uhr. Um 12 Uhr: **Demaskierung.**
Billett 50 Pf. Das Komitee.
Dazu ladet ein 139/1

Deutscher Buchbinder-Verband.
Fühale Berlin.
Branchen-Versammlungen
am 10., 12. und 16. Januar 1905.

Heute, Dienstag, 10. Januar, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshause (Saal 1), Engel-Platz 15:
Buchbinder u. Buchbinderei-Arbeiterinnen.
Tages-Ordnung:
1. Bericht der Vertrauenspersonen. 2. Bericht der Kassensammler.
3. Renwahl der Vertrauenspersonen. 4. Berufsanangelegenheiten.

Heute, Dienstag, 10. Januar, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshause (Saal 5), Engel-Platz 15:
Papier- und Ledergalanterie-Arbeiter und -Arbeiterinnen.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Genossen Bermut über: **Arbeitszeit und Arbeitslohn.**
2. Bericht der Vertrauenspersonen. 3. Renwahl derselben. 4. Branchenangelegenheiten und Verschiedenes.

Heute, Dienstag, 10. Januar, ab. 8 1/2 Uhr, in den Industrie-Gewerken, Beuthstraße 19-20:
Luxuspapier-Arbeiter und -Arbeiterinnen.
Tages-Ordnung:
1. Bericht der Vertrauenspersonen. 2. Renwahl der Vertrauenspersonen. 3. Branchenangelegenheiten und Verschiedenes.

Donnerstag, den 12. Januar, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshause (Saal 5):
Kontobuch-Arbeiter und -Arbeiterinnen.
Tages-Ordnung:
1. Die Unfallversicherungs-Gesetzgebung und ihre Bedeutung für die Arbeiter. Referent: Gewerkschaftssekretär G. P. 1. 2. Bericht des Vertrauensmannes. 3. Renwahl der Vertrauenspersonen. 4. Verschiedenes.

Donnerstag, den 12. Januar, abends 8 1/2 Uhr, im Englischen Garten, Alexanderstraße 27c:
Karton-Arbeiter und -Arbeiterinnen.
Tages-Ordnung:
1. Bericht des Vertrauensmannes. 2. Renwahl der Vertrauenspersonen. 3. Branchenangelegenheiten und Verschiedenes.

Donnerstag, den 12. Januar, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshause (Saal 3):
Stuis-Arbeiter und -Arbeiterinnen.
Tages-Ordnung:
1. Bericht des Vertrauensmannes. 2. Renwahl der Vertrauenspersonen. 3. Branchenangelegenheiten und Verschiedenes.

Montag, den 16. Januar, abends 8 1/2 Uhr, bei Herrn Schumacher, Stalischerstraße 126:
Album-Arbeiter und -Arbeiterinnen.
Tages-Ordnung:
1. Die Antwort der Prinzipale. 2. Bericht der Vertrauenspersonen. 3. Renwahl der Vertrauenspersonen. 4. Branchenangelegenheiten und Verschiedenes.

Montag, den 16. Januar, abends 8 1/2 Uhr, in den Central-Gewerken, Craniensstraße 180:
Goldschnittmacher.
Tages-Ordnung:
1. Bericht des Vertrauensmannes. 2. Renwahl des Vertrauensmannes. 3. Branchenangelegenheiten und Verschiedenes.

Montag, den 16. Januar, abends 8 1/2 Uhr, in den Central-Gewerken, Craniensstraße 180:
Album-Arbeiter und -Arbeiterinnen.
Tages-Ordnung:
1. Die Antwort der Prinzipale. 2. Bericht der Vertrauenspersonen. 3. Renwahl der Vertrauenspersonen. 4. Branchenangelegenheiten und Verschiedenes.

Wir richten an die Kollegen und Kolleginnen sämtlicher Branchen das dringende Ersuchen, obige Versammlungen vollständig zu besuchen.
Die Vertrauenspersonen.

Verband der Sattler.
Ortsverwaltung Berlin.
Achtung! Die Branchenversammlungen finden am
Dienstag, den 10., Mittwoch, den 11., und Donnerstag,
den 12. Januar 1905, statt.
Wir ersuchen die Mitglieder, diese Versammlungen zu besuchen.
156/2 Die Ortsverwaltung.

Hepnersche Sterbe- u. Kranken-Unterstützungskasse Nr. 23.
Mittwoch, 18. d. M., abds. 8 Uhr, im Saale des Schönhäuser, Linienstr. 5:
General-Versammlung.
Tages-Ordnung: 1. Rechenschaftsbericht der Revisoren. 2. Wahlen: a) des Kassenschreibers, b) der drei Vorzeiger, c) der drei Revisoren. 3. Verschiedenes. 12356
Um recht zahlreiche Beteiligung wird gebeten. **Der Vorstand.**

Fette Säuglinge leiden
oft an Stuhlverstopfung und schweren Stundenzug, ohne daß man die Ursache finden kann. Diese Kinder erhalten meistens zu viel Kuhmilch, die sich im Magen des Kindes zu großen Klumpen zusammenballt und die durch Gärungsorgänge, denen sie im Darm unterliegt, den Leib der Kinder stark auftreibt; durch diese Blähungen werden die Kinder belästigt und zum Schreien veranlaßt. Durch den Zufluß von Kuhmilch, in Wasser gelöst, erreicht man eine feinschleimige Verwitterung der Kuhmilch im Magen des Kindes, welche den Verdauungsorganen leichter zugänglich ist und die Gärungsorgänge im Darm in günstiger Weise beeinflusst, so daß die Blähungen aufhören, die Kinder ruhig werden und der Stuhlgang regelmäßig erfolgt.
Kranz- und Blumenbinderei
von Robert Meyer,
nur Mariannen-Straße 2.
Bereits-Kränze, Salmen- u. Blumen-Arrangements, Bouquets, Guirlanden usw. werden fein u. preiswert geliefert.
Trianon-Theater.
Heute und folgende Tage:
Die glückliche Gilberte
Anfang 8 Uhr.
Sonntag nachm.: **Das elfte Gebot.**

Sozialdemokrat. Wahlverein
i. d. 4. Berl. Reichstagswahlkreis
(Süd-Ost).

Den Mitgliedern hiermit zur Kenntnis, daß unser Genosse, der Arbeiter

Gustav Zacheran
wohnhaft Eisenbahnstraße Nr. 27,
(Stadtbezirk 103)
gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Mittwoch nachmittags um 3 Uhr von der Leichenhalle des Emmaus-Kirchhofes aus statt.

Um zahlreiche Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Allen Freunden, Verwandten und Bekannten die traurige Nachricht, daß mein lieber Mann, unser guter Vater, Schlichter- und Großvater, der Ruhe

Heinrich Matthes
nach vierzehntägigem schwerem Leiden am 7. Januar, 10^{1/2} Uhr, verstorben ist. 1231b

Die Beerdigung findet am Dienstag, den 10. d. M., nachm. 3 Uhr, vom Trauerhause, Eimeinmünderstr. 4, nach dem Friedhofe, Nieder-Schönhausen, statt.

Die trauernden Hinterbliebenen
Luzide Matthes u. Kinder.

Allen Verwandten, Freunden und Bekannten zur Nachricht, daß mein lieber Mann und guter Vater

Max Erbe
am Sonntag, den 8. Januar, im Alter von 48 Jahren nach langem schwerem Leiden gestorben ist.

Die Beerdigung findet am Mittwoch, nachmittags 3^{1/2} Uhr, von der Leichenhalle des Georgen-Friedhofes, Landsberger Allee, aus statt. 17712

Die trauernden Hinterbliebenen
Witwe Erbe und Tochter,
Landsberger Allee 140.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Stodarbeter

Karl Junold
am 7. Januar verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 11. Januar, nachmittags 3 Uhr, vom hiesigen Krankenhaus am Friedrichshagen aus nach Bismarckberg statt.

Um rege Beteiligung ersucht
77/12 Die Ortsverwaltung.

Wahlverein Wilhelmsruh.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse

Albert Mündel
am Sonntag gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Mittwoch nachmittags 3 Uhr vom Trauerhause Wilhelmstraße 43 aus statt.

Rege Beteiligung erwartet
922/2 Der Vorstand.

Wärzburger Hühneraugenmittel
von Dr. H. Unger-Wärzburg. — 20 Pf.
In Berlin:
Salomon-Apothek, Charlottenstraße.
Greif-Apothek, Barnimstr. 33.
In Breslau: 1637L
Victoria-Apothek, Friedrichsplatz 34.

Reichels Hustentropfen
unübertroffen wirksam gegen Husten, Heiserkeit, Verschleimung, Halsentzündung, sowie alle Beschwerden der Atmungsorgane. Fl. 50 Pf. Erhältlich in den durch Plakate kenntlichen Geschäften.

Otto Reichel, Berlin, Eisenbahnstr. 4.
Vert.: Kriemhild 10, Kompp. 07, Kahl 7, Simpin 15, Hoffm. in Spittelmarkt 70.

Sozialdemokratischer Wahlverein Wilmersdorf.

Den Mitgliedern die traurige Nachricht, daß am Sonnabend, den 7. Januar, der Genosse

Karl Winzens
im Alter von 36 Jahren verstorben ist. Er hinterläßt eine Witwe mit 5 Kindern.

Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute Dienstag, den 10. Januar, nachmittags 4 Uhr, von der Halle des Gemeinde-Friedhofes Wilmersdorfs statt. 302/1

Rege Beteiligung erwartet
Der Vorstand.

Zentral-Verband der Maurer Deutschlands. Zweigverein Berlin. Sektion der Putzer.

Unseren sowie den Mitgliedern des Gefangenvereins der Ruhe zur Nachricht, daß am Sonnabend, 7. Januar, unser Ehrenmitglied

Heinrich Matthes
nach kurzem Krankenlager verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Dienstag, den 10. Januar, nachm. 3 Uhr vom Trauerhause Eimeinmünderstr. 4 nach dem Friedhof der St. Margarethen-Gemeinde an Nieder-Schönhausen (Nordend) statt.

Um rege Beteiligung ersucht
Die Brüderliche Verwaltung.
133/3 R. H.: S. Neumann.

Allen Freunden, Bekannten und Parteigenossen die traurige Nachricht, daß mein lieber Mann und unser guter Vater, der Schmied

Gustav Dorsch
nach langem schwerem Leiden im Krankenhaus Friedrichshagen am Sonntag um 1 Uhr gestorben ist.

Die Beerdigung findet am Mittwoch, nachmittags 1 Uhr, von der Leichenhalle des Krankenhauses Friedrichshagen aus statt. 12425

Um stille Teilnahme bitten die trauernden Eltern und Kinder.
Otilie Dorsch geb. Hoffmann.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Tischler

Konstantin Barteldt
am 7. Januar nach langer Krankheitsdauer verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Dienstag nachmittags um 3 Uhr von der Leichenhalle des Sankt Marius-Kirchhofes in Bismarckberg aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht
77/13 Die Ortsverwaltung.

Für die zahlreiche Beteiligung und vielen Kranzsenden bei der Beerdigung meiner lieben Frau

Marie Langrock
sagt allen herzlich Dank!

Hugo Langrock,
Namens der Hinterbliebenen.

Wer-Stoff-hat,
fertige Herrenanzug, 20 R., ohne Kontraste, keine Futter, 2 Knöpfe. Für guten Sitz bekam gold. Medaille.
Ludwig Engel, Drechsler
Friedrichstr. 25, II. (Alexanderplatz). — Begründet 1892. 1633/2

Zentralverband der Töpfer
(Hilfs Berlin).

Todes-Anzeige.
Am Sonntag, den 8. Januar, verschied unser Mitglied

Paul Stuhlmann
an der Proletarierkammer.

Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 11. d. M., nachmittags 2^{1/2} Uhr, von der Leichenhalle des Neuen Jakob-Kirchhofes, Kisdorf, Hermannstraße, aus statt.

Rege Beteiligung erbitet
195/1 Der Vorstand.

Tanzlehrer-Verein „Solidarität“ (gegr. 1902).

Todes-Anzeige.
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser langjähriges Mitglied

Max Erbe
am 8. d. M. gestorben ist. 200/2

Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 11. Januar nachmittags 3^{1/2} Uhr, von der Leichenhalle des Georgen-Friedhofes, Landsberger-Allee, aus statt.

Rege Beteiligung erwartet
Der Vorstand.
H. H.: Richard Feinrich, Berl.

Verein zur Wahrung d. Interessen der Maurer Berlins u. Umg.
Zahlstelle Wedding.

Am Sonntag, den 8. Januar, verstarb unser langjähriges Mitglied

Ernst Rieger.

Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 11. Januar, nachmittags 2 Uhr, vom Trauerhause, Reinholdenstraße 60b, aus nach dem Friedhof der Rosareth-Gemeinde statt. 129/2

Um rege Beteiligung bittet
Der Vorstand.

Dr. Simmel, Prinzen-Str. 41,
Spezialarzt für 62/1
Haut- und Nervenleiden.
10-2, 5-7, Sonntags 10-12 2-4.

Hierdurch die traurige Nachricht, daß am 7. Januar unser Kollege

Heinrich Wendland
nach langem Krankenlager aus dem Leben geschieden ist.

Ehre seinem Andenken!
Das Begräbnis findet am Dienstag, den 10. Januar, nachmittags 3 Uhr, vom Krankenhaus Friedrichshagen aus auf dem Rosareth-Kirchhof in Bismarckberg statt.

Die Kollegen [1234b der Firma Kuhl & Klatt.

Danksagung.
Den Sängern und allen die uns anlässlich des Ablebens unserer lieben Mutter 1772/2

Louise Starosson
Teilnahme bezugten, sagen wir unseren besten Dank.

Gustav, Franz u. Willi Starosson.

Konsumgenossenschaft von Adlershof und Umgegend.
(G. m. b. H.)
Berichtigung

bei Veröffentlichung vom 11. Dezember 1904 in der Nr. 291.

| | |
|---|------------|
| Ritzglieder-Bewegung | 492 |
| Ritzgliederbestand am 1. September 1903 | 189 |
| Neu eingetreten | 651 |
| Freiwillig ausgetreten zum 31. August 1903 | 33 |
| 31. August 1904 | 79 112 |
| Mitgliederbestand am 1. September 1904 | 569 |
| | 77 |
| Das Geschäftsguthaben betrug am 1. September 1903 | 6721.50 R. |
| und am 1. September 1904 | 9011.79 |
| | 2290.29 R. |
| Die Kassenkasse betrug am 31. September 1903 | 9840.- R. |
| und am 1. September 1904 | 11380.- |
| Die Kassenkasse hat sich vermehrt um | 1540.- R. |

Adlershof, 7. Januar 1905.
Der Vorstand.
Hermann Hildebrandt, Wilhelm Kohl, August Süke.
Für den Aufsichtsrat: August Segler. 105/3

1.ziehung 1. Klasse 212. Aufl. Preuss. Lotterie.
Ziehung vom 9. Januar 1905, nachmittags.

Kass. Nr. 1 bis 1000000 sind den dreizehn Klassen in folgender Weise beigesteuert.

(Obere Klassen.) Hauptgewinn vertheilt.

| | |
|---|---|
| 35 67 83 929 44 1001 81 1215 25 96 91 468 549 | 110307 200 54 387 472 95 684 718 |
| [100] 623 [200] 808 033 2128 280 778 535 59 84 35-38 | 44 801 41 923 54 116130 80 28 410 509 896 117008 |
| 408 21 978 87 4122 344 404 [300] 13 20 603 773 98 | 92 303 434 57 [100] 505 23 48 645 703 56 [200] 118054 |
| 877 996 5004 84 100 318 75 487 [100] 63 730 30 803 | 252 296 484 516 21 76 [100] 683 84 829 30 931 41 |
| 6018 90 102 402 614 [100] 701 87 822 23 990 7317 57 | 119048 240 72 74 335 638 90 801 21 78 920 |
| 4 526 89 697 768 939 8027 33 35 322 72 590 619 | 120083 286 497 506 45 54 80 817 456 121073 |
| 9003 27 62 111 28 89 251 337 81 [100] 922 81 | 10 62 287 469 642 782 54 85 891 972 122121 [200] |
| 100000 77 116 69 390 437 89 570 91 600 43 776 810 | 389 524 87 656 70 861 123255 68 493 714 [100] 45 |
| 15 89 60 87 90 11045 62 134 240 373 [100] 626 748 | 859 80 929 124129 406 336 [100] 611 714 25 42 928 |
| 953 12137 308 36 438 44 [200] 760 91 13011 31 35 | 1 125121 79 207 17 560 690 854 30 904 21 43 93 |
| 200 332 63 [200] 70 331 [100] 83 653 64 795 958 | 126047 62 101 11 334 74 424 65 833 988 127237 |
| 14010 62 147 289 389 659 729 39 44 [100] 91 854 [100] | 66 459 626 877 904 128211 56 314 565 746 93 343 |
| 914 15069 182 98 285 324 448 65 678 893 937 67 | [100] 129109 407 511 41 93 872 873 |
| 16005 192 357 80 777 850 98 17300 408 43 712 901 | 130900 215 [100] 99 384 430 510 31 617 58 [100] |
| 18121 [100] 207 449 76 748 70 808 41 984 19010 | 016 131006 154 70 204 38 50 54 340 466 511 725 |
| 46 250 85 90 [100] 97 375 433 510 799 831 885 | 132059 102 201 318 38 57 [100] 617 133185 219 |
| 20170 82 587 602 772 828 64 74 81 21021 49 76 | 34 319 440 571 661 725 134066 215 36 44 88 93 657 |
| 130 610 55 65 22217 385 471 658 81 95 [100] 702 91 | 938 57 11 136069 59 104 350 512 67 97 739 903 |
| 14001 23042 234 94 964 994 738 58 24190 63 279 90 | 54 [100] 113 205 535 77 91 815 708 871 93 973 139242 |
| 356 83 558 59 68 008 92 753 884 26440 611 98 727 825 | 408 89 667 [100] 937 |
| 82 478 227 678 708 21 331 945 26440 611 98 727 825 | 140145 238 492 600 28 76 85 93 709 870 975 |
| 666 84 [100] 27218 358 519 91 843 842 37 28348 | 141013 40 110 99 217 331 [300] 54 [100] 411 14 82 |
| 90 323 [100] 472 78 641 804 9 39 515 [100] 20208 14 | [200] 550 615 80 31 57 [100] 142311 421 44 765 |
| 36 74 305 11 64 428 60 [100] 573 681 737 908 | 1 921 97 143000 44 148 301 19 731 53 74 99 829 |
| 30233 331 475 82 647 730 924 31079 306 93 373 | 631 92 144027 150 95 118 359 419 580 633 783 90 |
| 413 555 728 842 [200] 44 929 32683 333 556 92 738 49 | 633 62 145115 77 967 415 42 49 62 602 741 65 [100] |
| 818 33005 65 95 184 361 [400] 406 707 97 98 920 44 | 809 931 146390 36 78 245 312 82 445 723 813 41 911 |
| 34005 882 822 26 [200] 903 [200] 35061 135 [900] | 147667 748 819 52 148093 132 247 340 80 410 572 |
| 64 79 221 84 [100] 401 083 [100] 730 96 843 36450 | [100] 681 747 [200] 149306 441 507 839 57 |
| 604 38 37173 249 300 414 508 509 714 47 803 63 95 | 150083 238 29 82 796 961 73 151038 40 106 24 |
| 38292 481 74 589 817 39006 14 109 203 [100] 63 70 | 27 50 257 94 409 12 80 551 55 97 703 848 [100] 904 |
| [200] 550 454 639 78 696 789 95 922 55 | 150299 298 82 37 591 873 038 153350 70 88 [100] |
| 40252 200 27 68 [100] 514 76 702 58 896 41004 | 489 580 789 030 53 154049 365 489 721 889 155052 |
| 105 31 311 53 407 502 648 998 42088 372 487 645 748 | 106 81 367 92 404 601 13 156500 89 108 327 46 97 |
| 81 832 43139 305 [100] 332 35 689 988 [100] 44257 | 541 71 798 [100] 90 46 46 157045 104 230 386 510 |
| 44 405 609 805 26 [300] 963 99 45122 470 [100] 508 | 718 [200] 156807 223 29 70 517 619 38 [100] 730 |
| 28 43 90 80 9 734 844 46130 227 337 709 18 42 82 | 32 159055 119 40 90 93 254 407 [100] 561 84 24 |
| [400] 906 21 96 47143 82 96 340 90 558 84 670 78 | 784 857 944 |
| 711 [200] 15 46 833 38 82 900 45190 550 770 990 | 160019 240 93 [200] 392 [400] 530 736 62 809 |
| 49319 [100] 569 677 733 42 819 [100] 27 33 903 | 983 161174 425 68 512 641 761 840 916 162035 |
| 50119 525 548 95 867 51182 97 432 558 866 771 | 140 70 84 85 259 327 50 54 62 645 82 741 88 823 |
| 943 99 946 52135 210 357 411 [100] 97 557 842 953 | 27 821 79 163000 127 [100] 41 61 217 46 508 36 |
| 53062 81 106 72 407 601 83 721 825 900 54022 41 | 739 [300] 890 900 96 164020 178 230 23 379 570 836 |
| 130 243 87 351 449 535 705 38 519 49 944 55027 152 | 44 165050 77 188 96 266 332 89 691 71 30 884 35 |
| 92 262 330 530 643 735 853 940 56013 [100] 145 46 | 166286 377 480 635 944 [100] 78 167032 63 178 |
| 256 367 [100] 82 561 40 619 63 633 45 906 57638 944 | 334 684 770 822 961 168024 34 [100] 214 70 82 662 |
| [400] 58081 132 211 328 498 605 771 96 59214 57 | 541 71 798 [100] 90 46 46 157045 104 230 386 510 |
| [200] 83 733 | 718 [200] 156807 223 29 70 517 619 38 [100] 730 |
| 60130 44 78 200 87 97 519 739 41 034 61194 313 | 32 159055 119 40 90 93 254 407 [100] 561 84 24 |
| 604 730 90 890 935 62027 [100] 30 343 502 63 705 | 784 857 944 |
| [100] 63014 194 234 314 71 462 525 604 88 78 747 803 | 160019 240 93 [200] 392 [400] 530 736 62 809 |
| 87 957 80 96 64213 372 445 45 598 604 895 667 63556 | 983 161174 425 68 512 641 761 840 916 162035 |
| 642 45 83 712 881 66004 9 [100] 224 67 80 308 403 | 140 70 84 85 259 327 50 54 62 645 82 741 88 823 |
| 635 710 67 987 911 21 40 91 47021 51 117 361 68 88 | 27 821 79 163000 127 [100] 41 61 217 46 508 36 |
| 474 788 68031 273 484 515 906 69005 66 73 143 247 | 739 [300] 890 900 96 164020 178 230 23 379 570 836 |
| 85 [100] 439 716 848 44 5 9 | 44 165050 77 188 96 266 332 89 691 71 30 884 35 |
| 70224 31 67 617 863 77 71004 40 50 280 458 61 | 166286 377 480 635 944 [100] 78 167032 63 178 |
| 890 69 980 72407 48 061 69 7009 87 804 [100] 63 923 | 334 684 770 822 961 168024 34 [100] 214 70 82 662 |
| [100] 73001 11 78 97 47 344 74255 60 344 [200] | 541 71 798 [100] 90 46 46 157045 104 230 386 510 |
| 45 75 530 710 48 90 75107 95 254 337 405 [100] 710 | 718 [200] 156807 223 29 70 517 619 38 [100] 730 |
| 808 908 76222 60 403 [100] 57 338 747 [100] 896 906 | 32 159055 119 40 90 93 254 407 [100] 561 84 24 |
| 67 97 77019 91 167 313 4 5 [100] 405 625 76082 | 784 857 944 |
| 70 163 5 14 758 973 79045 100 [200] 83 201 311 630 | 160019 240 93 [200] 392 [400] 530 736 62 809 |
| 721 [200] | 983 161174 425 68 512 641 761 840 916 162035 |
| 80216 643 81 801 50 82 31385 133 37 375 594 | 140 70 84 85 259 327 50 54 62 645 82 741 88 823 |
| 96 640 87 899 910 15 22489 647 727 846 63240 304 | 27 821 79 163000 127 [100] 41 61 217 46 508 36 |
| 496 742 95 84072 221 508 626 711 821 62 85092 93 | 44 165050 77 188 96 266 332 89 691 71 30 884 35 |
| 239 308 423 511 [400] 34 92 [100] 641 05 [100] 706 15 | 334 684 770 822 961 168024 34 [100] 214 70 82 662 |
| 24 86097 208 3490 50 413 587 097 719 910 78 79 | 541 71 798 [100] 90 46 46 157045 104 230 386 510 |
| 87008 205 321 511 36 [100] 4 88200 54 140 88 392 | 718 [200] 156807 223 29 70 517 619 38 [100] 730 |
| 464 631 71 47 81 89032 175 344 403 [500] 336 321 | 32 159055 119 40 90 93 254 407 [100] 561 84 24 |
| 33 87 | 784 857 944 |
| 90330 81 106 210 360 442 627 21 93 94 743 947 | 160019 240 93 [200] 392 [400] 530 736 62 809 |
| 91029 43 162 210 31 95 627 77 66 900 92003 7 36 | 983 161174 425 68 512 641 761 840 916 162035 |
| 268 [100] 440 978 93103 577 692 779 830 94011 186 | 140 70 84 85 259 327 50 54 62 645 82 741 88 823 |
| 257 [200] 59 377 78 430 551 696 63 828 82 947 95029 | 27 821 79 163000 127 [100] 41 61 217 46 508 36 |
| 41 252 418 571 685 835 828 98299 445 742 907 11 78 | 44 165050 77 188 96 266 332 89 691 71 30 884 35 |
| 97185 239 331 695 728 855 [300] 49 497 95060 125 | 334 684 770 822 961 168024 34 [100] 214 70 82 662 |
| 394 60 39 96 782 99015 27 82 80 243 71 318 302 44 | 541 71 798 [100] 90 46 46 157045 104 230 386 510 |
| 66 | |

Parteigenossen! Mittwoch ist Zahlabend in Berlin und den Vororten!

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Genossen und Genossinnen!

Dienstag, den 17. Januar, abends 8 1/2 Uhr, finden in allen Berliner Wahlkreisen Versammlungen zwecks Bericht-erstattung vom Parteitag der Sozialdemokratie Preußens statt. Um zahlreichen Besuch bitten

Die Vertrauensleute.

Wahlung, erster Wahlkreis! Dienstag, den 10. Januar, abends 1/2 Uhr, in Dräsel's Festsaal, Neue Friedrichstr. 85: Versammlung des Wahlvereins. Genosse Dr. David Mainz spricht über: „Wichtige Fragen der Reichspolitik“. Gäste, auch Frauen, haben Zutritt. Genossen, agitiert für zahlreichen Besuch dieser Versammlung. Der Vorstand.

Wilmersdorf. Die Beerbigung des Genossen Wenzens findet heute Dienstag nachmittags 4 Uhr statt. Die Parteigenossen versammeln sich nachmittags 3 Uhr in Salomons Volksgarten. Näheres siehe Annonce. Der Vorstand.

Pankow. Morgen Mittwoch ist Zahlabend bei Griffel, Kaiser Friedrichstr. 15, Wolff, Wollanstr. 23 und — für die Röhren-, Flora-, Schönholzer-, Park-, Schloß-, Breitenstraße und angrenzende Straßen — bei Abendroth, Wühlstr. 25.

Mariendorf. Heute Dienstag hält der Wahlverein seine Mitgliederversammlung ab. Auf der Tagesordnung steht: Bericht vom preussischen Parteitag. Referent: Genosse Emil Böde. Gäste, auch Frauen, haben Zutritt. Die Bibliothek ist eine Stunde vor Beginn der Versammlung geöffnet. Der Vorstand.

Wahlverein Groß-Lichterfelde-Pankow. Mittwoch, abends 8 Uhr, Versammlung bei Reifen, Chausseef. 104. Zweiter Vortrag des Genossen Dr. Vorhard über das Partei-Programm. Stellungnahme zu den Gemeindevahlen. Vereinsangelegenheiten. Der Vorstand.

Lokales.

Aufsichten der Stadtverordneten-Mehrheit. Die Verlobung des Kronprinzen findet auch in der Neujaars-Glückwunschadresse der Berliner Stadtverordneten-Versammlung an den Kaiser Erwähnung; es heißt darin: „In treuester Ergebenheit nimmt die Bevölkerung Berlins den innigsten Anteil an allen Ereignissen unseres Herrscherhauses. So hat auch die Verlobung Seiner Kaiserlichen und Königlich-Hohheit des Kronprinzen in der gesamten Bürgerschaft Berlins die freudigste Erregung hervorgerufen. Möge es Eurer Majestät auch im neuen Jahre beschieden sein, sich des schönsten Familienglücks in blühender Gesundheit zu erfreuen! Möge Gottes Gnade auch im neuen Jahre schützend und segnend über Eurer Majestät und über sämtlichen Mitgliedern unseres erlauchten Herrscherhauses wachen!“

Unsere Rathaus-Byzantiner sollten es auch in ihren Ergebenheitsadressen mit der Wahrheit etwas genauer nehmen. Wer wird diesen Herren fortan noch etwas glauben, wenn sie schlanweg die Behauptung aufstellen, daß in Berlin die gesamte Bürgerschaft von wegen der Verlobung des Kronprinzen auf das freudigste erregt gewesen ist? Von der erdrückenden Wehrheit der Bürgerschaft, die bekanntlich sozialdemokratisch und republikanisch gesinnt ist, ganz zu schweigen, dürfte auch in den Kreisen, die sich für staatsbehaltend ausgeben, nur selten ein Mensch aufzutreiben sein, der unter seinem Eide zu behaupten wagte, daß die in der amtlichen Adresse der Gesamtbevölkerung zugeschriebenen Gefühle ihn beim Lesen der Verlobungsnachricht befeelt hätten. Also etwas mehr Rücksicht auf die Wahrheit bitte, wenn man sich nicht der Gefahr aussetzen will, daß die Worte der Stadtverordneten-Mehrheit auch an der Stelle, wo sie wirken sollen, nach Gebühr eingeschätzt werden.

Sehr häufig quittiert die „konservative Korrespondenz“ über die Bewilligungsfreude der Stadtverordneten-Mehrheit. Sie saßelt von einem Vertrauensbruch eines ihrer Mitglieder, von einem Vertrauensbruch, dessen sich in diesem Fall die ganze bürgerliche Presse schuldig gemacht hat, da sie ebenfalls über die geheime Sitzung berichtet, wie überhaupt Mitteilungen aus solchen Sitzungen stets und ständig in allen Blättern gebracht werden. Dann geht das Schamfädchen los:

Es wird nun abgewartet werden müssen, wie sich die Berliner Stadtverordneten-Versammlung zu diesem Vertrauensbruch eines ihrer Mitglieder stellen wird. Auch insofern ist die Versammlung dabei interessiert, als der „Vorwärts“ am Schlusse seines Berichts meldet: „Die Versammlung endete mit der Annahme der Magistratsvorlage, gegen welche neben einigen freisinnigen nur die sozialdemokratischen Stadtverordneten stimmten, während eine Anzahl liberaler Mitglieder — ob wegen der Abstimmung oder wegen vorgerückter Zeit ist unbekannt — den Saal schon vorher verlassen hatten.“ Die Stadtverordneten-Versammlung wird nicht umhin können, die Sache klarzustellen.

Nach dieser Leistung scheint die „konservative Korrespondenz“ es für eine Art Gesegensbrigkeit zu halten, wenn ein Stadtverordneter seiner Ueberzeugung nach votiert. Am Ende soll Herr Langerhans eine Disziplinierung der in diesem Fall oppositionellen Stadtverordneten einleiten, was übrigens ein reizendes Vorbild zu der berüchtigten Demokraten-Ausschließung von 1862 wäre. Ein starkes Stück, was sich die „konservative Korrespondenz“ hier leistet. Wer aber gerecht urteilen will, muß zugeben, daß der freisinnige-Byzantinismus verdient, wie geschehen behandelt zu werden.

In der gestrigen Sitzung der Deputation für die händischen Gaswerke unter dem Vorsitz des Stadtrats Ramskau wurde eine Verstärkung der öffentlichen Beleuchtung in folgenden Straßen beschlossen: in der Wäckerstraße zwischen Wäckerstraße und dem Kaiser Friedrich-Platz, in der Landgrafenstraße, in der Straße am Friedrichshain zwischen Frieden- und Bölowstraße, in der Warschauerstraße, am Stralauer Platz, in der Artilleriestraße zwischen Drantenburger- und Riegelstraße, in der Greifswalderstraße zwischen Frieden- und Elbingerstraße sowie in der Brüderstraße. Dem gelangte der nächste Etat für 1905/06 für die Gaswerke zur Beratung. Er wurde in Einnahme und Ausgabe mit 44 000 084 M. festgelegt. Gleichzeitig wurden die in diesem Jahre auszuführenden Neubauten, die mit 4 881 500 M. veranschlagt sind, genehmigt.

Wann legt ein Staatsanwalt zugunsten Verurteilter Revision ein? Kürzlich berichteten wir über die Verurteilung von zwei Charlottenburger Polizeibeamten zu je 100 Mark Geldstrafe wegen schwerer Mißhandlung eines Arbeiters auf der Polizeiwache. Gegen das Urteil hat jetzt nicht nur der Verteidiger der prügelsüchtigen Beamten, sondern auch der Staatsanwalt zu deren Gunsten Revision eingelegt. Wie erinnerlich sein dürfte, plädierte der

Staatsanwalt schon in der Gerichtsverhandlung für die Freisprechung der Angeklagten, während es Dr. Liebknecht als Rechtsbeistand des mißhandelten Arbeiters vorbehalten blieb, für deren Verurteilung einzutreten.

Wegen des Totfalls an dem Bademeister Kimm aus der Linienstraße wurde am Donnerstag voriger Woche der Kantinenwirt Wilde festgenommen und dem Roabiter Untersuchungsgefängnis zugeführt. Aus diesem ist W. auf Antrag des Rechtsanwalts Ulrich gegen Stellung einer Kaution von 10 000 M. entlassen worden. Wilde hatte am 5. Januar d. J. mit dem Bademeister Kimm aus der Linienstraße eine Bierreise unternommen, die weiter nichts darstellte als ein systematisches Hinunterfärzen der verschiedensten Sorten alkoholischer Getränke. In einem Nachtcafé in der Jägerstraße kam es zu einem Streit über Politik, welcher sich auf der Straße fortsetzte. Vor dem Hause Jägerstraße 11 kam es zu Tätlichkeiten, in deren Verlauf Wilde dem K. einen wuchtigen Hieb über den Kopf versetzte, an dessen Folgen er vor Einlieferung in das Krankenhaus verstarb. Der unüberlegte Schlag wird für Wilde wohl eine Anklage wegen Körperverletzung mit tödlichem Ausgang nach sich ziehen.

Die Nachricht von dem Auffinden der Leiche des Einjährigen Weber vom 2. Garderegiment zu Fuß bestätigt sich nicht. Die Meldung, daß Weber gelegentlich eines Spreewaldbesuches im April oder Mai d. J. ums Leben gekommen und erst jetzt seine Leiche in der Krausnieder Forst gefunden worden wäre, war durch Pöbblers Handelsleute, die in Berlin die Märkte besuchen, verbreitet worden. Die Gerüchte von einem angeblich an Weber verübten Verbrechen traten in Lübben und Umgegend so bestimmt auf und hielten sich auch in der Folge so hartnäckig, daß sich die Gendarmerei schließlich veranlaßt sah, Nachgrabungen anzustellen, die indessen völlig resultatlos verliefen. Im übrigen soll der vermiste Einjährige Weber in der in Frage kommenden Zeit tatsächlich im Spreewald gesehen worden sein. Der gegen Weber seinerzeit wegen Verdachts der Fahnenflucht von der Militärbehörde erlassene Steckbrief besteht daher noch immer zu Recht.

Zum Raubmord in Moabit wird mitgeteilt, daß es weder am Sonntag noch bis gestern trotz angestrengter Tätigkeit der Kriminalpolizei gelungen ist, Spuren des Täters aufzufinden. Wöher ist zwar eine ganze Reihe verdächtiger Personen verhaftet worden, doch mußten sämtliche Sittierungen wieder aufgehoben werden, da sich in allen Fällen die Verdächtigung als irrig herausstellte. Am Tatort sowohl wie auch auf dem Polizeipräsidium wurden die Zeugenvernehmungen am Sonnabend noch bis in die späte Nacht hinein und auch am Sonntag sowie im Laufe des gestrigen Tages fortgesetzt. Die Polizei rechnet noch damit, daß der Mörder in dem Bekannten- oder Kundenkreise der Sinnig zu suchen ist. Zum mindesten aber steht nach den bisherigen Ermittlungen fest, daß der Täter mit der Ermordeten und deren Lebensverhältnissen vertraut gewesen sein muß. Die zahlreichen anonymen und nichtanonymen Verdächtigungen, die sich gegen den Bruder der S., den Sarghändler Heinrich, richten, haben sich als völlig grundlos herausgestellt. Bemerkenswert ist, daß Frau Sinnig wiederholt, so auch noch kurz vor ihrer Ermordung, von Nachbarinnen gewarnt wurde, weil sie sich stets allein, ohne irgend welchen Schutz, in ihrer Wohnung resp. in ihrem Laden aufhielt. Auch wurde der Bitte von verschiedenen Seiten wiederholt der Vor-schlag gemacht, sich zu ihrer persönlichen Sicherheit irgend welchen Schutz, vielleicht einen Hund, zu verschaffen. Der mehrfach erwähnte Angehörige der Marine wurde als ein Geschäftsmann ermittelt. Er wies sein Alibi nach und kommt nicht weiter in Betracht. Nach einem Gerücht, das gestern in der Stadt verbreitet war, soll ein junger Mann aus dem Hause der Ermordeten verhaftet worden sein. Es hieß, man habe die vermiste goldene Uhr bei ihm gefunden. Das Gerücht ist jedoch vollkommen unbegründet. — Die Leiche der Frau Sinnig wird am Dienstag, nachmittags 3 Uhr, auf dem Friedhof der Heilandsgemeinde in Wilmersdorf beigesetzt werden. Die Nordstraße war während des Sonntags das Ziel vieler Tausender von Neugierigen. Die An-sammlungen vor dem Hause Wilhelmshavenerstraße 87 waren zeitweise so stark, daß ein polizeiliches Aufgebot für die Herstellung der Ordnung sorgen mußte.

Ein Spießbuden, der sich kostenlos eine Sammlung von Zeitungs-ausschnitten anzulegen gedachte, wurde am Sonnabend abend in einer nahe dem Spittelmarkt gelegenen Zeitungshalle längere Zeit beobachtet und schließlich auf frischer Tat ertappt. Als er zur Rede gestellt wurde, spielte er zunächst den Entschulten und leugnete. Er versuchte dann, sich aus dem Staube zu machen, doch wurde er von anderen Besuchern daran gehindert. Erst durch die Drohung, daß man einen Säugmann herbeirufen werde, ließ er sich endlich bewegen, die gestohlenen Auschnitte langsam einen nach dem anderen aus der Westentasche herauszuholen. Er wurde auf ein paar in der Leserräumen ausgehängte Gerichtsbeschlüsse hingewiesen, aus denen ersichtlich ist, daß solche Zeitungspündler mit Gefängnis bestraft werden. Hier hatte der Mann die Dreifigkeit, sich noch darüber zu beklagen, daß diese Auschnitte nicht an einer mehr in die Augen fallenden Stelle angebracht seien; anderenfalls würde er sie bemerkt und sich danach gerichtet haben. Leider sieht man den Spießbuden laufen, ohne ihn der Polizei zu übergeben.

Konkurs Haffe. Der vom Konditor Lähel mit Erpressungen verfolgte und hier in Haft befindliche Landgerichts-Direktor Haffe hat beim Breslauer Amtsgericht heute die Eröffnung des Konkurses beantragt.

Herr Apotheker Oskar Hoffmann, der Bruder des verstorbenen Landgerichtsrats, sendet uns folgende Zuschrift: In Nr. 5 des „Vorwärts“, 2. Beilage 1. Spalte ist unter dem Titel „Der Fall Haffe“ behauptet, mein Bruder, der Landgerichtsrat Hoffmann, habe, wie es sich jetzt herausgestellt haben sollte, Selbstmord begangen, der mit Erpressungen in Verbindung zu bringen sei, die unter Ausnutzung des § 176 des Strafgesetzbuches verübt worden wären. Die Kriminalpolizei habe in der Angelegenheit Erhebungen angestellt und man melde, daß der Erpresser bereits gefunden sei. Hierzu bemerke ich: 1. Es ist unrichtig, daß Landgerichtsrat Hoffmann Selbstmord begangen habe; es ist vielmehr durch Zeugen festgestellt, daß sein Tod durch einen Unfall herbeigeführt worden ist. 2. Es ist unrichtig, daß Landgerichtsrat Hoffmann jemals perverber Reigungen gehuldt habe. 3. Es ist unrichtig, daß die Kriminalpolizei in dieser Angelegenheit Erhebungen angestellt habe; vielmehr bin ich ermächtigt, zu erklären, daß weder die Kriminalpolizei noch die königliche Staatsanwaltschaft irgend welchen Anlaß gehabt hat, sich mit dieser Angelegenheit zu befassen.

Es ist eine peinliche Sache, sich sozusagen im Angesicht des Todes gegen die Auffassung zu wenden, die der Bruder des Verstorbenen hier kundgibt. Wir wollen daher von einer Beweisführung für unsere Mitteilung von Freitag absehen und nur bemerken, daß die ja auch keineswegs in herabsetzender Form gedachte Meldung uns von einer Seite zugegangen ist, die nach Lage der Dinge volles Vertrauen verdient. Zum Ueberflus sei noch erwähnt, daß in Fällen, wie der hier zur Sprache gekommene es nichts Seltenes ist, daß Kranke ihre unglückselige Reizung gerade vor ihren nächsten Verwandten angänglich zu verbergen suchen.

Der Fall Rabatus. In der bekannten Strafsache gegen den Waffener Kötter, der die bei ihm in Behandlung gewesene Frau Rabatus in seiner Wohnung, Stephanstraße 22, erschießt und die Leichenteile in alle vier Winde gestreut hat, ist nunmehr der Hauptverhandlungstermin vor dem Schwurgericht auf den 18. d. M.

festgesetzt. Neben dem Angeklagten haben noch mehrere Männer und Frauen auf der Anklagebank Platz zu nehmen, die bei den dem Angeklagten zur Last fallenden Verbrechen gegen die §§ 218 und 219 St.-G.-B. mit in Frage kommen. Der Hauptangeklagte wird vom Rechtsanwalt Karl Böventhal, die mitangeklagten Frauen werden vom Rechtsanwalt Horn verteidigt. Zu der Verhandlung, die mehrere Tage in Anspruch nehmen wird, sind viele Zeugen und Sachverständige vorgeladen.

Liebeswerben. Das Verbot des Verteilens der Pflückereden in den Berliner Straßen scheint aufgehoben zu sein. Nachdem bei der Klage eines Zettelverteilers vom Gericht entschieden wurde, daß die Reden zur Beschlagnahme keinen Anlaß gaben, legt die Polizei der Verbreitung keine Hindernisse mehr in den Weg. In großen Mengen wurde eine neue Rede des Grafen auf den Straßen verteilt. Darin macht er für den „sozialistischen Zukunftsstaat mit dem Kaiser an der Spitze“ Propaganda. Dem „lieben braven Kerl“ Webel, Herrn von Soltman, Kater und den anderen „roten Brüdern“ ruft der Graf zu, sie möchten doch im Reichstage etwas Lärm, Rabau und Zummel machen und den Herren an grünen Tisch so fürchtbar die Wahrheit sagen, „daß die Brüder alle vor lauter Schreck und Angst auf den Rücken fallen“. Dann würde überall domernd der Ruf erklingen: „Es lebe der Berliner Sozialismus!“

Das Märkische Städtebund-Theater, das in Rathenow, Stendal, Tangermünde, Gardelegen und Salzwedel, früher auch noch in Neuhoppin, Prenzlau u. Vorstellungen gab und unter Leitung des Dr. Dagemann stand, ist, nachdem es schon längere Zeit mit finanziellen Schwierigkeiten zu kämpfen hatte, jetzt verkracht. Zum Glück können sich die Mitglieder für ihre noch ausstehenden Gagen an einer beim Berliner Polizeipräsidium hinterlegten Kaution schadlos halten. Die Mitglieder wollen die Vorstellungen auf eigene Rechnung, unter Leitung des Regisseurs Vormeng, eines früheren Berliner Theaterleiters, fortsetzen.

Gefährliche Burschen. Am 10. v. Mts. trafen sich ein 17 Jahre alter Bursche Otto Fabian, dessen 15jährige Braut Krude Heider und ein 18 Jahre alter Georg Kubaneck zusammen, um in ein Geschäft in der Parkstraße einzutreten. In der Schandwirtschaft von Schumann in der Köstnerstraße 14 hatten sie sich vorher mit abgedrohten Stuhlbeinen bewaffnet, um jeden, der ihnen etwa entgegengetreten sollte, niederzuschlagen. Der Plan gelang, ohne daß die Eindringler auf Widerstand stießen. Sie erbeuteten für 600 M. Ware. Fabian wurde bald festgenommen, als er dreißig zu einem Stellbühnen mit seiner Braut kam. Für seine Person war er sofort gefänglich, seinen Mittäter aber gab er erst nach langem Sträuben an. Kubaneck liebede sich unterdessen mit dem Erlös der Beute neu ein, bewaffnete sich wie ein Räuberhauptmann, hielt sich aber trotzdem möglichst unsichtbar. Gestern abend begab er sich wieder in das Lokal hinein. Hierbei wurden vier Gäste verwundet. Ein deutscher Klitscher erhielt einen Schuß in die Kniekehle, die Arbeiter Köpfer und Sonntag und ein gewisser Müller wurden durch Streifschüsse leicht verletzt. Klitscher mußte nach der Klinik gebracht werden. Die Kugel wurde ihm aus dem Körper noch nicht entfernt. Nach seiner Heldentat wurde der wohnungslose, bisher noch nicht bestrafte Kubaneck überwältigt und der Kriminalpolizei überliefert.

Selbstmord eines Berliner Schriftstellers. Nach dem „Berliner Tageblatt“ hat sich der Schriftsteller Georg Stockhausen auf dem Landgrafenberg bei Jena erschossen. Stockhausen, der etwa fünfzig Jahre alt geworden ist, lebte aufseiner in gesicherten Verhältnissen hier in Berlin, Altonastr. 20. Ueber dem Grund für seinen Selbstmord liegt bis jetzt völliges Dunkel. Stockhausen hielt sich in vergangener Woche in Frankfurt a. M. auf und schied nach am Donnerstag von dort an seine hiesige Wirtin, daß er am Sonnabend wieder nach Berlin zurückkehren würde. Er lebte seit Jahren von seiner Gattin getrennt. Der Ehe entstammten ein Sohn und eine Tochter. Heute mittag erschienen die Angehörigen in der Wohnung in der Altonastr. um nach irgend welchen Motiven zu dem Selbstmord zu forschen.

Den der Straßenbahn. Die Westliche Berliner Vorortbahn hat besondere Nachtwagen nach Steglitz eingerichtet. Der Betrieb der Straßenbahn dauert so bis gegen 2 Uhr. Die neuen Nachtwagen geben vom Potsdamer Platz von der Haltestelle der Westlichen Vorortbahn in der Linkstraße aus. Sie gehören zur Linie Potsdamer Platz-Salohplatz in Steglitz. Die Abfahrtszeiten sind 1 Uhr 30 Min. und 1 Uhr 50 Min. Diese Nachtwagen werden außerhalb des eigentlichen Fahrplans gefahren. Finden sie entsprechenden Zuspruch, so daß das Bedürfnis dafür erwiesen ist, werden sie endgültig in den Fahrplan aufgenommen. — Ein besonderer gerichtlicher Sach-verständiger für das Straßenbahnwesen ist jetzt in der Person des Dr. Ing. Erwin Kramer in Berlin für das Kammergericht und die Bezirke der Landgerichte I und II ernannt worden.

Unser tägliches Eisenbahnopfer. Wie amtlich gemeldet wird, wurde Sonntag etwa um 7 1/2 Uhr abends auf dem Bahnhof Wiederschnöweide 3 Personen durch ein durchgehendes Eisenbahnfahrzeug des Gleises von Rottbus nach Berlin im Dienst von dem ein-fahrenden Personenzuge 1408 überfahren und tödlich verletzt. Es liegt angeblich eigenes Verschulden vor. — Sonnabend abend gegen 10 Uhr entgleiten von dem Ueberführungszuge 9148 auf der Fahrt vom Görlicher Bahnhof nach Rixdorf hinter der Einföhrung in die Ringbahn-Personengleise sieben Güterwagen und sperrten das Personengleis der Richtung Treptow-Nixdorf. Der Personenverkehr wurde durch eingeleistigen Betrieb zwischen Treptow und Nixdorf aufrecht erhalten. Nach Aufsammlung der Unfallstelle und Wiederherstellung des Gleises konnte der zweigleisige Betrieb Sonntag vormittag gegen 11 Uhr wieder aufgenommen werden. Eine Verletzung von Personen hat nicht stattgefunden. Die Ursache des Unfalls ist bisher noch unaufgeklärt.

Ein Zusammenstoß zwischen einem nach Steglitz schreitenden Wagen der Westlichen Berliner Vorortbahn und einem Arbeitsfuhrwerk des Fuhrwerksbesizers John aus Wilmersdorf ereignete sich Montag nachmittag gegen 5 Uhr an der Kaiser-Meer. Beide Wagen wurden beschädigt; der Ruischer des Arbeitswagens wurde vom Dach geschleudert und verletzt.

Hohe Burschen. Während die Polizei noch eifrig nach den Tätern fahndet, die, wie gemeldet, in der Nacht zum Sonnabend die roten Sandsteinsäulen der Vossing-Brücke, die Szenen aus „Kathon“, „Anna von Barnhelm“ usw. zeigen, böswillig beschädigten, ist in der Sonntagsnacht an dem neuen Amtsgerichtsgebäude in der Neuen Friedrich- und Oranienstraße ein ähnlicher Hohnakt verübt worden. Rubenhande haben hier mit Hammer und Meißel zahlreiche Ecken und Kanten von hervorstechenden Sandsteinquadern abgeschlagen und zwar besonders an den Haupteingängen in beiden Straßen. Fast sämtliche Quadern, auf denen die Säulen ruhen, wurden ihrer Ecken beraubt, und die abgetrennten Stücke sind teilweise handbreit. Die Täter haben ihre Zerstörungswerk schenbar in aller Gemütsruhe ausgeführt, denn an verächtlichen Bemerkungen läßt sich deutlich wahrnehmen, wie der benutzte Meißel drei- bis viermal zur Seite gerückt und mit dem Hammer bearbeitet worden ist. Die Polizei nahm gestern mittag eine Besichtigung des Tatortes vor und stellte mehr als zwanzig gewalttätige Beschädigungen an dem Gebäude fest. Es erscheint sehr bedenklich, daß weder die Wächter im Gerichtsgebäude noch auch die diensthabenden Schupleute beim Polizeipräsidium irgend etwas Ver-

Wichtiges wahrgenommen haben, obgleich die Hammerschläge mit großer Macht ausgeführt sein müssen. Der Täter hat sein Verhörswort schließlich noch damit gekrönt, daß er auch am Polizeipräsidium, und zwar an der Einfahrt zum Gefängnis, einen Steinwerfer mit seinem Hammer beschädigte. Der inoposante Bau des Amtsgerichts ist erst kürzlich vollständig beendet und vor einigen Tagen vom Kaiser besichtigt worden.

Zur Warnung für Theaterbesucher kann ein Diebstahl dienen, der am Sonntagabend an der Garderobe des Zentral-Theaters verübt worden ist. Der Hausdiener Hermann Fickau aus der Ritterstr. 25 hatte das Theater besucht und zur besonderen Vorsicht seine Erpansnisse in Höhe von 153 M. zu sich gesteckt. In der Garderobe wurde er gewahrt, daß ein Taschendieb ihm dort das Geld gestohlen hatte, doch war es ihm nicht mehr möglich, des Diebes habhaft zu werden. Auch die Polizei hat den Dieb nicht zu entdecken vermocht.

Verloren wurde in der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag in der Kottbuserstraße eine gelbe Brieftasche, die ein Mitgliedsbuch des sozialdemokratischen Wahlvereins und 20 Billetts zum Maskenball des Gesangsvereins „Deutsche Schiffe“ enthielt. Der Finder wird gebeten, die Tasche bei Culms, Kottbuserstraße 18, abzuliefern. Etwaige Unkosten werden gern zurückerstattet.

Zeugen gesucht. Diejenigen Personen, welche gestern nachmittag um 4 Uhr den Vorgängen auf dem Bureau des Künstmänner-Vereins beigewohnt, die zur Verhaftung eines Arbeiters wegen angeblichen Hausfriedensbruchs führten, werden um Angabe ihrer Adresse gebeten bei Max Biehn, Jagustr. 21.

Verfolgungswahn? Die 38 Jahre alte Näherin Elisabeth Eberlein aus der Parochialstr. 5 wohnte am Sonntag nachmittag der Verlobung einer 22 Jahre alten Schuhmachertochter aus ihrer Nachbarschaft bei. Dieses Mädchen wurde gerade an dem Tage, an dem es Hochzeit hatte feiern wollen, zu Grabe getragen. An der Gruft bekam die Näherin einen Laichkrampf. Eine Nachbarin mußte sie mit einer Droschke nach Hause bringen. Hier schrie sie plötzlich laut auf: „Sie holt mich nach! Sie holt mich nach! Ich muß bald sterben!“ Allmählich beruhigte sie sich wieder. In der Nacht gegen 2 Uhr sprang sie aus dem Bett und trank Lysol. Ihre Stube genossen sie schlief ihr die Flasche aus der Hand, aber sie hatte doch schon so viel gehofft, daß man sie nach der Unfallstation in der Brüderstraße und von dort nach dem Krankenhaus bringen mußte.

Die Verschaffenheit und Verpackung der Druckfächer hat jetzt wieder von neuem zu einer Verfügung an die Postanstalten Anlaß gegeben. Die Verfügung enthält vielfach Neues. So wird empfohlen, die Marken nicht zu sehr anzufeuern, um ein Zusammenkleben zu vermeiden. Dunkelfarbige Umschläge sollen nicht verwendet werden, da sie das Lesen der Aufschrift erschweren. Rollen sind zu vermeiden. Die Umschläge müssen durch die Einlage vollständig ausgefüllt werden. Die Verschlussklappe darf nicht am oberen Rande, sondern soll links angebracht werden. Sie soll zungenartig in einen äußeren Schütz eingreifen. Streifenbänder müssen fest anliegen, bei großen Sendungen als Kreuzband. Die Deutlichkeit der Adresse darf nicht durch ein Uebermaß von anderen Angaben über den Inhalt, des Adressanten usw. beeinträchtigt werden. Es empfiehlt sich, Massendruckfächer in Kisten, Körben oder ausgebundnen aufzuliefern, so daß Karte und Aufschrift gleichmäßig liegen. Erwünscht ist es, der Post, wenn einheimische und Sendungen nach auswärts schon getrennt, „vorortiert“ abgeliefert werden. In Berlin soll auch der Vorortverkehr ausgeschieden werden. Bei Massendruckfächer liegt es im Interesse der Auslieferer, wenn zuvor Proben der Post vorgelegt werden. Die Marken sind oben rechts, der Bestimmungsort unten rechts unterstrichen anzubringen. Für Berlin ist das Bestellpostamt anzugeben. An Weitläufigkeit lassen diese Vorschriften nichts zu wünschen übrig.

Feuerbericht. Die letzten 48 Stunden brachten der Feuerwehrt viel Arbeit. Neben dem gefährlichen Fabrikbrande in der Ritterstraße 85 hatte sie noch über ein Duzend anderer Feuer zu beseitigen. Gegen 4 Uhr nachmittags wurde die dritte Kompanie nach der Ringendorferstr. 9 gerufen, weil hier in einer Wohnung ein gefährliches Feuer ausgebrochen war. Da niemand in derselben anwesend war, so verschaffte sich die Wehr durch die Fenster mittels Galenleitergang Eingang in den brennenden Raum. Es mußte tüchtig Wasser gegeben werden, um die Flammen, die Möbel, Kleidungsstücke, Decken etc. ergriffen hatten, zu ersticken. — Fünf weitere Wohnungsbrände mußten dann in der Frankfurter Allee 118a, Jeddendorferstraße 21, Pringensstr. 98, Buttmanstr. 13 und in der Lübeckerstr. 4 abgebläht werden. In allen diesen Fällen wurden im wesentlichen auch Möbel und Wäschebeschädigt. — Bald nach Mitternacht stand in der Alten Jakobstr. 38 in einem Keller allerlei Verpackungsmaterial in Flammen, während in der Kommandantenstr. 86 Fett brannte. — Nach der Chausseestr. 82 wurde der 13. Löscharzug gerufen, weil hier ein Wasserrohr geplatzt war. — Gegen 7 Uhr waren in der Großbeerenstr. 59 Kohlen in Brand geraten, der indes leicht unterdrückt werden konnte. — In der Frankfurterstr. 17 brannte es vorher in einer Küche. — Die übrigen Alarmierungen, die noch im Laufe des gestrigen Tages einliefen, waren auf „blinden Lärm“ zurückzuführen.

Daß man auch ohne Alkohol vergnügt sein kann, zeigte eine Festlichkeit, die der Deutsche Arbeiter-Abstinenzbund am Sonnabend abend im großen Saale des Gewerkschaftshauses abhielt. Künstlerische Leistungen, unter denen wir die Rezitationen des Fräulein Marie Holgers nennen, gaben dem Winterfest die rechte Weihe; den Mittelpunkt des Abends bildete aber die von unserem Parteigenossen Simon Kayenstein gehaltenen Festrede. In markigen Worten wies Kayenstein auf die Verwüstungen hin, die der Alkohol in sozialer und gesundheitlicher Hinsicht anrichtet, und forderte die Anwesenden auf, mutig und unbeirrt den Kampf gegen Dummheit und Vorurteil aufzunehmen. Rauschender Beifall lohnte den Redner. Im ganzen nahm das Fest einen schönen und harmonischen Verlauf und lieferte den Beweis für die Winstenwahrheit, daß die Gefeelligkeit ohne Alkohol nicht im geringsten leidet.

Elf Jugendkonzerte sollen an Kaisers Geburtstag in Berlin stattfinden; eines in der Philharmonie für Schüler höherer Schulen und zehn für Gemeindeschüler. Es sind an Gemeindeschüler über 18 000 Freikarten ausgegeben worden.

Auch im vorigen Jahre ist, wenn wir nicht irren, am 27. Januar ein Jugendkonzert, selbstverständlich mit patriotisch zugestimmtem Programm, gegeben worden. Wir bringen den erwähnten Konzerten alle Sympathie entgegen, doch halten wir die Verquickung des Unternehmens mit dem ortsbildlichen Kurpatriotismus für eine schlimme Entgleisung. Mit Hohenzollernlegenden werden die Kinder in der Schule schon so über Gebühr gefüttert, daß es, gelinde gesagt, eine Geschmacksverirrung ist, wenn man ihnen ein so neutrales Gebiet, wie die Musik, nun auch noch patriotisch verunstalten will. Der Ruf des Unternehmens gewinnt gewiß nicht, wenn zahlreiche Eltern sich erst fragen müssen, ob sie auch gut tun, ihre Kinder ins Jugendkonzert zu schicken.

Die gemeinverständlichen naturwissenschaftlichen Vorträge, welche im Hörsaal der Urania gehalten werden, beginnen in dieser Woche. Sie umfassen die nachstehenden Gebiete: „Unsichtbare und sichtbare Strahlen“, elf Experimental-Vorträge von Dr. V. Donath (Sonnabend, Beginn den 14. Januar); „Chemie der Industrien und Gewerbe“, sechs Experimental-Vorträge von Dr. v. Uruß (Freitag, Beginn den 13. Januar); „Die Grundlagen des Stoffwechsels“, sechs Vorträge mit Lichtbildern und Experimenten über die wichtigsten Lebensvorgänge von Professor Dr. E. Müller (Donnerstag, Beginn den 12. Januar). — Im großen Hörsaal der Urania-Sternwarte beginnt am Dienstag Herr Dr. Rosenpart einen aus sechs Vorträgen mit Lichtbildern bestehenden Zyklus über „Die geschichtliche Entwicklung der Astronomie“ mit dem Vortrag „Die ältesten Anfänge der Astronomie bis auf die Zeit des Ptolemäus“. Sämtliche Vorträge beginnen um 8 Uhr.

Vollständige Vorträge gegen den Alkoholisimus in der ständigen Ausstellung für Arbeiterwohlfahrt, Charlottenburg, Fraunhoferstraße 11/12. Nächster Vortrag Mittwoch, den 11. Januar 1905, abends 8 1/2 Uhr. Alkohol und Geschlechtsleben, Dr. med. Hirschfeld, Charlottenburg. Zutritt für jedermann frei.

Die Bildungsturse für weibliche Angestellte finden in diesem Vierteljahr in den Räumen des Vereins für Sozialpolitik Rollen-dorfstraße 20-30 II statt. Der Vortragsplan ist folgender: Montag 8 1/2-9 1/2 Uhr abends Literatur (Moderne Literaturgeschichte des Auslandes: Jöben, Ranssen, Tolstoj, Zola pp.) Prof. Dr. Kretschmer. Dienstag 8 1/2-9 1/2 Uhr abends Faust-Vorlesung (Faust I. Teil Vorlesung und Erläuterungen) Herr Dr. Croner. Mittwoch 8-9 Uhr abends Allgemeine Bildung (Wie liest man wissenschaftliche Werke: Freitag: Technik des Dramas, Ellen Key; Essay, Lybe: Kunstgeschichte) Frau Dr. Croner. Mittwoch 9-10 abends Haushaltungskunde (Vorträge über Haushaltungsbudget, Dienstverhältnisse, Wirtschaftsgeld und Zeiteinteilung, Markthallen etc.) Frau Dr. Croner. Donnerstag 8 1/2-9 1/2 abends Kunstgeschichte (Deutsche bildende Künstler der Gegenwart: Böcklin, Klingner, Leubach, Menzel etc.) Fräulein Dr. Kretschmer. — Beginn der Kurse am 16. Januar. — Honorar für jeden Kursus 4 M., für zwei Kurse 7 M. pro Vierteljahr. — Der Verband für weibliche Angestellte, Alte Jakobstr. 20/21, hat sich wieder bereit erklärt, Anmeldungen entgegenzunehmen, auch kann die Anmeldung am ersten Vortragsabend erfolgen.

Theater. Im Bellealliance-Theater gab es am Sonnabend ein seltsames Experiment. In Reptons „Lumpazivagabundus“ spielte eine Dame, nämlich Frau Josephine Dora, die Rolle des Schusters Amierem. Diese Künstlerin ist im Publikum eigentlich nur selten nach Gebühr gewürdigt worden; ohne Zweifel aber haben wir es in ihr mit einer der besten deutschen Soubretten zu tun. Nun aber eine Rolle, die denn doch ganz außerhalb der weiblichen Natur liegt! Alles in allem muß zugestanden werden, daß Frau Dora auch diese Schwierigkeit überwand. Der trinkfreudige Schuster wurde von ihr in der bekannten Maske so komisch gegeben, daß ihm nichts fehlte als die forliche Bajunne. Daß Frau Dora darüber nicht verärgert ist, ist ihr zu gute zu halten; ihr Amierem im ganzen war aber eine Glanzleistung. Von allen übrigen Mitwirkenden verdient sel. Bradsky als Camilla ehrend erwähnt zu werden. Daß sonst im Ensemble dies und jenes besser sein konnte, ist im Bellealliance-Theater nicht verwunderlich.

Im National-Theater gelangt heute (Dienstag) statt „Die Hugenotten“ Vorlesung „Waffenraub“ zur Aufführung. — Der Direktor des Lustspiel-Theaters bringt zum erstenmal Gustav v. Mosers Lustspiel „Das Stiefkind“ zur Aufführung. Die Hauptrollen sind mit den Damen Hüffel, Ventendorf, Schwa und den Herren Hüner, Böhm, Wald, Taube besetzt.

Aus den Nachbarorten.

Pankow.

Bei den gestern stattgefundenen Beisitzerwahlen zum Gewerbegericht in Pankow siegte sowohl die sozialdemokratische Liste der Arbeitgeber als die Gewerkschaftsliste der Arbeitnehmer-Beisitzer. Je drei Beisitzer wurden gewählt.

Treptow-Baumschulentweg.

Die erste Gemeindevorsteher-Sitzung in diesem Jahre begann ihre Tätigkeit mit der Beschlußfassung über die Gültigkeit der Wahl unseres Genossen Hofmann. Ein Protest lag nicht vor, jedoch fühlte sich der Gemeindevorsteher veranlaßt, das Verbalten des Wahlvorstandes, welcher zwölf Vollmachten zurückgewiesen hatte, zu kritisieren. Die Wahl wurde für gültig erklärt und unser Genosse, welcher jetzt als zweiter Sozialdemokrat dem Gemeindevorstande angehört, eingeführt. Bei der Ergänzungswahl zur Gesundheitskommission fand unser Verlangen, auch einen Sozialdemokraten als Vertreter der übergroßen Mehrheit der Einwohner zu berücksichtigen, keine Gegenliebe. Dem Brandenburgischen Provinzialverein zur Bekämpfung der Tuberkulose wurden 1000 M. bewilligt, welche in zwei Raten zu je 500 M. überwiesen werden. Der sich über ganz Treptow-Baumschulentweg erstreckende Waisenrats-Bezirk wurde in zwei Teile — Treptow und Baumschulentweg — zerlegt. Als Waisenrat für Treptow ist Holzhandler Stolz und für Baumschulentweg der hinausgewählte Gemeindevorsteher Schirmer gewählt worden. Bei der Bewilligung der Lehrervertragslosten brachte unser Genosse Gramenz den Schulbesuch der jüngsten Schüler an den Nachmittagen zur Sprache. Von dem Vorsteher und einigen anderen Herren wurde der Nachmittagsunterricht als durchaus zweckmäßig bezeichnet. Genosse Hofmann bemerkte, daß er von einem persönlichen Urteil absehe, die Wadaogogen aber für den Vormittagsbesuch eintreten, da der Unterricht an Nachmittagen die Kinder geistig wenig fördere, aber gesundheitlich schädige. Das brachte den Gemeindevorsteher in Erregung, und er entzog unserem Genossen das Wort. — Troßdem die Lehrer bereits die höchstzulässige Stundenzahl unterrichten, sollte ohne Neuanschaffung einer Lehrkraft eine besondere Schullasse für Schifferkinder eingerichtet werden. Die Errichtung dieser Sonderklasse unterbleibt, die Schifferkinder werden in die bestehenden Klassen eingereiht. — Zu der am 1. Dezember d. J. stattfindenden Volkszählung werden die Berliner Formulare genommen, welche auch von Berlin statistisch zu bearbeiten sind, und wofür die geforderten 189 Mark bewilligt wurden.

Der neue elektrische Omnibus, der jetzt den Verkehr zwischen Nieder-Schöneweide und Johannisthal vermittelt, erlitt vorgestern abend auf der letzten Fahrt einen Kurzschluss. Im Dunkel der Nacht schossen plötzlich lohende Flammen von seinem Unterteil empor. Die Insassen mußten das Gefährt verlassen und vom Steuerhause zu Fuß nach Johannisthal gehen. Die Flammen wurden sofort unterdrückt. Als man nun, um den bezungelnden Wagen nach Hause zu schleppen, den anderen Omnibus holen wollte, widersprach diesem dasselbe Mißgeschick. Das Gefährt mußte daher vorläufig auf freier

Strecke stehen bleiben. — Derartige Unfälle zeigen sich in einem neuen Betrieb in der Regel, sind aber im Lauf der Zeit leicht zu verhindern.

Vermischtes.

Sturm- und Schiffsunfälle.

Von Sturm und Sturmflut ist am Sonnabend abermals ein Teil der deutschen Küsten heimge sucht worden. In Hamburg wurde zwar im Hafen kein größerer Schaden angerichtet, doch wurden die niedriger gelegenen Straßen an der Wasserfronte wieder überflutet. Ungleich gefährlicher war die Lage der Unter-Elbe. Der Elbdeich bei Twidenfleth, der schon in der vorigen Woche durch die Sturmflut arg beschädigt worden war, drohte bei dem Nordweststurm und dem gewaltigen Hochwasser zu brechen. Im Augenblick der höchsten Not trafen aus Stade 400 Mann des hantatrischen Infanterie-Regiments Nr. 75 ein und dichteten provisorisch den Deich, so daß die drohende Gefahr des völligen Unterganges des Ortes Twidenfleth abgemindert wurde. In Kiel, Cuxhaven, Helgoland und an anderen Orten richtete das Unwetter gleichfalls mancherlei Verheerungen an. Wie schon aus Emden berichtet wurde, ist in der Sonnabendnacht das Feuerschiff Vorum-Riff mit 14 Mann Besatzung in die See getrieben worden. Nach einem heutigen Telegramm aus Emden ist über den Verbleib des Schiffes an amtlicher Stelle noch nichts bekannt geworden. Der Regierungsdampfer „Friesland“ ist gestern vormittag auf die Suche nach demselben in See gegangen. — Ein Telegramm aus London, 9. Januar, meldet: Bei einem Zusammenstoß zweier englischer Dampfer am Sonnabend sank der Dampfer „Wilmington“; 10 Personen ertranken. — Ein Glasgower Dampfer stieß bei Holyhead mit einem spanischen Dampfer zusammen; beide sanken, die Besatzungen wurden gerettet. — Nach einer Drahtmeldung aus Baltimore landete der Dampfer „Köln“ vom Norddeutschen Lloyd im dortigen Hafen den Kapitän Bettmanns und vier Matrosen vom englischen Dampfer „Harold“, der in eine Wasserlöse geraten und schwer beschädigt worden war. Die Rettungsarbeit war sehr schwierig und gefährlich, da die See hoch ging. Die Geretteten waren, als sie aufgefunden wurden, erstarrt und völlig hilflos. Sie hatten sich, um nicht von den Bogen in die See hinabgerissen zu werden, an die Maststümpfe festgebunden. — Nach einem Kabeltelegramm aus New York, 8. Januar, wurde der Dampfer „Zambesi“, der am 1. Januar mit einer Ladung Baumwollseide und Phosphat von Sabannah nach Bremen abging, durch eine Reihe furchtbarer Heimjuchungen, die nacheinander über ihn hereinbrachen, genötigt, nach New York zurückzukehren. Am 5. Januar stieß das Schiff auf einen unterseeischen Felsen, wobei ein Teil des Hecks brach und die Bugplatten und die Vorderpiele eingedrückt wurden. Da das Schiff led war, beschloß der Kapitän, nach New York zurückzukehren. Unmittelbar darauf wurde das Schiff von einem furchtbaren Sturm erfaßt, gegen den es nicht vorwärts kommen konnte. Schwere Sturzseen überschwennten das Deck und führten alles, was nicht Niet- und nagelfest war, über Bord. Am nächsten Tage geriet die Baumwollladung in Brand. Dichte Rauchwolken hüllten das Schiff ein. Den fast übermenschlichen Anstrengungen der Besatzung gelang es, das schlimmste abzuwenden. Während die Mannschaft schlief, griff das Feuer, das weiter geschwelt hatte, auf die Phosphat-Ladung über, deren Dämpfe die schlafenden Mannschaften bewußtlos machten, so daß die Offiziere gezwungen waren, ohne Hilfe ihrer Leute zu arbeiten. Nach einiger Zeit gelangten die Matrosen endlich zum Bewußtsein zurück und konnten bei der Rettung des Schiffes mitarbeiten. Nach weiteren Verheerungen unglücklicher Art kam der „Zambesi“ endlich mit zu Tode erschöpfter Besatzung in New York an. — Ein Sturm von seltener Heftigkeit hat, wie aus Toulon gemeldet wird, vorgestern dort mehrere Gebäude zerstört und beträchtlichen Schaden angerichtet. Zahlreiche Familien sind ohne Obdach. Mehrere Handelsschiffe befanden sich in gefährlicher Lage. Einige Menschen sind verletzt.

Hamburg, 9. Januar. Den „Hamburger Nachrichten“ zufolge ist der Hamburger Fischdampfer „Ahtler“, der im Skagerak fischte, und außer der Besatzung auch Passagiere an Bord haben soll, als verloren zu betrachten. Auch der Fischdampfer „H. F. 111“ aus Rinkenwärd, der zum Fischen in die Nordsee hinausgefahren war, ist bisher noch nicht zurückgekehrt.

Achtung, Vereine! Mitte Januar soll der revidierte Vereinskalender veröffentlicht werden. Aufnahme finden nur die Vereine, die bis zum 15. d. M. unter Angabe von Sitzungstag und Lokal darum nachsuchen.

Landmannschaft der Schleswig-Holsteiner zu Berlin. Dienstag, abends 8 1/2 Uhr, in Feuerstins Jeshälen, Alte Jakobstr. 75: Generalversammlung. Aufnahme neuer Mitglieder. Geschäfts- und Kassensbericht. Abrechnung. Anträge.

Marktpreise von Berlin am 7. Januar. Nach Ermittlungen des hgl. Vollaer-Präsidiums. Für 1 Doppel-Zentner: Weizen**, gute Sorte 17,65-17,64 M., mittel 17,63-17,62 M., geringe 17,61-17,60 M. Roggen**, gute Sorte 13,90-00,00 M., mittel 00,00-00,00 M., geringe 00,00-00,00 M. Buttergerste**, gute Sorte 15,90-14,80 M., mittel 14,70 bis 13,60 M., geringe 13,50-12,40 M. Hafer**, gute Sorte 16,50-15,60 M., mittel 15,50-14,60 M., geringe 14,50-13,70 M. Erbsen, gelbe, zum Kochen 40,00-30,00 M. Spriebohnen, weiße 30,00-30,00 M. Hülsen 60,00-30,00 M. Kartoffeln 10,00-7,00 M. Weizenstroh 5,00-4,50 M. Den 9,40-7,40 M. für ein Kilogramm Butter 2,50-2,20 M. Eier per Schod 4,80-3,20 M. *) Drei Bogen und ab Bahn. **) Ab Bahn.

Wasserstand am 7. Januar. Elbe bei Klitzsch — 0,21 Meter, bei Dresden — 1,70 Meter, bei Magdeburg + 0,57 Meter. — U n t e r r u f bei Straußfurt + 1,45 Meter. — O b e r bei Ratibor + 2,12 Meter, bei Bredlau Ober + Regel + 4,90 Meter, bei Bredlau Unter + Regel — 1,16 Meter, bei Frankfurt + 0,90 Meter. — W e i ß e l bei Brachmünde + 2,75 Meter. — S a r t h e bei Posen — Meter. — R e g e bei Ulf — Meter.

Witterungsüberblick vom 9. Januar 1905, morgens 8 Uhr.

| Stationen | Barometer, hundert mm | Windrichtung | Windstärke | Wetter | Temp. in C. d. d. M. | Stationen | Barometer, hundert mm | Windrichtung | Windstärke | Wetter | Temp. in C. d. d. M. |
|---------------|-----------------------|--------------|------------|--------|----------------------|------------|-----------------------|--------------|------------|----------|----------------------|
| Swinemünde | 760 | SB | 7 | bedekt | 4 | Daparanda | 725 | NE | — | bedekt | —1 |
| Hamburg | 760 | SB | 6 | bedekt | 4 | Petersburg | 747 | ED | — | bedekt | -10 |
| Berlin | 761 | SB | 4 | bedekt | 2 | Scilly | 763 | SB | — | Regen | 10 |
| Frankf. a. M. | 770 | SB | 2 | wolkig | 2 | Abereen | 748 | SB | — | 4 heiter | 2 |
| München | 774 | SE | 1 | heiter | —4 | Paris | 769 | SE | — | bedekt | 2 |
| Wien | 773 | NE | — | heiter | -3 | | | | | | |

Wetter-Prognose für Dienstag, den 10. Januar 1905. Zunächst etwas wärmer, vorwiegend trübe mit Niederlagen und ziemlich starken westlichen Winden; später aufklarend und etwas kälter. Berliner Wetterbureau.

Achtung! VI. Wahlkreis. Achtung!
Schönhäuser Vorstadt.
Dienstag, den 10. Januar 1905, abends 8 1/2 Uhr, im Berliner Prater, Kasanien-Allee 7-9:
Volks-Versammlung. Versammlung
Zags-Ordnung:
1. Vortrag des Genossen Paul John über: „Erklärung der Religion zur Privatsache.“ 2. Diskussion.
Zahlreicher Besuch der Versammlung ist notwendig. 219/1
Der Vertrauensmann.
Sozialdemokratischer Wahlverein für den 6. Berliner Reichstags-Wahlkreis.
Dienstag, den 10. Januar, abends 8 1/2 Uhr, im „Köllner Hof“, Köllnerstr. 8.
Zags-Ordnung: 1. Vortrag des Genossen Max Grünwald über „50 Jahre preussisches Herrenhaus.“ 2. Diskussion. 3. Beschließenes. — Gäste (Damen und Herren) willkommen. 246/1*
Zahlreicher Besuch erwünscht. Der Vorstand.

Das Arbeiterrecht

von **Arthur Stadthagen**,
Mitglied des Reichstags.

**** 4. Auflage. ****

Die Rechtsverhältnisse zwischen Arbeitgeber und Arbeiter haben durch die Beschleunigung einer erheblichen Umgestaltung erfahren. Eine systematische Darstellung der gültigen Rechtsregeln ist daher dringend erforderlich, da selbst der Jurist bei der Fülle des neuen Rechtsstoffes kaum weiß, was rechtens ist. Das

Arbeiterrecht
von Arthur Stadthagen

bietet eine solche, von allen Fachleuten anerkannte, übersichtliche, für jedermann verständliche Darstellung und bildet somit einen unentbehrlichen Führer durch alle Gebiete des Arbeiterrechts.

Drei vollständig vergriffene Auflagen zeugen von der wachsenden Nachfrage nach diesem Buche durch die wertvolle Bevölkerung. Die jetzige 4. Auflage ist gründlich revidiert und vermehrt worden, wodurch die Brauchbarkeit sich ganz wesentlich erhöht hat.

Stadthagens Arbeiterrecht ist ein billiger und zuverlässiger Ratgeber im Hause.

Preis geb. 7 Mark.
Nach in 23 Lieferungen à 20 Pf.
In beziehen durch 133/1

Buchhandlung Vorwärts
Berlin SW., Lindenstraße 69, Laden.

Ziehung 15., 16., 17., 18. Februar in Berlin.

Wohlfahrts-Lose à 3.30
(Porto u. Liste 30 Pf.) zu Zwecken d. deutschen Schutzgebiete.
12977 Belgew. ohne Abzug Mk.

490000
Hauptgewinne: Mark

75,000
50,000
25,000
15,000

3 • 5000 - 15 000
10 • 2000 - 20 000
20 • 1000 - 20 000
40 • 500 - 20 000
100 • 200 - 20 000
200 • 100 - 20 000
600 • 50 - 30 000
3000 • 30 - 90 000
9000 • 10 - 90 000

Loose empfiehlt der General-Debit
Lud. Müller & Co.
Berlin, Breitestr. 5. Telegr.-Adr.: Guckemüller

5 3/4 Pfund Brot 50 Pf.
(Brotware 6 Stk. 10 Pf.)

Albrechts Bäckereien:
Wrangelstr. 135, Straußstraße 19,
Falkensteinstr. 28, Lanfenerstr. 2,
Markthalle Bäcklerstr., Stand 222/23,
Markthalle Andreasstr., Stand 16/18,
Centrale: Vogthagenstr. 13. *

Rudolf Kratina
aus Budapest,

Nachrichtensblätter, welche im Anfange vorigen Jahres in einer elektrischen Fabrik in St. Johann-Saarbrücken beschäftigt war, wird ersucht, von sich Lebenszeichen zu geben, da man ihm eine dringende Familienangelegenheit mitteilen will. 11626*

Josef Helsenner,
Budapest II. Batyanyi u. 12.

Kleiner Saal
zu 150 Personen
mit anschließendem
Vereinszimmer
Sonnabends u. Sonntags
noch zu vergeben.

Ergebenst **Anton Boeker,**
Weberstr. 17.
1769L*

Lackierer

ein solcher, welcher mit Spachteln, Schleifen sowie Streichen von Elektro- motoren etc. bewandert ist, wird für dauernde Beschäftigung gesucht.
Offerten sind schriftlich zu richten an die Trebbiner Maschinenfabrik, Trebbin, Anhalter Bahn.

Für die Postabonnenten unserer Zeitung liegt ein Prospekt der Zeitschrift "Von Land zu Land", zu beziehen durch die Verlags- Buchhandlung W. Vobach & Co., Berlin-Weißensee, bei.



Ungeahnte Vorteile

Warenzeichen Nr. 72164

Hausfrauen,

die mit Ihrem bisherigen Kaffeelieferanten nicht mehr zufrieden sind, werden gebeten, einen Probeeinkauf zu machen in Kaiser's Kaffee- Geschäft und sie werden finden, dass sie nirgends besseren und billigeren Kaffee kaufen können.

Warum?

Weil Kaiser's Kaffee-Geschäft zur rechten Zeit günstig eingekauft hat und infolgedessen in der Lage ist, bis auf weiteres seine so sehr beliebten Mischungen zu Mk. 0.80, 0.90, 1.00, 1.10, 1.20, 1.40, 1.60 und 1.80, trotzdem Kaffee durch die Steigerung am Kaffeeweltmarkt erheblich teurer geworden ist, noch zu alten Preisen an seine verehrliche Kundschaft abzugeben.

Kaiser's Kaffee-Geschäft

Europas grösster Kaffee-Rösterei-Betrieb.
1000 Filialen.

Filialen in Berlin und Vororten:

- N.**
- Berlin, Ackerstr. 28-26
 - Ackerstr. 111
 - Brunnenstr. 81
 - Brunnenstr. 151
 - Brunnenstr. 185
 - Badstr. 18
 - Chausseestr. 28
 - Chorinerstr. 20a
 - Danzigerstr. 90
 - Dalldorferstr. 23
 - Fennstr. 52
 - Franseckstr. 50
 - Invalidenstr. 144
 - Müllerstr. 1
 - Müllerstr. 166
 - Putbusenstr. 41
 - Reinickendorferstr. 10
 - Swinemünderstr. 87
 - Schwedterstr. 245a
 - Tresckowstr. 18
 - Uesedomstr. 17
 - Prinzen-Allee 31
 - Weinbergsweg 5
 - Wollinerstr. 43

- SW.**
- Berlin, Bergmannstr. 93
 - Zossenerstr. 22
- S.**
- Berlin, Graefestr. 25
 - Sebastianstr. 83
- S.O.**
- Berlin, Admiralstr. 81/83
 - Köpenickerstr. 144
 - Muskauerstr. 21
 - Neanderstr. 37
 - Oranienstr. 1
 - Reichenbergerstr. 128
 - Wrangelstr. 23
 - Wrangelstr. 54

- C.**
- Berlin, Kaiser Wilhelmstr. 20
 - Alte Schönhauserstr. 80
- Charlottenburg, Angsbu- gerstr. 50-60**
- Berlinerstr. 98
 - Berlinerstr. 125
 - Dankelmannstr. 60
 - Holtzendorferstr. 4
 - Kleiststr. 19
 - Kaiser Friedrichstr. 57
 - Pestalozziestr. 9a
 - Pestalozziestr. 23
 - Spandauerstr. 25
 - Taunizenstr. 19
 - Uhländerstr. 33
 - Wilmerdorferstr. 126
 - Wilmerdorferstr. 145
- Dt. Wilmerstr., Berlinerstr. 121**
- Friedenau, Rheinstr. 10
 - Friedrichsb., Frankl Ch 121
 - Lichtenberg, Frankl Allee 171
 - Neu-Weissensee, Königs- Chaussee 32
- Pankow, Breitestr. 24a**
- Rixdorf, Hermannstr. 40
 - Rixdorf, Steinmetzstr. 116
 - Rixdorf, Kaiser Friedrich- Strasse 242
- Rummelsburg, Schillerstr. 12**
- Schöneberg, Kolonnenstr. 65
 - Goltstr. 36
 - Hauptstr. 139
 - Nene Winterfeldt- Strasse 9
 - Tempelhoferstr. 31
- Steglitz, Schlossstr. 85**
- Schmargendorf, Hertenstr. 22a
 - Reinickendorf, Scharnweber- Strasse 16
 - Friedrichsfelde, Berliner- Strasse 45
 - Boxhagen, Alt Boxhagen 4/5
 - Tempelhof, Berlinerstr. 15.

- N.W.**
- Berlin, Turmstr. 60
 - Turmstr. 47a
 - Bredowstr. 43
 - Beusselstr. 29
 - Haidestr. 15/16
 - Huttenstr. 4
 - Lübeckstr. 20
 - Luisenstr. 43/44
 - Melanobthomstr. 1
 - Wilsnackerstr. 30
 - Stephanstr. 42
- W.**
- Berlin, Culmstr. 1
 - Gleditschstr. 48
 - Genthinerstr. 23
 - Lützowstr. 83
 - Potsdamerstr. 59
 - Steinmetzstr. 41

- O.**
- Berlin, Andreasstr. 55
 - Andreasstr. 57
 - Frankfurter Allee 51
 - Frankfurter Allee 71
 - Grüner Weg 41
 - Ebertstr. 50
 - Krantstr. 48 b
 - Königsbergerstr. 31
 - Petersburgerstr. 81
 - Richtofenstr. 23
 - Straauer Allee 35
 - Zorndorferstr. 43
- N.O.**
- Berlin, Gollnowstr. 11
 - Greifswalderstr. 4
 - Landsberger Allee 29

Arbeiter - Bildungs - Schule.

Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, Hof links II.
Sehrplan für das I. Quartal 1905.

| Unter- richts- fach | Behandelter Lehrstoff | Lehrer | Unter- richts- tag |
|--|---|--------------------------------------|--------------------|
| National- ökonomie | Theoretische Nationalökonomie, II. Teil. (Wiederholung d. Grundbegriffe — Kapital, Mehrwert, Arbeitslohn — die Tendenz der kapitalistischen Entwicklung.) | Schriftst. Max Grunwald | Montag |
| Ge- schichte | Die Geschichte der Neuzeit bis zur französischen Revolution. (Der Umschwung im Völkerleben durch die großen Entdeckungen und Erfindungen: Buchdrucker- kunst, Entdeckung Amerikas und des ostindischen Seeweges; die neue Naturwissenschaft — Die Folgen der Kirchenspaltung und Reformation. — Die europäischen Wirren während des 30jährigen Krieges. — Die Zeit der Aufklärung und die Vorbereitung der fran- zösischen Revolution.) | Schrift- steller Dr. Rudolf Steiner | Dienstag |
| Natur- Er- kenntnis | Entwicklungsgeschichte der Lebewesen. (Das organische Leben. — Der Ursprung des Lebens auf der Erde. — Die Grundtatsachen der Entwicklung der organischen Welt. — Die ältesten Spuren organischen Lebens auf der Erde. — Das erste Auftreten der Wirbel- tiere auf der Erde. — Im Farnwald der Steinkohlenzeit. — Das erste Auftreten der Säugetiere auf der Erde. — Das Zeitalter der Fische- eidechsen. — Die Kreidezeit. — Die Tertiärzeit. — Die Eiszeit. — Die ersten Menschen.) | Schriftst. M. H. Beage | Mittwoch |
| Gesetzes- kunde | Die Verfassung des Deutschen Reiches. (Wesen und Entwicklung des Staates. Die Staatsformen, Staat und Recht, das Staatsrecht. — Die Entwicklung von Recht und Staat in Deutschland. Das alte Reich und seine Auf- lösung. Einheits- und Verfassungs- kämpfe. Die Reichsverfassung von 1849. Die Entstehung des Deut- schen Reiches. — Grundlagen der Reichsverfassung. Das Wesen des Bundesstaates. Der Souverän des Reichs. Bundesrat und Kaiser. Die Staatsbürgerrechte. Staats- Angehörigkeit, Freizügigkeit, Wahl- recht. — Der Reichstag. Die Reichs- gesetzesgebung. — Die innere Ver- waltung des Reichs. Reichskanzler und Reichsämtler. — Heer und Flotte. Die Militärgesetzgebung. — Die Reichsfinanzen. Steuer- und Zoll- gesetzte. — Die Reichsbetriebe (Reichspost usw.). — Das Reichsland Elsaß-Lothringen. — Die völker- rechtliche Stellung des Reichs, die Schutzgebiete. — Die Entwicklung der Reichsgesetzgebung. — Das Reich und die nationalen Ideen. — Das Reich und die Sozialpolitik. — Die Sozialdemokratie und das Reich.) | Schrift- steller Simon Katzen- stein | Donner- tag |
| Rede- Uebung | Uebungen in mündlicher Rede und im schriftlichen Aufsatz. | Schriftst. Dr. Rudolf Steiner | Freitag |
| Fortachr- Kursus in National- ökonomie | Staatswissenschaftliche praktische Uebungen. (Die neuen Handelsverträge.) | Schriftst. Max Grunwald | Sonntag |

Der Unterricht beginnt in **Nationalökonomie** Montag, den 16. Januar; **Geschichte** Dienstag, den 24. Januar; **Natur- Erkenntnis** Mittwoch, den 18. Januar; **Gesetzeskunde** Donnerstag, den 19. Januar; **Rede-Uebung** Freitag, den 27. Januar; **Fortschrittskursus** Sonntag, den 22. Januar.

Jeder Kursus erstreckt sich auf zehn Abende und beginnt pünktlich um **9 Uhr** und endet pünktlich um **11 Uhr**.
Die reichhaltige **Bibliothek** ist an diesen Abenden von **8 bis 9 Uhr** geöffnet.

Die Sonntagskurse beginnen pünktlich vormittags um **10 Uhr**.
Der Mitgliedsbeitrag beträgt pro Monat 25 Pf.; das Unterrichts- geld für jedes Fach beträgt pro Kursus 1 Mark und ist spätestens am zweiten Abend zu zahlen.

Der erste Abend jedes Kursus steht jedermann zum unent- geltlichen Besuche frei.
Die Aufnahme neuer Mitglieder und Schüler erfolgt am besten bei Beginn jedes Kursus im Schullokal **Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, Hof links 2 Tr.**, und in nachstehenden Zahlstellen: **Gottfr. Schulz**, Admiralstraße 40a; **Reul**, Barnim- straße 42; **Vogel**, Demminerstraße 32; **Krause**, Müllerstraße 7a; **Horsch**, Engel-Ufer 15.

Alle Zuschriften sind an den Vorsitzenden **Hermann Lammé**, Berlin SW. 47, Hornstr. 20, Querg. II, Geldsendungen an den Kassierer **H. Königs**, Berlin S. 59, Hasenheide 56, zu senden.
4/2 **Der Vorstand.**

Rudolf Fink
Beusselstr. 36, nahe Wicel- strasse.

Beste Bezugsquelle:
Kaffee, Zucker, Tee, Kakao, Mehl, Mülsenfrüchte, Konserven, Sackobst, Braunschweiger Fleischwaren.
Butter-Handlung.
Hauptgeschäft: Turmstr. 10.

H. & P. Uder Berlin SO. 16, Engel-Ufer 5.
Rauch-, Kau-, Schnupftabake, Zigarren, Zigaretten.
Vorteilhafteste Bezugsquelle für Wiederverkäufer.
Größte Auswahl gelagerter **Zigarren** in allen Preislagen.
Sämtliche bekannten **Zigaretten-Marken** zu Originalpreisen.
Amt 4, 3014.

H. Esders & Dyckhoff

Leipziger Strasse 50a am Dönhoffplatz. Oranien-Strasse 48 Ecke Luckauer-Strasse.

Herren- und Knaben-Bekleidung fertig und nach Maß.

Besichtigung erbeten.

Kein Kaufzwang.

25%

Inventur-Ausverkauf.

Ermässigung auf Restbestände sämtlicher Abteilungen bis 15. Januar.

Fertige Herren- u. Knaben-Garderobe.

DAMEN-KONFEKTION

Unterzeuge, Handschuhe, Strickwesten, Socken etc., Schuhe, Hüte, Pelzsachen für Herren u. Damen usw.

Alles von neuem Fange! Alles in frische Ware.
 gegen Nachnahme. **50 000 Fischkollis** Ver-
 packt frei.
 Als Prod. 1. Empfel. mein. Firma für d. **Spottpreis** a Kollis
 3^{1/2} Mark mit sämtl. angeführ. Delikatessen:
 100 echte Sperronen, über 125 Delikat.-Ansch. Rische u. ff.
 100 Stk. ab 2 Pf. ca. 130 best. Sardellen u. ff. Bücklinge,
 1 Stk. ff. Rauschsch. 1 Pf. Fischsch. 1 Dof. Delfardin, od.
 Angolis O. u. 1 fett. Rieker Rausch. Dies Kollis kostet
 mit noch 2 Dof. (mit 25-30) Bism. u. marin. F. Her. nur 4^{1/2} M.
 E. Degener, Nord-u. Ostsee-Fisch-Exp. **Swinemünde I.**
 Fern. jede auf Wunsch bei: 1 Dose Hummer zu 90 Pf. oder
 1 Dof. best. N. Staviar zu 75 Pf. od. ca. 25 Ia. Rolimp. 3. 75 Pf.

Gänsefedern 60 Pf.
 ge. Pfund (größer zum Neigen).
 Schlachtfedern, wie für v. d. Gans
 fallen, mit allen Daunen M. 1,50,
 höherer Federkopf M. 2,00,
 höherer Schwanzdaunen M. 2,50,
 3,00, sehr schöner M. 3,50,
 russische Daunen M. 3,50, weisse
 höherer Feder M. 3,00, ge-
 raffene Feder M. 2,00, 2,50,
 3,50, Prima gefüllte M. 2,00,
 3,50, Versand gegen Nachnahme.
Gustav Lustig, Berlin N.
 Ecke Bettfedernfabrik m. elektr.
 Betrieb. Viele Anerkennungsbriefe.

Bruch-Pollmann
 empfiehlt sein Lager in Bruchbandagen,
 Leibbinden, Geradenhaltern, Spritzen,
 Suspensoren, sowie sämtliche Artikel
 zur Krankenpflege.
Eigene Werkstatt.
 Liefer. f. Ortho- u. Hüft-Krankentafeln
Berlin O.,
30. Finien-Strasse 30.
 NB. Alle Bruchbänder mit elastischen
 Gelotten, angenehm und weich
 am Körper. 10382*

Armin-Hallen, Kommandantenstr. 20.
 Große und kleine Festäle auch an Sonnabenden und Sonntagen
 im Januar, Februar und März noch frei. 11515

Möbel-Fabrik u. Lager kompletter
Wohnungs-Einrichtungen
 zu Fabrikpreisen - Eigene Werkstätten - empfiehlt
Julius Apelt, Skalitzerstr. 6, am Kottbuser
 Tor. *

Jedes **5 Pfennig.**
 Wort: **5** Das erste
 fettgedruckte
 Wort 10 Pf. Worte mit mehr
 als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Kleine Anzeigen.

Anzeigen für die nächste
 Nummer werden
 in den Annahmestellen für Berlin
 bis 1 Uhr, für die Vororte bis 12 Uhr,
 in der Hauptexpedition Linden-
 strasse 69 bis 3 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Räumungsverkauf verfallener
 Gläser, Kronmetage. Glanzleis-
 haus Weidenweg 19. 138*

Bekanntmachung. Heute und
 folgende Annahmetage werden im
 Glanzleishaus Weidenweg 19 Betten,
 Winterpaletts, Gardinen, Küstener-
 wäsche, Möbelsätze, Tischdecken,
 Regulatoren, Freischwinger, Stepp-
 decken u. Spottpressen verkauft.
 Brautleuten wird hiermit günstige
 Gelegenheit gegeben. 138*

Betten, Teppiche, Winterpaletts,
 Gardinen, Steppdecken, Portieren,
 Tischdecken, Remontoirdecken, Uhr-
 feilen, Regulatoren, Öperngläser,
 Spiegel, Bilder, Möbel (spottbillig)
 im Glanzleishaus Weidenweg 19 und Reander-
 strasse 6. Teilzahlungen gestattet. 62/7*

Winterpaletts, Anzüge, Hosen,
 Betten, Bettwäsche, Teppiche u. spott-
 billig Glanzleishaus Weidenweg 19.

Gardinenhaus Große Frankfurter-
 strasse 9, parterre. 137*

Herren-Garderobe nach Maß,
 saubere Arbeit, großes Stofflager
 Paletts, Anzug 36 Mark an. Kauf
 beim Handwerker, liefert den Hand-
 werker verdienen. Teilzahlung ge-
 stattet. F. Dörge, Dresdenstrasse 109.

Teppiche! (selbstge) in allen
 Größen für die Hälfte des Wertes
 im Teppichlager Brunn, Dadescher
 Markt 4, Bahnhofs Dorf. 142/12*

Steyppdecken billigst febril Große
 Frankfurterstrasse 9, parterre. 137*

Gute Judenschuhe!! Echarfe
 Lederschuhe 11 Kornholz, Schanzhorst-
 strasse 34. 236/1*

Besseres Restaurant zu verkaufen
 Leibnizstrasse 1a, Charlottenburg. 63/7*

Erstklassiges Grüntragegeschäft
 krankheitshalber sofort preiswert ver-
 käuflich Ruppinerstrasse 27. 1133*

Reichenbergerstrasse 183 große
 Auswahl Nähmaschinen sämtlicher
 Systeme ohne Anzahlung. Gebrauchte
 preiswert. 1237b*

Verkaufe billig gutes Bett, Wäsch-
 portieren, Gardinen, Stores, Bänke,
 Gasöfen, auch elegante Steppdecken,
 Hofmann, Raunauerstrasse 52. 12406

Möbelsammler, drei Zimmer,
 belegene, neu, auch einzeln. Tisch-
 sofa 45,00 und Stühlenmöbel staunend
 billig. Besichtigung empfohlen, auch
 Sonntags. Verlegerstrasse 14, Ball-
 ishof. 1237b

Kontormöbel, Schreibtische, Dipo-
 maten, Rollstühle, Schränke, Tische,
 Kopierpressen, Gasöfen sowie alles
 Zubehör. Steinische, Dramenburgen-
 strasse 2 (Hädelcher Markt). 81/1*

Bett, umständlicher, 17,00. Dres-
 denerstrasse 88, Michel. 1239b

Teppiche, Gardinen, Steppdecken,
 Portieren, Tischdecken, Schlafdecken,
 Dinnabeden, Wäuschstoffe (spottbillig)
 Gelegenheitskäufe. Conrad Fischer,
 Potsdamerstrasse 100. 239/1*

Verzugsstühle Kleiderstuhl
 20,00, gutes Paneelesofa, Tischsofa
 45,00, Bertha 20,00, Tische, Stühle,
 Bilder, Stühlenmöbel. Brautleuten
 Gelegenheit. Köpenickerstrasse 128a, I.

Gangbares Gemüsegeschäft, Ren-
 nung, Halle verläßlich Lichtberg,
 Blumenhofstrasse 30. 1234b

Stromzange, Bruchlegemappe,
 neu, spottbillig Schönhäuser Allee 72b,
 born III links. 81/2*

Ladentisch, Petroleum-Öl-Lampe,
 Regulator, Schrankaufsatz,
 Schaufensterpiegel verläßlich Käthe-
 nowerstrasse 45, I rechts. 1233b

Gelegenheitskäufe: Paletts, An-
 züge, Hosen, Koffer, Reserver,
 Tischdecken, Uhren, Goldschmuck,
 spottbillig Lude, Dramenstrasse 131.

**Reifenläufer, Öperngläser, Reif-
 zeuge, Regulatoren, Freischwinger,
 Harmonikas, Gasöfen, Röhren, Betten,
 Teppiche, spottbillig, Lude, Dramen-
 strasse 131. 1217b**

Nähmaschinen ohne Anzahlung,
 Woche 1,00. Jede bis 10,00 bei Kauf
 oder Kaufweil. Transla, Waldmor-
 strasse 70. 1241b

Nähmaschinen ohne Anzahlung,
 vergibt noch bis 10,00, wer Teil-
 zahlung Nähmaschine kauft oder nach-
 weilt Woche 1,00. Alle Systeme. Bitte
 Postkarte. Borsdorf, Borsdorferstr. 50.

Nähmaschinen, ohne Anzahlung,
 Woche 1,00. Postkarte. Paul, Dramen-
 strasse 204. 1241b

**Restaurant im Osten, Vereins-
 stamm mit Piano, mehrere zahl-
 reiche, krankheitshalber zu verkaufen.**
 Näheres H. Wajewitz, Friedrichsberger-
 strasse 19. 138*

Schankwirtschaft, von zwei eine
 Billig veräußert, eine Vorort. Erfahren
 Köche, krankheitshalber zu verkaufen.
 Näheres H. Wajewitz, Friedrichsberger-
 strasse 19. 138*

Gute Räumungsverkauf billig.
 Weagenstrasse 27, born parterre rechts.

Portieren, Handelsneueiten,
 Kalender, Papier, 100 Rappen 8,00.
 Grenadierstrasse 22. 1241b

Handleibe, Pringstrasse 63,
 täglich 8-8, Sonntags bis 2. 1998*

Rechtsbureau (Alexander-Platz),
 Kurzstrasse achtzehn! Gerichtsbe-
 stand, Schellengeschehen, Interventionen,
 Strafsachen! Eingabengesuche! Rat-
 erteilung. 129/16*

Rechtsbureau! Bultow, Stallger-
 strasse 141 (Kottbusertor). Ehelebe-
 ren, Interventionen, Beleidigungs-
 klagen, Alimentenklagen, Schankerklagen,
 Eingabengesuche, Zahlungsbefehle,
 Raterteilungen. 1236/5*

Rechtsbureau! Brunnenstrasse
 vierzig. Langjähriger Geschäftsstand,
 Eingabengesuche, Raterteilung. (Voll-
 billigt.) 1232/5*

Matinabfall laut Zusteller, Linden-
 strasse 103. 1229/5*

Vorträge werden stenographisch
 aufgenommen, bearbeitet und ver-
 vielfältigt. Offerten unter O. 6. an
 die Expedition des "Vorwärts". 1233b

Presser verlangt Goldblechfabrik
 Kottbusertor 22. 1216/5

Berlinerer, Barockgoldener,
 Grundriber, der auch Kasten grün-
 dieren und Eisen machen kann, selb-
 stständig und gut arbeitend, gesucht.
 Schriftliche Offerten mit Wohn-
 anschriften an die Goldblechfabrik
 Barhim I. 22. 1213b

Gändler können mit 3,00 viel ver-
 dienen. "Vollfreund", Postamt 112.

Zimmerpöller, zuverlässig und
 selbständig, verlangt E. Kottbusch,
 Badstrasse 17. 1226/5

Sanitätsschüler verlangt Heinrichs,
 Hauptstrasse 149. 1213/5

Frauen finden durch Teilungs-
 anfragen dauernde und lohnende
 Beschäftigung. Meldungen vormittags
 9-12 Uhr Schützenstrasse 24/25, par-
 terre rechts. 64/16

Frauen finden durch Teilungs-
 anfragen dauernde und lohnende
 Beschäftigung. Meldungen vormittags
 9-12 Uhr Mittenwalderstrasse 6 im
 Laden. 64/14

Frauen finden durch Teilungs-
 anfragen dauernde und lohnende
 Beschäftigung. Meldungen vormittags
 9-12 Uhr Potsdamerstrasse 33 Ein-
 gang Südoststrasse im Laden. 64/15

Goldblechen - Fabrikanten
 werden eingestellt Köpenicker-
 strasse 109a. 1214/5

Damen können sich mit 125 Mark
 leichtes Erwerb (Woche bis 30 Mark)
 schaffen, anzusehen bei Gg. Blumen-
 strasse 78 und Wülke, Dresden-
 strasse 124. 1215/5

Arbeiterinnen auf gute Kinder-
 fleischen verlangt Goldbach, Etal-
 understrasse 7, II. 1171/5

Arbeiterin, Kinderfleischen, im
 Hause, auch Lehrlings, verlangt
 Weimann, Samariterstrasse 8. 1140

Morgensarbeiterinnen ver-
 langt Schäfers, Frankfurter Allee 180.

Industriepark (Aufsichtsrat), Ver-
 linerstr. 19, Charlottenburg, Statisti-
 sches Amt, Rahow-Weg.
Bauhilferei Kachalk: Kasanien-
 Allee 10 u. Bau Schöndorf 10/11; die
 Kirche, Schöndorfstr. 18; Gabelstr. 18;
 Süd-Weg, Ede Torstrasse. Gabelstr.
 in Tege.
Bauhilferei Emmelath, Rixdorf,
 Kaiser Friedrichstr. 180; Bau Buch-
 holzerstrasse und Pappel-Allee Ede.
 Kerner Schmiedelstr. in Dahlem;
 Valentin Althausstrasse; Wächter-
 str. 12, Bismarckstr. 9.
 Die Bauarbeit im Schloß von den
 Himmeln Prachtel, Lippert, Haber-
 land.
Bauhilferei Hegelmann, Hohen-
 heide, Rixdorf, Kaiser Friedrichstr. 211;
 Bau Gutzeit, Berlin, Kottbusertor 24;
 Wittling, Schöneberg, Gieselerstr. 96;
 Helling, Berlin, Petri-Platz; Wilmers-
 dorf, Kaiser-Allee Ede Kottbusertor;
 Weiss, Bau Dellensstr. 1, Weiden-
 königin Elisabethstr. Rixdorf,
 Königstrasse; Lehmann, Hohen-
 heidestr. 12, Hohenheide, Ebnardstr. 15.
Bauhilferei Virgens, Rixdorf,
 Prinz Auguststr. 23; Bau Ober-
 Schöneberg, Kottbusertor 54/55;
 Reinhardt, Rixdorf, Reuter-
 und Händelstrasse-Ede; Hohenheide,
 Hohenheidestr. 27, Pödr.
Bauhilferei Osten, Rixdorf, Richard-
 strasse 106, Bau Nummersburg-Str.,
 Prinz Albertstr. u. Wülfersstr.
 Ede, Berlin, Breitenburgerstr. 4.
Bauhilferei Jähren, Rixdorf,
 Rixdorfstr. 42; Bau Heimer, Edmund-
 und Reinholdstrassen-Ede.
Bauhilferei von Sponar, Rixdorf,
 Rindenerstr. 22; Bau Buchholz,
 Rixdorf, Danzigerstr. 13.
Bauhilferei von Zawalny,
 Wülfersstrasse; Bau Jaak, Kur-
 fürstendamm 80; Squisch, Wie-
 land- u. Niederschönenheide; Weiss,
 Schöneberg, Berlin, Lutherstrasse Ede
 Barbarossastrasse; Thompson, Nieder-
 Schöneheide, Berlin, Kottbusertor.
Hilferei Wes, Urbanstr. 102;
 Bau Hofmann, Wilmersdorf, Kaiser-
 Allee 16; Bau Bunde, Bennigsen-
 strasse; Bau Eide und Bau
 Alexander, Wülfersbergerstrasse; Ba-
 belsbergerstr. 13 in Wilmersdorf;
 Bau Rating, Rixdorf, Deschauer-
 strasse.
Bauhilferei Röber, Borscht. 25,
 und Bau Janter in Charlottenburg,
 Straße 14 B Nr. 7 und 8; ferner
 Bau Laurongenstrasse und Tegeler
 Weg 2. Die Ortsverwaltung.

Vermietungen.

Wohnungen
Wohnungen ein- und zwei-
 zimmerig, vorn und Hof, billigst, so-
 fort und April, Jellistrasse 15. 62/15*

Wohnungen ein-, zwei- und drei-
 zimmerig, sofort und April, billigst,
 Hübnerstrasse 6. 62/14*

Wohnungen ein- und zwei-
 zimmerig, sofort und April, billigst,
 Hübnerstrasse 5. 62/16*

Schreinerstrasse 19, Wohnungen,
 Stube, Küche, Speisekammer, Kofett,
 billig zu vermieten. 1173/5*

Reinickendorf, West, Auguste Vi-
 toria-Allee 33, Bahn Berlin von und
 nach Tegel, sind keine Wohnungen
 sofort zu vermieten. Gaslochvorrich-
 tung. Näheres Bernwarder Brücke. 123*

Schlafstellen.
 Zellkammer zur möblierten
 Schlafstelle sucht Jacobus, Kottbusertor
 strasse 26.

Josenerstrasse 42 bei Kirch kann
 ein älterer Mann einwohnen. 123/5

Verschiedenes.

Zither-Serein "Einigkeit" wünsch
 Herren und Damen als Mitspieler.
 Dienstags 9-11. Reichenberger-
 strasse 19. 123*

Schreibmaschine, Buchführung,
 Stenographie, Sprachen, Salomon,
 Karlstrasse 25. 212K*

Patentanwalt Danmann, Oranien-
 strasse 57, Kochplatz. Hat in
 Patentfachen. 1109/5*

Rechtsbureau, Strafsachen, Unfall-
 sachen, Eingabengesuche, Raterteil-
 ungen. Bekk, Brunnenstrasse 97.

Rechtsbureau, Prozesssachen, Rat-
 erteilung, Unfallstrasse 15. 79*

Wahr wohni Brunnenstrasse 116.

Nähmaschinenreparaturen wer-
 den schnell und billig in meiner
 eignen Werkstatt ausgeführt. Weimann,
 Gellonstrasse 26, nahe der
 Landsbergerstrasse. 222/1*

Acetylenlicht und Werkstatt-
 lampen fertigt an Neters, Kav-
 gartenstrasse 16. Vorfahrung 7-9
 abends. 1211b

Auspolierung! Sofa 5,00, Matratze
 4,00, auch anheim Kauf. Bachmann,
 Blumenstrasse 35b. 202/1*

Verkauf und alle andern Bücher
 kauft, beliebt Antiquariat, Koch-
 strasse 56 I. Amt I. 88/1.

Matine, alle Jahrgänge, aller-
 höchste Preise, Aderstrasse 174, II,
 nicht haben. 1198/5*

Vereinszimmer! Amentstrasse 16.

Matine, alle Goldschmuck, Druck-
 gold, Silber, Gefäße, alte Uhren,
 Mattgold, Redgold, Schaufgold,
 Staniol, Brillanten, Handgelenke,
 sowie familiäre Reliquie kauft Gold-
 schmelze Prod. Wangelstrasse 4,
 Telefonanschl. IV, 6958. 64/12*

"Cuintett" sucht Bariton zu
 neuem Unternehmen (Gesangsänger
 ausgehoben) unter "Cuintett", Post-
 amt 21. 123*

Arbeitsmarkt.

Stellengesuche.
Parteigenosse, 25 Jahre, unver-
 heiratet, wissenschaftlich gebildet, sucht
 baldigst Stellung als Redakteur,
 Sekretär, Verwalter, Redak-
 tions- oder Bureauangestellter, Ex-
 pedient, Buchhalter usw. Offerten sub
 H. 6 Expedition des "Vorwärts".

Tanzkomiker, Postamt 28.

"Zamelzer", Gesangshumorist,
 Stettinerstrasse 57. 1103*

Stellenangebote.
"Kordmacher", tüchtige Gestell-
 arbeiter werden sofort eingestellt.
 Brandenburg a. O. Adolf Schmidt,
 Kottbusertor. 1117/5*

Schleifer, Polierer auf Hornmöbel
 verlangt Knopfsabrik Graudenz-
 strasse 3. 1108

Burden für Grundriberer ver-
 langt Max Lebnhard, Schleif-
 strasse 31. 1215/5

Riffenmacher, Hand, verlangt W.
 Bach, Brandenburgstr. 33. 1176/5

Achtung, Holzarbeiter!

Der Jung nach der Firma
J. C. Pfaff, Zeugstr. 3, Hührens-
 fernzugfabrik; beghl. nach der Bau-
 hilferei Traxel, Chaussee 23, und
 die Bauten: Charlottenburg, Suarez-
 strasse (Ringenberg); Berlin, Alexan-
 drinenstrasse (Gornau u. Oran).
Hilferei Hermann, Chaussee-
 strasse 52; Bau Schönow, Charlotten-
 burg, Gieselerstr. 7, Bau Gerold,
 Friedenan, Hohenheide 19.
Bau Vogt, Wilmersdorf, Koch-
 strasse 39.
Bauhilferei Häbke, Gieseler-
 strasse 106; Bau Schöneberg, Feuer-
 strasse 58, Kurfürstendamm 68.

Achtung! Musikinstrumenten-Arbeiter, Tischler u. Polierer!

Folgende Betriebe sind gesperrt:
Garr, Gless, Rolinco & Co., Gdra
 & Kallmann, Hedke, Holendorf, Hepperlo,
 Hilligartner, Jaschinsky, Klingmann,
 Knabe & Thal, Lehmann, Reinko
 & Walter, Rissner, Rössner,
 77/1* Die Jehnerkommission.

Arbeitersekretär gesucht.

Für das Arbeitersekretariat Offen wird zum 1. Februar 1906 ein zweiter
 Sekretär gesucht. Derselben sollen gleichzeitig die Geschäfte eines Gewerks-
 schaftsstellvertretenden übertragen werden. Bedingung: Sozialpolitische und
 gewerkschaftliche Erfahrung sowie rechnerische Befähigung. Bevorzugt: Stiller
 Stenograph. Anfangsgehalt 1800 RM. Bewerbungen sind bis zum
 15. Januar 1906 unter Angabe der bisherigen Tätigkeit in der Arbeiter-
 bewegung sowie einer Probearbeit über die Aufgaben eines Arbeitersekretärs
 an **Wilh. Wohlsein**, Offen W., Oberdorfstr. 155, einzuliefern. 1708/2

Frankfurt a. M. 6 Monate Gefängnis und Degradation. Verschwerden des Vaters des Missethätigen waren unterdrückt worden.
20. Hauptmann v. Krause vom Infanterie-Regiment 176 in Thorn wegen Mißhandlung (Zuschläge ins Gesicht) 4 Wochen Stubenarrest.
21. Zwei Soldaten in Gleitwig wegen Widerstands gegen eine Wirtshauspatrouille 1 Jahr und 1/2 Jahr Gefängnis. Zwei freigesprochen. Strafantrag: Zwei je 6 Jahre Zuchthaus, zwei je 6 Jahre Gefängnis.
22. Zwei Soldaten in Schweidnitz wegen Widerstands gegen eine Wirtshauspatrouille je 6 Jahre Gefängnis. (Erste Instanz je 6 Jahre Zuchthaus).
23. Die Rheinische Zeitung veröffentlicht eine Photographie, die den wegen Loschlags zu 2 Jahren Zuchthaus begnadigten kühnlich Häfener bei einem frühlichen Feindgefecht zeigt. D. hat täglich vier bis fünf Stunden Erholungsurlaub.

Unsere Kolonien.

Oktober.

1. Zustand der Bondelzwarts (Südwestafrika) in Sicht.
2. Zustand in Neu-Guinea.
4. Ein südwestafrikanischer Farmer äußert sich: „Wenn man über die Eingeborenenbehandlung hier erzählen wollte, man könnte ein ganzes Buch Arenbergiana schreiben!“
5. Ein südwestafrikanischer Farmer polemisiert heftig gegen die Entschädigung der ausgeplünderten Händler. Diese Plutheger hätten den Aufstand selber verschuldet.
9. Ausbruch des Witbooi-Aufstandes.
11. Den Angehörigen gefallener Südwestafrikaner (natürlich nicht der Offiziere) wird die Todesnachricht amtlich auf offener Postkarte zugesandt.
14. Neue Truppenwerbung für Südwestafrika.
20. Die „Schlesische Zeitung“ meldet, daß die Kosten des Südwestafrika-Krieges in Regierungskreisen auf mindestens 200 Millionen Mark geschätzt würden.
21. Soldatenbrief aus Südwestafrika: „Gefangene werden nicht gemacht. Es wird alles niedergemacht.“
21. Nach amtlichen Mitteilungen ist der Zustand auf Neu-Guinea darauf zurückzuführen, daß Missionare Eingeborene prügeln ließen, weil sie nach Heimatsitten in Wigamie lebten.
23. Soldatenbrief aus Südwestafrika: „Ein Herero, der mit in die Hand fällt lebend, für den ist mir die Kugel zu teuer, aber was auf dem Gewehr aufgepflanzt ist, soll ihm wohl bekommen, bis er den letzten Atemzug tut.“
26. Nach der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung“ hat General v. Krotha den Angehörigen der Schutztruppe strenge verboten, irgend etwas aus dem Feldzuge zu veröffentlichen.

November.

2. Die Häuptlinge der Hereros auf englisches Gebiet entkommen.
12. Zu den bereits nach Südwestafrika beförderten 11 000 Mann sollen noch 2400 abgehen.
16. Die deutsche Regierung berechnet für Südwestafrika 28 M. pro Mann und Tag. Die englische verbraucht im Burenkrieg 14 M. pro Mann und Tag.
19. Sanitätsunteroffizier Thiel schreibt aus Südwestafrika, daß eine halbberühmte Hererosfrau erschossen worden sei.
27. Der Kolonialetat fordert einen Reichszuschuß von 150 Millionen.

Dezember.

2. Die Offiziere erhalten in Südwestafrika durchschnittlich 7442 M. jährlich, Mannschaften und Unteroffiziere 1042 M.
14. Aus Kaitschou wird dem „Berl. Tageblatt“ geschrieben, alle auf die Entwicklung der Kolonie gerichteten Hoffnungen seien unerfüllt geblieben.
18. Soldatenbriefe aus Südwestafrika: „Du schreibst von Ergeben. Das wollten sie im Juni, aber es war Befehl, es gibt keinen Pardon.“
21. Soldatenbriefe aus Südwestafrika: „Jeder Kaffer, der getroffen wird, soll erschossen und jede Frau und jedes Kind vertrieben werden.“ Ein anderer: „Da sah ich Schwarze in einem Busch, der Posten schlief, ich schlich mich heran, kante die Gewehre, stellte mich hinter einen Baum wie ein Tiger und schoß alle 4 tot. . . Am selben Tage wurde ich zum Befreiten befördert.“
23. In Südwestafrika sind 559 Mann gefallen, 200 dem Typhus erlegen.
24. Nach der „Danziger Zeitung“ ist eine Hasenerweiterung in Kaitschou geplant, die 12 Millionen kostet.

Unterm Ruffenkuro.

Oktober.

5. Drangsalierung russischer Auswanderer durch die Ballinpolizei.
7. Die Germania-Werft in Kiel baut Torpedoboote für Rußland.
7. Die Werft „Bulkan“ in Stettin liefert Schiffsteile an Rußland.
9. Neue Ruffendrangsalierung durch die Ballinpolizei.
11. Ein Deserteur von einem russischen Offizier auf deutschem Boden verfolgt, ein deutscher Angehöriger, der dem Deserteur zu Hilfe kommt, vom russischen Offizier mit dem Säbel bedroht.
29. Es wird bekannt, daß die russische Flotte nicht bloß die englische Fischerflotte bei Hull, sondern auch einen deutschen Dampfer „Sonntag“ 2 1/2 Stunden lang beschossen habe, allerdings ohne ihn wesentlich zu beschädigen.
29. Die Polizeiverwaltung in Gollub fordert russische Deserteure auf, binnen 48 Stunden die Stadt zu verlassen, widrigenfalls sie mit Gewalt über die Grenze zurücktransportiert werden würden.

November.

8. Die russische Studentin Janina Veron aus dem Bette verhaftet und in Polizeigewahrsam gebracht. Sie hat nicht das geringste Delikt begangen.
10. Die Polizei verweigert der verhafteten Veron einen Rechtsanwalt, da sie keiner Straftat bezichtigt werde.
11. Einem kaiserlichen russischen Stabsarzt und Hofrat, der auf kaiserlichen Befehl nach Berlin kommandiert ist, wird die Immatrikulation an der Berliner Universität verweigert, so lange polizeiliche Auskünfte nicht eingelaufen sei.
15. Janina Veron aus dem Gefängnis gegen Ehrenwort ihres Vaters entlassen und ausgewiesen.
16. Spigel versuchen in die Briefschaften des Brautigams der Veron, des „Anarchisten“ Karfunkelstein, auf dem Postzettel Einsicht zu erhalten.
18. Gegen Genossen in Soldat wird ein Strafverfahren eingeleitet, weil sie russischen Deserteuren und Auswanderern zur Flucht verholfen haben sollen.
19. Der „Anz. f. Habelland“ berichtet über fittliche Ausschreitungen eines Genbarmen gegen weibliche Auswanderer auf der Aufhebener Kontrollstation.
20. Deutsche Reichsangehörige, die russischen Auswanderern zur Flucht verholfen haben, werden in Tiflis zu Geldstrafen verurteilt.
30. „Die Kontrolle ist noch schärfer als früher,“ erklärt der Bahnhofsportier am Lehener Bahnhof einem durchreisenden Russen.

Briefkasten der Redaktion.

6. 2. 37. R. 8. 74. Rein. — M. 2. 100. In welcher Nummer unseres Blattes befindet sich die Briefkasten-Kolle, auf die Sie Bezug nehmen? — **Welter.** 8. Nach Ihrer Darstellung liegt Ihre Frau in keinerlei Arbeitsverhältnis, ist daher nicht liebespflichtig. Liegt die Sachlage aber so, daß tatsächlich nicht Sie, sondern Ihre Frau Hausfrau ist, so ist sie liebespflichtig. Es ist dann für die Dauer von zwei Jahren nachzuleben, die

Dezember.

10. Ein russischer Deserteur in Jasterburg, der kein Geld hat, um mit Balkin nach Amerika oder England zu reisen, soll nach Rußland zurückgeschickt werden. Er erhängt sich.
11. Minister v. Hammerstein beschimpft im preussischen Landtag die ausgewiesene Janina Veron.
11. Genosse Kaliski, Redakteur des „Vorwärts“, hat die Zwangsfahrt von der russischen Grenze nach Hamburg als Auswanderer mitgenommen. Nachdem er sich legitimiert, erhält er das ihm abgeprete Geld (Billet nach England) mit Entschuldigungen von wegen der „Mißverständnisse“ zurück.
11. In den Operationen gegen die Hereros tritt ein Stillstand ein.
13. Bei der Besprechung der freisinnigen Interpellation über Königsberg im Abgeordnetenhaus hat der Justizminister behauptet, daß die Königsberger Gerichtsstelle den richtigen Text des russischen Strafgesetzes nur deshalb nicht angewendet habe, weil sie ihn nicht gekannt habe. Der „Vorwärts“ weist allenmäßig nach, daß dem Königsberger Staatsanwalt der richtige Text schon 8 Monate vor der Hauptverhandlung bekannt war. Trotzdem wurde mit unrichtigen Paragrafen operiert.
23. In einem Bar zu Frankfurt a. M. verlangt ein russischer Fürst, das der „Triumphmarsch auf Michajew“ gespielt werde und begehrt, da sein Verlangen nicht erfüllt wird, schwere Exzesse.

Lippe.

Oktober.

1. Der verstorbene Grafregent von Lippe-Dehmold (Viestersfeld) ohne preussischen Klang und Sang begraben.
2. Den Lippeischen Truppen wird der Treu- und Glauben auf den Nachfolger des Grafregenten, Grafen Leopold zu Lippe-Dehmold, nicht abgenommen.
6. Wilhelm II. hat an den Grafen Lippe-Dehmold deponiert: „Spreche Ihnen mein Beileid zum Ableben Ihres Herrn Vaters aus. Da die Rechtslage in keiner Weise aufzuklären ist, kann ich eine Regentenschaftsübernahme Ihrerseits nicht anerkennen und lasse auch das Militär nicht vereidigen.“ Dagegen spricht die lippeische Regierung aus, sie stehe auf dem unerschütterlichen festen Rechtsstandpunkte. Eine rechtliche Wirkung komme der Kundgebung des Kaisers nicht zu.
8. Wachsende Aufregung über das Eingreifen des Kaisers in die lippeische Angelegenheit. Protestversammlungen in Lippe.
11. Reichsminister Graf Bismarck versichert den Vizepräsidenten des lippeischen Landtags brieflich, daß „wie stets im Reiche auch im vorliegenden Falle der Rechtsboden nicht verlassen werden“ soll.
14. Minister Sebelot teilt unter ungeheurer Entrüstung im lippeischen Landtage den Inhalt eines fälschlichen Geheimvertrages mit, durch den dem Schwager des Kaisers, Prinzen Adolf v. Schaumburg-Lippe, die Thronfolge gesichert werden sollte.
28. Das „Leipziger Tageblatt“ mahnt zu voller Unparteilichkeit bei der Zusammenlegung des Schiedsgerichts für Lippe. Auf Grund bestimmter Anhaltspunkte halte es sich für verpflichtet, diese Warnung auszusprechen.

November.

1. Der Bundesrat regelt die lippeische Thronfolgefrage dahin, daß die vom Kaiser angebotene Regentenschaft des Grafen Leopold zu Recht bestehe und ein aus dem Reichsgericht zu bildendes Schiedsgericht die übrigen Streitigkeiten zu entscheiden habe.
19. Die Vereidigung der lippeischen Truppen wird jetzt befohlen.

Aus dem Zuchthausstaat.

Oktober.

4. Dem wegen Streikvergehens bestraften Zimmermann Spielmann wird der Zuzug nach Berlin verweigert.
6. Unternehmer Klingmann-Berlin bedroht einen streikenden Ausländer mit Ausweisung, wenn er seine Arbeit nicht fertig mache.
7. Der Anecht J. K. in Rogilino, von seinem Dienstherrn davongejagt, zur Rückkehr aufgefordert, gerichtlich freigesprochen. Trotz erfolgter Freisprechung 24 Tage in Haft gehalten.
8. Ein Streikposten in Köln, der nicht den geringsten Widerstand leistet, gefesselt und ins Gefängnis geworfen.
19. Der Landrat des Kreises Embsel verbietet das Tabakrauchen bei öffentlichen Tanzlustbarkeiten.
20. In Leipzig ein geographischer Vortrag über Spitzbergen in einem Arbeiterverein wegen Landbestrauer (Tod König Georgs) verboten.
30. Auf den Direktor des Thalia-Theaters in Breslau wird von der Behörde ein Druck ausgeübt, der ihn veranlaßt, dem Arbeiterverein die Aufführung von Hauptmanns „Waldperle“, worin preussische Amtspersonen verächtlich gemacht würden, ferner von Heijermanns „Hoffnung auf Segen“ und Wehrens „Japanstreich“ zu verweigern.

November.

18. Vom verstorbenen Landgerichtsrat Bar-Verlin wird bekannt, daß seine Beförderung deshalb unterblieben sei, weil er, ein Jude, sich bei Lebzeiten seiner Schwiegermutter nicht taufen lassen wollte. Die für ihn eingereichte Beförderungsgabe des Kammergerichtspräsidenten ging mit der Randnote „Was werden die Antisemiten dazu sagen?“ zurück. Im Ministerium wurde Bar mit der Frage begrüßt: „Lebt Ihre Schwiegermutter immer noch?“
19. In Königsberg werden Streikposten wegen Behinderung der freien Postlage bestraft.
20. Albrecht Graf Fündenstein behauptet in öffentlicher Todesanzeige, daß der Tod seiner Frau geb. Mary Ranson (Rathanson) einer Folge von Malignationen der adeligen Familie sei.
20. Genosse Hug-Bant als Gemeindevorsteher nicht bestätigt, da er Umsturz erstrebe.
22. Die Arbeiter der Berliner städtischen Gasanstalt Danzigerstraße protestieren gegen das Spitzelsystem und tendenziöse Maßregelungen in ihrem Betrieb.
25. Streikposten im Berliner Streik der Gelbmetallarbeiter im grünen Wagen nach dem Gefängnis gebracht und über Nacht dort gehalten.
27. Ein Polizeikommissar in Köln erklärt: „Ich dulde keine Streikposten.“

Dezember.

6. Die „Posener R. N.“ veröffentlicht einen Danziger Regierungsbericht, der den Lehrern den Gebrauch des Polnischen selbst im häuslichen Verkehr verbietet. Kultusminister Studt hat die Existenz solcher Erlasse im Landtag geleugnet.
9. Bei den Gemeindevorwahlen im Ruhrrevier ist ein förmliches Uebervachungssystem eingerichtet.
13. Die Sittenpolizei dringt nachts in ein Berliner Hotel ein und haustucht bei anständigen Damen nach Männerbesuch.
15. Minderere Schulpflicht werden wegen Teilnahme an einer Schumannsversammlung zu Arrest verurteilt.
16. Bei der Erstaufführung des „Roland“ im Berliner Opernhaus wird der höfische Entblößungszwang für Damen aus das strengste gehandhabt.
20. In Pritz belommen Maurer nur dann Arbeit, wenn sie durch polizeiliche Vernehmung ihren Austritt aus dem Verbandsnachweisen. Die Polizei stellt wirklich solche Scheine aus.

Von den Gegnern.

Oktober.

1. Die „Redar-Zeitung“ veröffentlicht den Klageruf eines demokratischen Redakteurs: „Nach meinen Erfahrungen muß ein Parteiblatt-Redakteur oftmals gegen seine eigene Ueberzeugung schreiben.“
5. Der nationalliberale Reichstags-Abgeordnete Bahn-Sorau ist als erklärter Anhänger des Reichstags-Wahlrechts gewählt worden, hat aber zwei Jahre zuvor Dr. Giesebrecht seine Anerkennung für dessen Umtriebe gegen das Wahlrecht ausgesprochen und ihm Geld gelohnt. Als Kläger gegen Genossen Berner-Först erklärt er, damals „nur aus Höflichkeit“ so gehandelt zu haben, und zieht den Strafanhang zurück.
12. Die nationalliberale Partei Westfalens spricht ihre Zustimmung zum reaktionären Schulkompromiß aus.
14. Der Königsberger liberale Magistrat hat den Steuerbefreiten der unteren Steuerklasse, 2200 an der Zahl, das Wahlrecht entzogen. Der sozialdemokratische Antrag, die ganze Klasse zu befreien — wodurch auch die Verarmten ihr Wahlrecht zurückerhielten, andererseits ein Steueranfall von 45 000 M. entstände — von der freisinnigen Stadtverordneten-Mehrheit abgelehnt.

November.

2. Die „Germania“ schreibt: Mit Zug und Recht hat das Zentrum stets gegen eine rein mechanische Wahlkreis-Einteilung Stellung genommen.
3. Professor Brentano schreibt gegen gewisse Interessengelehrte, sie seien „ein Typhus jener neuen Existenzen, welche die moderne Entwicklung ins Leben gerufen hat, die gegen glänzende Bezahlung ihr Wissen und oft auch ihre Seele einem Mächtigen verkaufen, wie einst der Bravo (Neuschelmörder) in Venedig und zu kaum löblichem Zweck.“
3. Herr v. Jedly erklärt in der „Allg. Hall. Ztg.“, daß sich das Zentrum neuerdings zu „Kompensationen“ auf dem Gebiete des Reichstags-Wahlrechts geneigt zeige. (Wird später von der Zentrumspresse abgelehnt.)
13. Die „Kreuz-Zeitung“ schreibt: „Die Beurteilung des gleichen, allgemeinen politischen Wahlrechts hat bereits solche Dimensionen angenommen . . . daß es nicht mehr notwendig erscheint, viel Worte darüber zu verlieren.“
23. Der „Reichsbote“ tritt für eine Veränderung des Reichstags-Wahlrechts ein, das in seiner jetzigen Gestalt nur den äußersten Nationalismus begünstige.
27. Im heftigen Landtag erklärt der Bauernbündler Brauer die Gewerbe-Inspektoren für Heget.

Dezember.

9. Ueber einen sozialdemokratischen Antrag, die Straßenpolizei in städtische Regie zu übernehmen, will der freisinnige Berliner Stadtverordnete-Vorsteher Langerhans ohne weiteres zur Tagesordnung übergehen. Schließlich Beratung vertagt.
10. Die „Koblenzer Volkszeitung“, ein Zentrumblatt, rät, sozialdemokratische Kalenderverteiler mit ungebrannter Holzschale zu trafikieren.
16. Nationalliberaler Gemeinde-Wahlrechtsklub in M.-Glabach.
16. Der Antrag auf Verstaatlichung der Polizei kommt nun doch in der Berliner Stadtverordneten-Versammlung zur Verhandlung. Die Freisinnigen sind darin einig, den Antrag derzeit nicht opportun zu finden.
17. In der agrarischen „Deutschen Tageszeitung“ gibt Herr Dertel zu: „. . . daß schließlich die uneingeschränkte Assoziation des Kapitals zum Sozialismus führen muß, das ist den Sozialdemokraten unbedingt zuzugeben.“
21. Die „Germania“: „Deutschlands Interesse bleibt also, Hilfe zu leisten der russischen Regierung auf dem Wege zur verfassungsmäßigen Staatsorganisation und der Niederhaltung der russischen Revolutionspropaganda in Deutschland.“
24. Zentrum-Flugschriften („Katholische Flugschriften zu Wehr und Lehr“) erklären die Duldung für einen Kunstgriff des Teufels und den Standpunkt Luthers für den der Berliner Dirmen und Juhälter.

Soziale Streiflichter.

Oktober.

1. Wilhelm II. hat es als Menschenquäerei bezeichnet, wenn ein Lehrer 70 Kinder unterrichtet soll. In Berlin sind 244 achte und 214 siebente Klassen der Gemeindefschulen mit 60—69 Kindern besetzt.
2. Der 64jährige Invalide Heuber, der 1868 und 1870 mitgemacht hat und 1175 M. monatlich Pension erhält, wegen Bettelns 30 Tage Arrest und Arbeitshaus.
7. In den ersten acht Monaten des Jahres sind auf Berliner Bahnhöfen 24 Arbeiter, fast ausschließlich Rangierer, getötet, 9 schwer verletzt worden.

November.

11. Ungeheuerliche Skandale aus dem Berliner städtischen Obdach bringt Genosse Hoffmann in der Stadtverordneten-Versammlung zur Sprache. Ein Kriminalbeamter soll dort anständige Frauen geschlechtlich mißbraucht haben.
23. Der Kreisrat in Haux lehnt einen Antrag des Amtmanns und des Pfarrers auf Entschädigung von zwölf durch ein Brandunglück geschädigter Familien wegen Mangel verfügbarer Mittel ab. In derselben Sitzung beschließt er, für ein Prunkhochzeitsgeschenk an den Kronprinzen Beitrag zu leisten.
24. Arbeiterentlassungen und Aufregung im Ruhrrevier.
25. Eine 72jährige Greisin in Lüneburg wegen Bettelns und Landstreichens ständlich verfolgt.

Dezember.

21. Rheinisch-westfälische Dividenden: Bochumer Verein 10 Proz., Gute Hoffnung 20 Proz., Hoesch 12 Proz., Kalker 30 Proz.
15. Aus dem ärztlichen Bericht des Bochumer Knappheitsvereins ist die tatsächliche Mitteilung, daß mindestens ein Drittel der Barmkranken ungeheilt bleibe, auf Vorstandbeschluss gestrichen worden.
24. Gefährdende Situation im Ruhrrevier.

Verschiedenes.

Oktober.

1. Die preussischen Städte rufen sich zum Widerstand gegen die mit diesem Tage eintretende gesetzliche Verhinderung städtischer Fleischbeschau.
6. Pastor Jakobson-Scherbeck, Leiter der verkrachten „Kreditbank“ freigesprochen. Als eigentlicher Schuldige erscheint der Kollatur, der geschäftliche Unternehmungen zu antidänischen Germanisierungszwecken mißbraucht.
7. Die Berliner Stadtverordneten-Versammlung protestiert gegen den Eingriff in ihr Verfügungsrecht ihrer städtischen Schulräume, rufft sich aber zu aktivem Widerstand nicht auf.
16. Anlässlich der Verheiratung der Prinzessin Cecilie mit dem preussischen Kronprinzen wird eine Prinzessinnensteuer in Mecklenburg-Schwerin ausgeschrieben.

Dezember.

2. Auf dem Gute des Grafen Tschirsky-Renard wird ein Denkmalsentwurf. Inschrift: „Seine Majestät der Kaiser und König erlegte hier Allerhöchstden 60 000. Kreatur: einen weißen Fasanenbahn.“

Hälfte der auf zwei Lohnzahlungsperioden entfallenden Beiträge wäre Ihrer Frau abzugeben. Ueber die Frage, ob Versicherungspflicht vorliegt, lassen Sie den dortigen Magistrat, Abteilung für Versicherung, entscheiden.
— R. N. 115. Wechsel oder sonstige Verpflichtungsurkunden zu unterschreiben, sollte sich jeder Arbeiter auch dann hüten, wenn ihm gelagt wird, es gehe nur aus Gewilligkeit. Die Gewilligkeit besteht im Zahlen. Können Sie nicht bemerken, daß Sie trunken waren, so wird, falls der Wechsel im übrigen formell in Ordnung, leider nichts zu machen sein.

— R. N. Auf Verlangen müssen Sie zwecks Lösung der bezahlten Hypothek eine gerichtliche oder notariell beglaubigte Quittung leisten. Die Lösung besorgt dann der Eigentümer. In Ihrem Falle betragen die Kosten etwa 6 M. — R. 12. 13. Sie befinden sich nicht im Recht. Ist irrtümlich von Ihren Kindern ein Paket abgenommen und bezahlt, so haben Sie das Recht, Rückzahlung gegen Rückgabe des Pakets, eventuell im Klagewege (Kassengericht) durchzusetzen. Sie sind aber nicht berechtigt, Lagergeld zu verlangen, noch wird das fremde Eigentum durch Wegnahme des Eigentums.